

ARITÄT

SOLIDARITÄT

1924 – 2024
100 Jahre Rote Hilfe – 100 Jahre Solidarität

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre so lange Eigentum des Absenders, bis sie der*dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Broschüre der*dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der*dem Absender*in unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung zurückzusenden.

Herausgegeben von: Hans-Litten-Archiv e.V. und Rote Hilfe e.V.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Anja Sommerfeld über Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.
Postfach 3255, 37022 Göttingen

Text: Silke Makowski

Satz und Gestaltung: Rote Hilfe e.V. – Satzkollektiv

Gesetzt in: Silber

Druck: druckwerk, München, Februar 2024



Hans-Litten-Archiv e.V.

hans-litten-archiv.de

email@hans-litten-archiv.de

Lange Geismarstr. 3, 37073 Göttingen



ROTE HILFE E.V.

rote-hilfe.de

info@rote-hilfe.de

Postfach 3255, 37022 Göttingen

1924 – 2024

**100 Jahre Rote Hilfe
100 Jahre Solidarität**



Katalog zur Ausstellung 100 Jahre Rote Hilfe

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 5 |
| Die Vorläufer der Roten Hilfe | 7 |
| Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik | 9 |
| Literatur der RHD der Weimarer Republik | 23 |
| Frauen* in der RHD der Weimarer Republik | 27 |
| Repression gegen die RHD der Weimarer Republik | 29 |
| Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933 | 31 |
| Die Roten Hilfen der 1970er-Jahre | 37 |
| Die parteiunabhängige rote hilfe_★ | 39 |
| Die maoistische Rote Hilfe e. V. (1973–1979) | 43 |
| Die Rote Hilfe Deutschlands ab 1975 | 47 |
| Von der RHD zur Roten Hilfe e.V.: Die 1980er-Jahre | 53 |
| Stabilisierung und Wachstum: die Rote Hilfe e. V. in den 1990ern | 59 |
| Die Rote Hilfe e. V. seit dem Jahr 2000 | 65 |
| | |
| Literatur- und Abbildungsverzeichnis..... | 74 |

Vorwort des Bundesvorstands der Roten Hilfe e. V.

Im Jahr 2024 können wir das hundertjährige Bestehen der Roten Hilfe Deutschlands als Mitgliederorganisation feiern – und damit auch 100 Jahre organisierte linke Solidaritätsarbeit. Das nehmen wir als Rote Hilfe e. V. zum Anlass für ein ganzes Jubiläumsjahr, gefüllt mit dezentralen Veranstaltungen in zahlreichen Städten, aber auch mit bundesweiten Projekten. Dazu gehört auch eine Ausstellung und dieser zugehörige Begleitkatalog. Unser großer Dank geht dabei an die 100-Jahre-AG der Roten Hilfe e. V. und das Hans-Litten-Archiv, die die vorliegende Broschüre gemeinsam erstellt haben.

Die einhundertjährige Geschichte der unter dem Namen Rote Hilfe bekannten Solidaritätsorganisation(en) ist keineswegs einheitlich und ohne Brüche verlaufen: Die Rote Hilfe Deutschlands der Weimarer Republik, die seit 1924 zu einer der größten Massenorganisationen der damals starken Arbeiter*innenbewegung herangewachsen war, wurde 1933 von den Nazis in die Illegalität getrieben und schließlich blutig zerschlagen. Erst zu Beginn der 1970er-Jahre entstanden wieder erste, voneinander unabhängige Gruppen unter dem Namen „Rote Hilfe“, die sich allerdings politisch stark gegeneinander abzugrenzen versuchten und bald einen Niedergang erlebten. Ende der 1970er-Jahre existierte so nur noch die einst von der KPD/ML gegründete Rote Hilfe Deutschlands, die sich um eine politische Öffnung auch für breitere linke Spektren bemühte. Damit hatte sie allerdings erst 1986 dauerhaften Erfolg, als sie sich in Rote Hilfe e. V. umbenannte und damit den Ausgangspunkt der strömungsübergreifenden Solidaritätsorganisation, wie wir sie heute kennen, bildete.

Gibt die Ausstellung einen ersten Überblick über diese wechselhafte Geschichte, so liefert der vorliegende Katalog weit ausführlichere Hintergrundinformationen und beleuchtet die vielen Neuorientierungen und Weiterentwicklungen der Roten Hilfe im Laufe der Jahrzehnte. Dabei wird allerdings auch schnell der zentrale Faktor der Kontinuität sichtbar: Über all die Unterschiede hinweg, die die Roten Hilfen der einzelnen Phasen aufweisen, durchzieht sie der zentrale Gedanke der organisierten linken Solidarität wie ein roter Faden – und dieser Gedanke ist es auch, der sie noch bis heute ausmacht.

Dieser Blick zurück in unsere Geschichte – und damit auch die Geschichte der linken Bewegung(en) Deutschlands, mit der*denen die Rote Hilfe untrennbar verwoben ist – ermöglicht es uns nicht nur, die Vergangenheit nochmals Revue passieren zu lassen und dabei den einen oder anderen neuen Aspekt zu entdecken, sondern vor allem auch, unsere aktuelle Solidaritätsarbeit zu reflektieren und zu verbessern, indem wir aus früheren Fehlern, aber auch Erfolgen lernen.

Vor allem aber kann uns das Jubiläum ein Grund zum Feiern sein: Seit 100 Jahren organisierten und organisieren Genoss*innen solidarische Unterstützung für linke Aktivist*innen, die von staatlicher Repression betroffen sind. Mögen ihnen noch mindestens 100 weitere Jahre folgen!

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V., Januar 2024



KPD-Broschüre von 1921 über die Niederschlagung des Mitteldeutschen Aufstands, verkauft zugunsten der Rote-Hilfe-Komitees

Die Vorläufer der Roten Hilfe

Die Idee, praktische Hilfe für verfolgte Genoss*innen zu organisieren, gibt es schon weit länger als 100 Jahre, doch beschränkte sich die Solidaritätsarbeit meist auf kleine lokale Gruppen, etwa nach dem Ersten Weltkrieg: Sozialistische Aufstände – vor allem die Rätebewegung 1918/19, die Proteste gegen den faschistischen Kapp-Putsch 1920 und der Mitteldeutsche Aufstand 1921 – wurden von der Reaktion blutig niedergeschlagen, und tausende Aktivist*innen wurden inhaftiert. Ihre Angehörigen, die oft der Hauptverdiener*innen beraubt worden waren, litten extreme Not, und die politischen Gefangenen und ihre Familien mussten dringend mit Geld- und Sachspenden versorgt werden, ebenso wie die Hinterbliebenen der von den Repressionsorganen Ermordeten. Regionale Gruppen wie die Münchner Frauenhilfe für politische Gefangene oder die lokalen Hilfsfonds der Kommunistischen Partei engagierten sich für die Betroffenen, stießen aber ständig an ihre Grenzen.

Als die Regierungstruppen 1921 die Märzkämpfe in Mitteldeutschland mörderisch erstickten, regte die KPD die Gründung gut vernetzter Strukturen an, die erstmalig den Namen „Rote Hilfe“ trugen: Am 12. April 1921 veröffentlichte die „Rote Fahne“ den Aufruf, reichsweit „Rote-Hilfe-Komitees“ zu gründen. Innerhalb weniger Wochen entstanden die ersten Ortskomitees, deren Arbeit auf Bezirks- und Reichsebene koordiniert wurde.

Indem die Rote-Hilfe-Aktivist*innen flächendeckend Spenden sammelten, wurden die besonders schwer betroffenen Regionen entlastet, und die zentrale Kasse konnte einheitliche Unterstützungssätze für die Gefangenen und ihre Angehörigen auszahlen; hinzu kamen Lebensmittel- und Kleiderpakete. Diese materielle Hilfe stand im Mittelpunkt, doch in den ersten Monaten spielte auch die Fluchthilfe eine große Rolle: Die RH-Komitees schleusten Aktivist*innen, denen die Verhaftung drohte, in sichere Gegenden oder ins Ausland. Später wurde der Rechtsschutz immer wichtiger, und die Komitees übernahmen vermehrt die Kosten für Anwält*innen.

Viel Zeit verwandten die Roten Helfer*innen auf Spendensammlungen in den proletarischen Stadtteilen – eine mühselige Kleinarbeit, die maßgeblich von Frauen* getragen wurde. Unterstützungsaufrufe bei sozialistischen Veranstaltungen und Kundgebungen erbrachten ebenfalls ansehnliche Ergebnisse, und viele Arbeiter*innenvereine und Betriebsbelegschaften bewilligten den Komitees Beiträge aus ihren Kassen. Auch die beteiligten Parteien – allen voran die KPD – forderten ihre Mitglieder zu regelmäßigen Zahlungen auf und bewilligten zusätzlich hohe Summen. Umfangreiche Hilfszahlungen aus der internationalen Arbeiter*innenbewegung ergänzten die Einnahmen.

Anfangs trugen neben der KPD noch zwei weitere Parteien die RH-Komitees mit, aber die Kommunistische Arbeiterpartei und die Allgemeine Arbeiterunion zogen sich bald zurück. Die sozialdemokratischen Parteien

SPD und USPD hingegen standen den Solidaritätsstrukturen durchgehend ablehnend gegenüber und sabotierten teilweise deren Arbeit, wodurch die finanzielle und personelle Anbindung der Komitees an die KPD noch stärker wurde.

Unmittelbar nach dem Mitteldeutschen Aufstand waren die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung und auch das Engagement der RH-Aktivist*innen beeindruckend, doch bald verlangten andere Themen die Aufmerksamkeit, und die Einnahmen gingen merklich zurück. Massenarmut und Inflation verschärften die Lage, wodurch die Rote-Hilfe-Komitees mit wachsender Finanznot zu kämpfen hatten und es kaum schafften, die Unterstützungssätze auszuzahlen. Während der Hyperinflation 1923 war die Rote Hilfe vollständig abhängig von den Zuschüssen der internationalen Arbeiter*innenbewegung, denn die Millionen Mark, die die Ortskomitees sammelten, waren wertlos und schmolzen innerhalb von Tagen auf umgerechnet wenige US-Dollar zusammen. Zugleich mussten die Hilfszahlungen für die Gefangenen und die Familien ununterbrochen erhöht werden und konnten trotzdem die Not kaum lindern.

Im Herbst 1923 verschärfte sich außerdem die staatliche Verfolgung: Von Anfang an waren die Komitees Durchsuchungen von Büros und Wohnungen, Verhaftungen und Verurteilungen ausgesetzt gewesen, besonders wegen der Fluchthilfe. Nachdem Reichspräsident Friedrich Ebert den Ausnahmezustand verhängt und die Exekutivgewalt an das Militär übertragen hatte, wurden die KPD und die ihr nahestehenden RH-Komitees im November 1923 verboten. Masseninhaftierungen und zahllose Prozesse folgten, und in den meisten Regionen waren die Solidaritätsgruppen zerschlagen und konnten kaum illegale Hilfe für die verfolgten Genoss*innen organisieren. Dennoch bestanden einige Strukturen weiter und bemühten sich, neue Perspektiven zu entwickeln: Ziel war, die Rote Hilfe über das KPD-Spektrum hinaus zu verankern. Außerdem sollten die losen Komitees eine verbindlichere Struktur erhalten, und statt der schwankenden Spendenergebnisse sollten feste Mitgliedsbeiträge für stabile Einnahmen sorgen.

Als zum 1. März 1924 das Verbot aufgehoben wurde, entwickelten die RH-Aktivist*innen dieses Konzept weiter, und am 1. Oktober 1924 gründeten sie die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als eigenständige Mitgliederorganisation mit parteienübergreifendem Ansatz.

Zum Weiterlesen:

Eine ausführlichere Fassung des Textes mit umfangreichen Quellenangaben findet sich in Rote Hilfe e.V. und Hans-Litten-Archiv e.V. (Hg.), *„Darum schafft ‚Rote Hilfe‘! – Die Rote-Hilfe-Komitees ab 1921“*, Göttingen 2021



Plakat des Dachverbands Internationale Rote Hilfe (IRH), 1921

Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik



Aus: „Roter Helfer“, Juni 1927

Als die Rote Hilfe Deutschlands am 1. Oktober 1924 gegründet wurde, begann eine Phase der Neustrukturierung, die mehrere Monate dauern sollte. In allen Bezirken existierten zunächst die bisherigen RH-Komitees weiter, die die Verbotssphase im Winter 1923/24 im Untergrund überstanden oder sich danach neu formiert hatten, und zum Teil verlief die Umstellung schleppend: Vielerorts fiel es den Aktivist*innen schwer, die enge Verzahnung mit der KPD aufzugeben und beispielsweise eigenständig zu kassieren.

Dennoch machte die Solidaritätsorganisation schnell Fortschritte, denn schon in den Wochen vor der offiziellen Gründung der RHD hatten die Roten Helfer*innen begonnen, Einzel- und Kollektivmitgliedschaften einzuwerben. Bald hatten alle RH-Strukturen das neue Modell übernommen, und Ende 1925 zählte die Solidaritätsorganisation reichsweit rund 100.000 Individualmitglieder in 1.510 Ortsgruppen.¹ Politische Organisationen, Betriebsbelegschaften und proletarische Kulturvereine trugen zusätzlich zum Wachstum bei, indem sie sich korporativ anschlossen: Allein bis Februar 1926 waren fast 76.000 Genoss*innen im Rahmen von 197 Kollektivmitgliedschaften beigetreten, und die Zahlen stiegen weiter.²

Zwischen den Bezirken bestanden deutliche Unterschiede: Besonders stark war die Rote Hilfe in Sachsen und vor allem in Berlin-Brandenburg, das bald die unangefochtene Spitzenposition einnahm; auch die Bezirke

Wasserkante und Ruhrgebiet entwickelten sich sehr schnell. Schwieriger war die Lage in ländlich geprägten Regionen wie Ostpreußen oder in Ländern, in denen die staatliche Repression die Arbeit stark beeinträchtigte, beispielsweise in der „Ordnungszelle Bayern“. Trotz aller Hemmnisse wuchs die Rote Hilfe Deutschlands schnell zur größten KPD-nahen Massenorganisation heran.

Auf Reichsebene leiteten der Berliner Zentralvorstand und das Zentralsekretariat die Arbeit, verwalteten die Finanzen, brachten auflagenstarke Zeitungen und Broschüren heraus und initiierten Kampagnen, zu denen sie Begleitmaterial erstellten. Die Mitglieder des Zentralvorstands wurden von den regelmäßigen RHD-Reichskonferenzen gewählt, bei denen die versammelten Delegierten aktuelle thematische Schwerpunkte diskutierten und Resolutionen zur künftigen Arbeit verabschiedeten.

Die regionale Koordination lag bei den RHD-Bezirksleitungen, die in engem Austausch mit den Ortsgruppen standen. Alle Leitungen – auch auf Orts- und Stadtteilebene – bestanden aus mehreren Roten Helfer*innen, die für bestimmte Aufgaben verantwortlich waren. Dazu gehörten als zentrale Ressorts die Politische Leitung, die Organisationsleitung, Finanzen sowie der Literaturvertrieb, aber auch Bereiche wie die Rechtsschutz- oder Ge-

1– Organisationsbericht zur ZV-Sitzung, 8./9.5.32, StAB 4,65 – 482
2– Roter Helfer, März 1926, S. 7



Die Kleiderabteilung der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg; aus: „Roter Helfer“, Januar 1928

fangenenarbeit sowie die Organisierung von Frauen* und von Jugendlichen.

Die Bemühungen, über das traditionelle KPD-Spektrum hinauszuwirken, waren nur in Teilen erfolgreich. Zwar schlossen sich massenhaft parteilose Arbeiter*innen der Roten Hilfe an, aber in anderen Parteien stieß die RHD auf Vorbehalte, besonders im sozialdemokratischen Milieu. Zum einen hatte der SPD-Vorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst und verbot auch andere Formen der Unterstützung, was die Mitgliederwerbung in diesen Kreisen stark bremste. Zum anderen hemmte die harsche Kritik, die die RHD an der SPD-Spitze und der repressiven Politik der sozialdemokratischen Regierungen übte, die Sympathien unter den Parteigänger*innen. Trotzdem unterstützten zahlreiche Sozialdemokrat*innen die praktische Arbeit der Roten Hilfe durch Spenden oder unterzeichneten bei den Unterschriftensammlungen für eine Vollamnestie.

Die Mehrheit der Beitritte kam von Parteilosen, die im Frühjahr 1932 über 61 Prozent der RHD-Mitgliedschaft stellten, sodass die Kommunist*innen zahlenmäßig deutlich in der Minderheit waren. Dennoch blieb die Anbindung an die KPD durchgehend eng und spiegelte sich auch in der Zusammensetzung der leitenden Gremien.

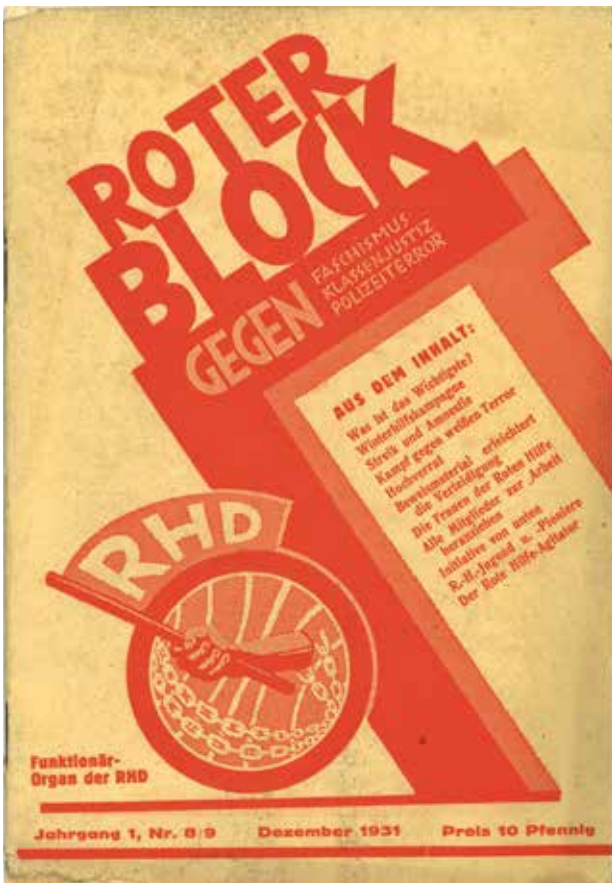
War schon die Werbung unter Parteilosen erfolgreich, so galt das auch für die Bemühungen um die – oft nicht in die aktive Partei- oder Gewerkschaftsarbeit eingebun-



„Tribunal“, Dezember 1930



Genossin Traute Hoelz spricht in der Versammlung auf dem Hof der Pharus-Säule in der Müllerstraße in Berlin; aus: „Roter Helfer“, März 1928



*Funktionär*innen-Organ der Roten Hilfe, Dezember 1931*

denen – Frauen* aus der Arbeiter*innenbewegung. Weil die RHD die Aktivistinnen* in mehreren Kampagnen gezielt ansprach, stieg der Frauen*anteil in der Organisation merklich an. Besonders in den frühen 1930er-Jahren wurden die weiblichen* RHD-Mitglieder deutlich sichtbarer und übernahmen zumindest an der Basis vermehrt leitende Funktionen.

Hilfe für die Gefangenen und ihre Angehörigen

In der Anfangszeit konzentrierte sich die RHD auf den Bereich der Gefangenen- und Familienhilfe, in den ein Großteil der Ausgaben floss. Vor allem Ehefrauen* mit Kindern, die ihres Hauptverdieners beraubt waren, konnten kaum die Grundnahrungsmittel bezahlen und sahen sich wegen Mietrückständen oft von Zwangsräumungen bedroht. Dass die Behörden vielen Familien von politischen Gefangenen als zusätzliche Repressionsmaßnahme die Wohlfahrtsunterstützung verweigerten, verschärfte die Situation noch weiter. Die kleinen, aber regelmäßigen finanziellen Zuwendungen der RHD ermöglichten vielen Betroffenen wenigstens das blanke Überleben.

Neben monatlichen Geldzahlungen waren Sachspenden von großer Bedeutung. Mit der jährlichen Winterhilfe-Kampagne wurde deshalb schon 1924 eine zentrale Aktion ins Leben gerufen, an der sich außer den aktiven Mitgliedern auch befreundete Organisationen beteilig-



Frauen der Ortsgruppe Salbke-Westerhüsen bessern gemeinsam Kleiderspenden aus; „Tribunal“, Januar 1929*



*RHD-Pionier*innen aus Braunschweig beim Trauerzug für einen ermordeten Genossen Anfang der 1930er-Jahre (undatiertes Foto)*

ten. In den Wohnblöcken der proletarischen Viertel, in Geschäften und auf Märkten sammelten die Aktivist*innen über Wochen hinweg nicht nur kleine Geldbeträge, sondern auch Lebensmittel, Kleidungsstücke und Heizkohle, die Mitte Dezember im Rahmen von Rote-Hilfe-Feiern an die Familien verteilt wurden. Weitere Sammelwochen zu anderen Jahreszeiten sicherten eine dauerhafte materielle Grundversorgung.

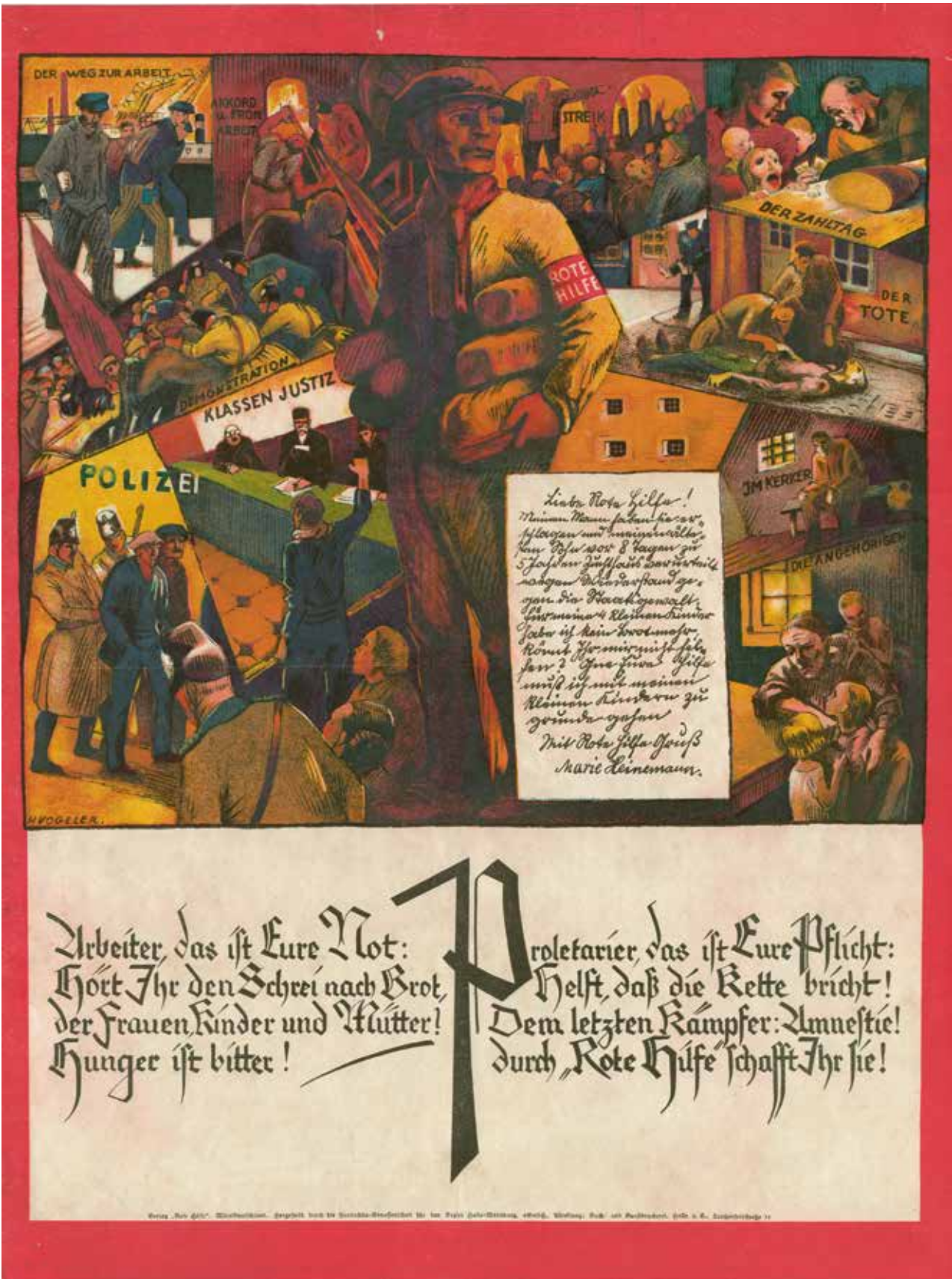
Besondere öffentliche Aufmerksamkeit bekam die Familienhilfe durch die beiden RHD-Kinderheime, in denen sich Kinder politischer Gefangener mehrere Monate erholen konnten. Bereits 1923 hatte die Rote Hilfe den Barkenhoff in Worpswede bei Bremen ausgebaut und erste Kindergruppen aufgenommen, und 1925 wurde das MOPR-Heim im thüringischen Elgersburg eröffnet. Diese Projekte fanden breite Anerkennung und wurden weit über die Arbeiter*innenbewegung hinaus gewürdigt. Ein von prominenten Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Schriftsteller*innen besetztes RHD-Kinderheim-Kuratorium versammelte Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Tami Oelfken, Thomas Mann und Heinrich Zille, was die Sympathien und Spendenbereitschaft in bürgerlichen Kreisen weiter stärkte.³

Die RHD beschränkte sich aber nicht auf die Unterstützung der inhaftierten Genoss*innen und ihrer Familien, sondern mischte sich zu verschiedenen Repressionsthemen in den politischen Diskurs ein. Mit Demonstrationen,

³– vgl. Brauns S. 118ff



Plakat aus „Roter Helfer“, Dezember 1927



Plakat von Heinrich Vogeler, 1924



Aus „Roter Helfer“, September 1927

Kundgebungen und Vorträgen trat sie an die Öffentlichkeit, wobei Rundreisen mit bekannten Redner*innen wie Erich Mühsam oder Traute Hoelz ein großes Publikum anzogen. Begleitet wurden die Kampagnen von Flugblättern, Broschüren und Schwerpunktausgaben der RHD-Zeitungen. Hinzu kamen innovativere Veranstaltungsformate, vor allem die damals recht aufwändigen Dia- und Filmabende, wobei die Solidaritätsorganisation sogar zwei eigene Filme produzierte. Bei ihren Aktivitäten suchte die RHD stets das Bündnis mit Parteien und Vereinen aus der Arbeiter*innen-

bewegung, die nicht nur tatkräftig bei den arbeitsintensiven Sammelwochen mitwirkten oder Grußworte bei Kundgebungen hielten. Vielmehr trugen beispielsweise sozialistische Musikvereine, der „Rote Sport“, proletarische Chöre und Agitprop-Theatergruppen zum kulturellen Rahmenprogramm von Vorträgen oder Solidaritätsfeiern bei.

Zu bestimmten Jahrestagen organisierte die RHD Veranstaltungen, wobei dem 18. März als Tag der politischen Gefangenen eine Schlüsselrolle zukam. Rund um dieses Datum warb die RHD mit verstärkten Spenden-



Aus „Roter Helfer“, Dezember 1928



Aus „Roter Helfer“, Januar 1928

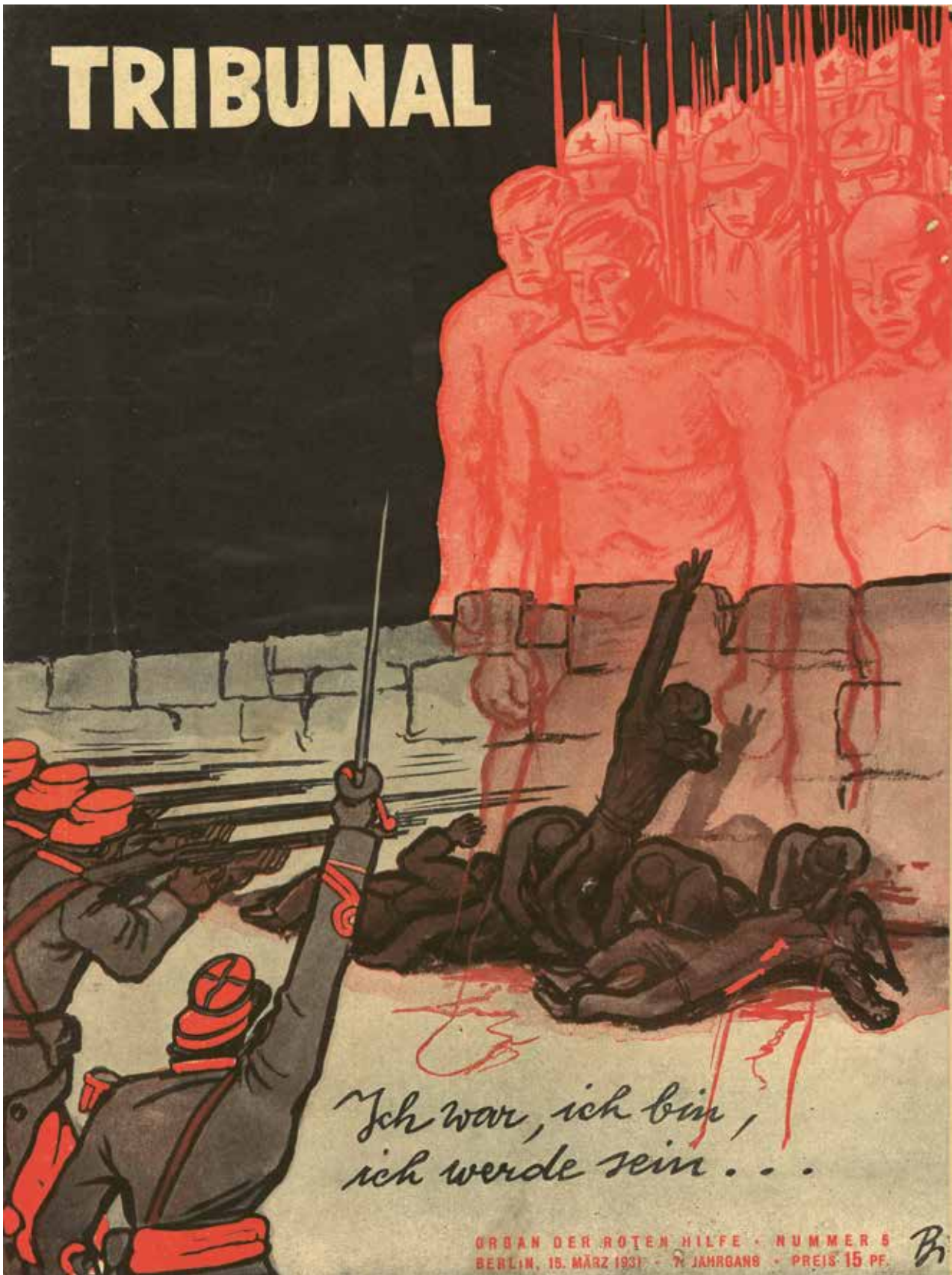


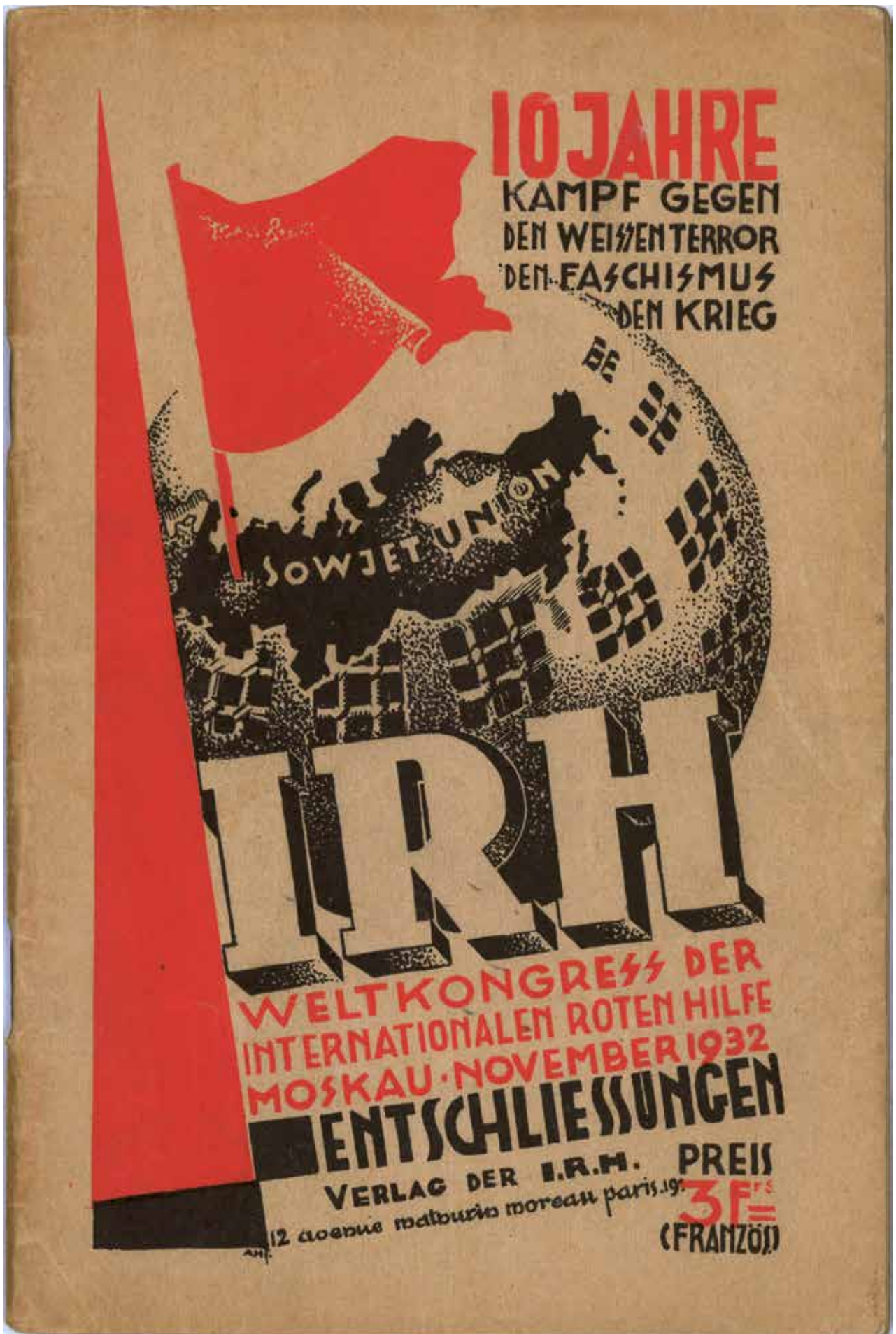
RHD-Broschüre für die Freilassung von Rudolf Margies, 1927

sammlungen, Vorträgen und Demonstrationen für die materielle Unterstützung der inhaftierten Genoss*innen und forderte ihre Freilassung. Beschränkten sich die Aktivitäten anfangs auf wenige Tage Mitte März, erweiterte die Solidaritätsorganisation in den frühen 1930er-Jahren Intensität und Umfang auf mehrere Wochen mit dichtem Programm.

Zudem war die Rote Hilfe fast ununterbrochen mit mehrmonatigen Kampagnen in der Öffentlichkeit präsent, wobei einige Themen immer wiederkehrten. Besonderen Stellenwert hatte schon in den 1920er-Jahren die Vollamnestie der politischen Gefangenen, wobei mehrfach zumindest ein Teil der Forderungen durchgesetzt werden konnte. Außerdem griff die RHD in dieser Phase häufig Ereignisse in anderen Ländern auf, indem sie beispielsweise gegen die brutale politische Verfolgung in Bulgarien, Polen und China protestierte oder sich an der weltweiten Kampagne gegen die Hinrichtung der Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti beteiligte.

Der internationale Fokus war unter anderem dem Dachverband der Solidaritätsorganisationen zu verdanken: Die im Winter 1922/1923 gegründete Internationale Rote Hilfe (IRH) vernetzte die Antirepressionsarbeit in Dutzenden von Ländern, verbesserte den Informationsaustausch und sorgte für gegenseitige Unterstützung bei besonders schweren Repressionswellen. Davon hatten bereits die Rote-Hilfe-Komitees profitiert, die aus die-





sem Zusammenschluss umfangreiche finanzielle Hilfe erhielten. Da die RHD – nach der sowjetischen MOPR – die zweitgrößte Struktur innerhalb der IRH war, konnte sie den Schwesterorganisationen tatkräftig zur Seite stehen und gemeinsame Kampagnen aktiv umsetzen.

Neuausrichtung 1929

Anfang 1929 griffen die heftigen KPD-internen Flügelkämpfe auf die Rote Hilfe über. Die Anhänger*innen der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO), die in der RHD stark vertreten waren und auch den Zentralvorstand prägten, sahen sich massiven Anfeindungen ausgesetzt, und einige bekannte RHD-Mitglieder wurden im Verlauf der hitzigen Auseinandersetzungen ausgeschlossen. Dieses Vorgehen stieß auf deutliche Kritik; unter anderem protestierte die Präsidentin der IRH, Clara Zetkin, entschieden gegen die Maßregelungen. Der Konflikt führte zu zahlreichen Austritten, in vielen Ortsgruppen kam die Arbeit kurzzeitig zum Erliegen, und die Solidaritätsorganisation durchlebte eine mehrmonatige schwere Krise.⁴

In der Folgezeit hatte die KPD deutlich größeren Einfluss auf die Rote-Hilfe-Arbeit als zuvor, und auch die Schwerpunktsetzung änderte sich: Hatte sich die RHD schon früher dagegen verwahrt, als „rote Caritas“ ohne größeren politischen Anspruch zu gelten, schärfte sie nun ihr kämpferisches Profil.

Das lag auch an der massiv steigenden Repression: Das Verbot des Roten Frontkämpferbunds (RFB) im Mai 1929 brachte eine Welle von Verhaftungen und Prozessen. Durch die Weltwirtschaftskrise erreichten Arbeitslosigkeit und Armut ungekannte Dimensionen, wodurch sich die sozialen Auseinandersetzungen verschärften. In den frühen 1930er-Jahren war der Reichstag weitgehend handlungsunfähig, und faktisch regierten Präsidialkabi-

nette mithilfe von Notverordnungen. Regelmäßig wurde der Ausnahmezustand verhängt, Demonstrationen der Arbeiter*innen sahen sich brutalen Polizeieinsätzen ausgesetzt, und die Zahl der verhafteten und angeklagten politischen Aktivist*innen schnellte in die Höhe. Zudem nahm der blutige Straßenterror der Nazis ununterbrochen zu, doch die Justiz verfolgte vor allem Antifaschist*innen. Tausende Menschen, die sich engagiert gegen die SA-Umtriebe zur Wehr setzten, wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt oder sogar mit der Todesstrafe bedroht.

Nachdem die RHD mehrere Teilamnestien erwirkt hatte und die Zahl der inhaftierten Genoss*innen Anfang 1931 auf 1.300 gesunken war, füllten die hohen Urteile gegen fortschrittliche Kräfte die Gefängnisse schnell aufs Neue: Ende 1931 saßen 6.500 Aktivist*innen in Haft, und im Sommer 1932 zählte die RHD sogar 9.000 politische Gefangene, die ebenso wie ihre Familien Unterstützung brauchten.⁵

Eine noch größere Herausforderung stellten jedoch die Tausende von Gerichtsprozessen dar, in denen die Rote Hilfe die Angeklagten juristisch beriet und nach Möglichkeit anwaltlichen Beistand finanzierte. Dadurch gewann der Rechtsschutz, der anfangs eher einen Nebenaspekt darstellte, enorme Bedeutung, und die RHD konnte den hohen Bedarf an Rechtsberatungen kaum abdecken. In dieser Situation brachte die Rote Hilfe nicht mehr nur Rechtshilfe-Broschüren wie Felix Halles Schrift *„Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht“* in hoher Auflage heraus und hielt in ihren Büros Beratungsstunden ab. Zusätzlich rief sie ab 1931 flächendeckend organisationsübergreifende Rechtsschutzkommissionen ins Leben und bot juristische Schulungen und Fortbildungen für Mitglieder und Unterstützer*innen an.

Kämpferisch gegen die staatliche Repression

Die harten Verfolgungsmaßnahmen, die immer öfter auch die RHD selbst in Form von Hausdurchsuchungen, Veranstaltungs- und Zeitungsverboten trafen, verstärkten die offensive Politik der Solidaritätsorganisation zu Beginn der 1930er-Jahre. Antifaschistische und klassenkämpferische Forderungen traten in der Vordergrund und überlagerten die Bereiche, die eher als soziales Engagement wahrgenommen wurden.

Die intensiven mehrwöchigen RHD-Kampagnen häuften sich und richteten sich gegen die Notverordnungen, Verbotsmaßnahmen und gegen die Massenprozesse, denen besonders Antifaschist*innen ausgesetzt waren. Die Pro-



Der Warteraum der Rechts-Auskunftsstelle der RH Wasserkante in Hamburg

Aus „Roter Helfer“, Januar 1928

4– Vgl. Brauns S. 248ff

5– Vgl. Tribunal-Ausgaben vom 15.1.31 S. 1, 15.12.31 S. 13, Mitte August 1932 S. 1



teste prangerten auch die hohe Zahl an Morden durch NS-Terror und blutige Polizeigewalt an, und aus dem eigens geschaffenen Mordabwehrfonds unterstützte die Rote Hilfe schwer verletzt Überlebende und die Hinterbliebenen der Toten. Zudem setzte sich die Solidaritätsorganisation in enger Zusammenarbeit mit der KPD wieder für eine Vollamnestie ein und erreichte im Dezember 1932 immerhin die Freilassung eines Teils der gefangenen Aktivist*innen. Für diese späten Kampagnen erstellte der Zentralvorstand eine beeindruckende Bandbreite von Material und Hilfestellungen für die Ortsgruppen, beginnend bei Broschüren, Postkarten und Anstecknadeln über Referent*innenrundreisen oder Vortragsskripte für lokale Veranstaltungen bis hin zu Ablaufplänen und Zielsetzungen für Spendensammlungen. Die inhaltliche Neuorientierung spiegelte sich auch in den Aktionsformen wider: Kulturelle Veranstaltungen wie Solidaritätskonzerte, die bewusst über die politisch organisierten Kreise hinauswirken sollten, wurden von Demonstrationen und Kundgebungen verdrängt.

In der äußerst repressiven Situation zu Beginn der 1930er-Jahre kam der Roten Hilfe eine noch zentralere Rolle zu, die in der gesamten Arbeiter*innenbewegung

anerkannt wurde. Deshalb wurde die RHD noch breiter unterstützt, und die organisatorische Schwächung, die sie während der Krise des Jahres 1929 erlitten hatte, konnte innerhalb weniger Monate ausgeglichen werden. Durch Massenbeitritte wuchs die RHD bis Herbst 1932 auf über 375.000 Individualmitglieder an, wobei noch weit mehr über Kollektivmitgliedschaften erfasst waren: Bereits Ende 1931 summierten sich die korporativ beigetretenen Roten Helfer*innen auf 529.000, und die Zahlen stiegen im Folgejahr ununterbrochen an. Das Wachstum brachte nicht nur eine finanzielle Erleichterung, sondern erweiterte auch die Aktionsmöglichkeiten, da die Einzel- und Kollektivmitglieder aufgerufen waren, sich bei Spendensammlungen, Kundgebungen und Prozessbegleitungen einzubringen. Zugleich gründeten sich in immer mehr Städten und Dörfern neue Rote-Hilfe-Strukturen, und im September 1932 existierten reichsweit 3770 Ortsgruppen.⁶

Dank dieser Entwicklung stiegen die Einnahmen zwar spürbar an, doch konnten sie nicht im Geringsten mit der Explosion der Ausgaben Schritt halten, die sich besonders bei den Kosten für Anwalt*innen zeigten: Hatte die RHD 1928 nur rund 52.000 Reichsmark für Rechtsschutz ausgegeben, fielen 1930 bereits über 190.000 Reichsmark an, und im Folgejahr summierten sich die Rechnungen auf mehr als 350.000 Reichsmark. Mit unermüdlichen Sammlungen und Spendenaufrufen versuchten die Roten Helfer*innen, die finanziellen Engpässe zu bewältigen, aber 1932 war die Solidaritätsorganisation in dauerhaften Zahlungsschwierigkeiten und konnte selbst die Unterstützungszahlungen für die Gefangenen und ihre Familien nur mit Mühe leisten. Die Einsparungen im Verwaltungsbereich reichten bei Weitem nicht aus, und um die Kernaufgaben erfüllen zu können, mussten bei kostspieligen Projekten massive Abstriche gemacht werden, etwa bei den Kindererholungsheimen.

Die wachsende Repression gegen RHD-Aktivitäten behinderte die Solidaritätsarbeit zusätzlich, und im Sommer 1932 befürchteten die Roten Helfer*innen ernsthaft ein drohendes Verbot und ergriffen erste Maßnahmen für die illegale Arbeit. Trotzdem trafen die Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 und das Ausmaß des folgenden NS-Terrors die Solidaritätsorganisation weitgehend unvorbereitet.

Zum Weiterlesen:

Nikolaus Brauns, *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938)*, Bonn 2003



RHD-Plakat, Ende 1932

3. Jahrgang Nr. 7
Berlin, Juli 1927

Preis: 10 Pfennig
10 Rappen - 5 Kop.

DER ROTE HELFER

HERAUS ZUR CLARA ZETKIN WERBEWOCHE!



nach
Revo-
t, um E

Neueste Originalaufnahme für den „Roten Helfer“. Aufgenommen im März 1927, hier erstmalig veröffentlicht

Clara Zetkin

Am 5. Juli 1927 vollendet unsere greise Führerin ihr 70. Lebensjahr.

Literatur der RHD der Weimarer Republik

Zeitungen, Flugblätter und kostengünstige Broschüren waren von Anfang an zentrale Medien der Roten Hilfe Deutschlands. Vor der Gründung der Mitgliederorganisation im Jahr 1924 hatten die Solidaritätsaktivist*innen deutschsprachige Publikationen der Internationalen Roten Hilfe verkauft, doch blühte schnell eine eigene Presse-landschaft auf. Die meisten Bezirke erstellten Mitte der 1920er-Jahre monatliche Lokalblätter, die der kommunistischen Tagespresse beigelegt wurden. Zu den frühesten Beispielen regionaler RHD-Zeitungen, deren erste Nummern noch 1924 erschienen, gehörten „Golgatha“ der Bezirksleitung Halle-Merseburg, „Die Hölle“ für Erzgebirge-Vogtland, „Heraus mit den politischen Gefangenen“ aus Thüringen sowie „Rote Hilfe“ des Bezirks Wasserkante.

Ab August 1925 gab der Zentralvorstand der RHD eine reichsweite Monatsschrift heraus: „Der Rote Helfer“, der an Abonnent*innen und im Handverkauf verbreitet wurde, erreichte 1928 eine Auflage von 150.000.¹ Zum Jahresanfang 1929 wurde das Heft in „Tribunal“ umbenannt und erschien ab Juli 1930 sogar vierzehntägig mit bis zu 24 Seiten. Spezielleren Interessen widmeten sich „MOPR“, die monatlich über die Arbeit der anderen Rote-Hilfe-Organisationen weltweit informierte, und ab 1931 der „Rote Block gegen Faschismus, Klassenjustiz, Polizeiterror“, der sich an Funktionär*innen richtete.

Zusätzlich zu den Periodika gab die RHD weit über hundert Broschüren zu einer großen Bandbreite von Re-

pressionsthemen heraus und unterhielt zu diesem Zweck zwei organisationseigene Verlage. Im Mittelpunkt stand oft die Situation der politischen Gefangenen in der Weimarer Republik, die anhand von Einzelfällen, Erlebnisberichten von Häftlingen oder Schilderungen zu einzelnen Gefängnissen beleuchtet wurde. Andere Hefte prangerten bekannte Repressionsereignisse wie den Berliner Blutmai, die Urteile der Sondergerichte oder die Anklagen wegen „literarischen Hochverrats“ an. Große Verbreitung fanden zudem die juristischen Ratgeber, etwa zum Verhalten bei Hausdurchsuchungen oder vor den neu eingeführten Schnellgerichten. Außer zu politischem Strafrecht publizierte die RHD auch zu Arbeitsrecht, zum restriktiven Sexualrecht und vor allem zum §218, der Schwangerschaftsabbrüche mit hohen Haftstrafen bedrohte. Hinzu kamen Schriften zur Verfolgung der Arbeiter*innenbewegung weltweit, aber auch einige Romane und Autobiografien, die sich mit staatlicher Verfolgung beschäftigten.

Zu den meistverkauften Broschüren der 1920er-Jahre zählten Erich Mühsams „Gerechtigkeit für Max Hoelz“ (1926) und „Folterkammer Amerika: Sieben Jahre Sacco-Vanzetti“ (1927). Deren Auflagen wurden in den Folgejahren übertroffen von dem begehrten Rechtshilfe-Band „Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?“ von Felix Halle, von dem insgesamt 76.000







Exemplare gedruckt wurden, und „Die Wahrheit über den Blutsonntag in Altona“, deren 80.000 Stück nach wenigen Wochen vergriffen waren. Wohl an der Spitze stand die Selbstdarstellung „Was will die Rote Hilfe?“, die bei mehreren Nachdrucken weit über 100.000 Stück erreichte.²

Noch sehr viel größere Verbreitung fanden Flugblätter – ein Medium, das auch die Bezirke, Ortsgruppen und Straßenzellen rege nutzten, um gegen einzelne Repressionsfälle zu protestieren oder zu ihren Veranstaltungen zu mobilisieren. Auch der Zentralvorstand brachte zahlreiche Flugblätter heraus, die zu einzelnen Kampagnen oder nach besonders einschneidenden Ereignissen teilweise in Millionenaufgabe verteilt wurden. Weitere wichtige Medien waren Postkarten und Plakate, die oft von berühmten Künstler*innen gestaltet wurden.

Dass die RHD-Druckerzeugnisse und Redakteur*innen regelmäßig kriminalisiert wurden und die Verfolgung vor allem durch die Notverordnungen der frühen 1930er-Jahre zunahm, konnte den Publikationseifer der Roten Hilfe kaum dämpfen. Selbst als die RHD nach der Machtübergabe an die Nazis verboten und in die Illegalität getrieben worden war, produzierten und



vertrieben die Aktivist*innen noch jahrelang das reichsweite „Tribunal“, lokale Zeitungen, Flugblätter und Broschüren.

Zum Weiterlesen:

Heinz Sommer, *Literatur der Roten Hilfe in Deutschland, Bibliografische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Band 9*, Berlin 1991

1– Vgl. Sommer S. 89

2– Vgl. Sommer S. 48, 50f und 59; Unterlagen zur ZV-Sitzung vom 30.10.32, StAB 4,65 - 484



Frauen* in der RHD der Weimarer Republik

Von Anfang an wirkten viele Frauen* aus der Arbeiter*innenbewegung in der Solidaritätsarbeit mit und unterstützten verfolgte Genoss*innen. Entsprechend versuchte die Rote Hilfe Deutschlands schon früh, weitere weibliche* Mitglieder zu gewinnen und zu dauerhaftem Engagement zu motivieren.

Die RHD war dabei in mehreren Hinsichten für die Aktivistinnen* ansprechend: Zum einen stand die Organisation tausenden Ehefrauen* politischer Gefangener zur Seite, und viele Proletarierinnen*, die diese Unterstützung selbst oder im persönlichen Umfeld erlebt hatten, brachten sich daraufhin aktiv ein. Zum anderen ermöglichte die Rote Hilfe eine niedrigschwellige Beteiligung für Frauen*, die mit Lohnarbeit, Haushalt und Kindern einer extremen Mehrfachbelastung ausgesetzt waren. Während viele Genossinnen* beispielsweise die abendlichen Sitzungen der Parteien und Gewerkschaften nur schwer mit ihrem Lebensalltag vereinbaren konnten, ließen sich Solidaritätsaufgaben wie Spendensammlungen im Wohnviertel oder Päckchenpacken für Gefangene leichter in die Lebensabläufe integrieren. Zum dritten bestanden in der patriarchal geprägten Arbeiter*innenbewegung noch immer Vorbehalte gegen die politische Betätigung von Frauen*, und die sozial anmutenden Aspekte der Solidaritätspraxis erleichterten ihnen den Einstieg.

Im Lauf der Zeit wandelte sich das Geschlechterbild der RHD merklich: In der Frühphase wurden Frauen* hauptsächlich auf die Rolle der notleidenden Angehörigen der meist männlichen politischen Gefangenen reduziert, und die weiblichen* Mitglieder wurden auf Zuarbeiten beschränkt. Nur wenige Aktivistinnen*, etwa die gefragte Rednerin* Traute Hoelz oder die Spitzenfunktionärinnen* Clara Zetkin und Jelena Stassowa, standen als prominente Rote Helferinnen* im Licht der Öffentlichkeit. Als sich Ende der 1920er-Jahre die sozialen Auseinandersetzungen verschärften und auch immer mehr Frauen* wegen ihrer politischen Aktivitäten massive Repression erfuhren, wurden sie innerhalb der RHD zunehmend als gleichberechtigte Genossinnen* wahrgenommen und ihr kämpferisches Engagement gewürdigt.

Über gezielte Kampagnen sprach die Rote Hilfe das weibliche* Umfeld an und warb um Beitritte und aktive Beteiligung. Speziell auf Frauen* zugeschnittene Veranstaltungen, etwa zum Abtreibungsverbot nach § 218 oder anlässlich des Frauen*kampftags am 8. März, gehörten ebenso dazu wie Flugblätter oder die Rubrik „Geschundene Frauen“ in der RHD-Zeitung „Tribunal“. In den frühen 1930er-Jahren waren eigene Frauen*leitungen auf Bezirks- und Ortsgruppenebene tätig, die die Mitgliederwerbung und die Einbindung vorantrieben. In einigen Städten grün-

deten sich sogar gesonderte RHD-Frauen*aktive zusätzlich zu den gemischten Gruppen.

Tatsächlich konnte die RHD deutliche Erfolge verbuchen: Betrag der Frauen*anteil unter den RHD-Individualmitgliedern im Jahr 1926 nur 19 Prozent, konnte er bis 1932 auf knapp 27 Prozent gesteigert werden¹ und lag damit weit höher als in der KPD oder den meisten Massenorganisationen. Zudem brachten sich viele Rote Helferinnen* tatkräftig in die Arbeit ein und übernahmen in erster Linie an der Basis leitende Funktionen, beispielsweise als Stadtteil-Kassiererinnen*. Hingegen blieben sie in den Bezirksleitungen und im Zentralvorstand weiterhin deutlich unterrepräsentiert und traten auch im Organisationsalltag weit weniger stark in Erscheinung als viele männliche Mitglieder.

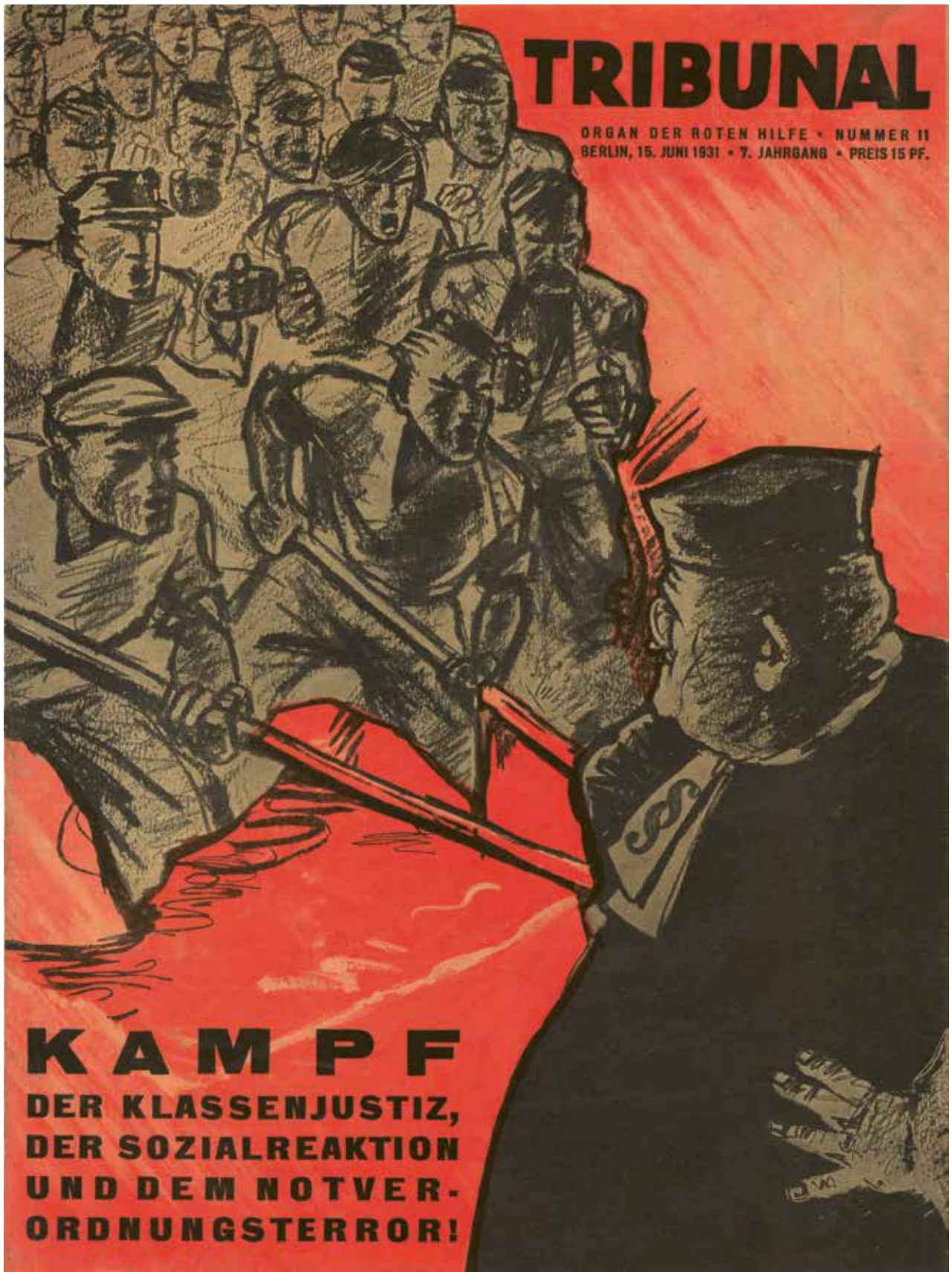
Diese relative Unsichtbarkeit bekam im Frühjahr 1933 eine neue Bedeutung, als nach der Machtübergabe an die Nazis die Massenverhaftungen einsetzten und vor allem polizeibekanntes Aktivist*innen trafen. Da Frauen* seltener im Visier der Nazis waren, konnten sie die illegalen Solidaritätsstrukturen aufbauen und übernahmen nun häufiger wichtige Aufgaben innerhalb der RHD.

1- Organisationsbericht zur ZV-Sitzung, 8./9.5.32, StAB 4,65 – 482



Viele RHD-Publikationen der Weimarer Zeit richteten sich gezielt an Frauen: Broschüre von Tina Modotti, 1932

Bild links: Demonstrationzug zu den Gräbern der Märzgefallenen in Berlin im März 1928; aus „Roter Helfer“, April 1928



Repression gegen die RHD der Weimarer Republik

Die Rote Hilfe Deutschlands sah sich in der Weimarer Republik ununterbrochen Repressalien und flächendeckender Überwachung ausgesetzt. Auch wenn es deutliche regionale Unterschiede gab, blieb das Engagement nirgends ungestört: Regelmäßig durchsuchte die Politische Polizei RHD-Büros und die Wohnungen aktiver Mitglieder, gefolgt von Festnahmen, Verhören und Prozessen. Die häufigen Beschlagnahmungen von Kassen, Unterlagen und Druckschriften behinderten die Arbeit ebenso massiv wie Verbotsverfügungen gegen öffentliche Veranstaltungen und Werbeaktionen.

Die staatliche Verfolgung richtete sich gegen alle Bereiche der Solidaritätsarbeit, angefangen bei den Spendensammlungen. Da die Behörden keine Genehmigungen erteilten, mussten die Roten Helfer*innen die finanzielle Unterstützung in einer legalen Grauzone organisieren. Immer wieder verhaftete die Polizei RHD-Sammler*innen, beschlagnahmte die Spendenbüchsen und leitete Ermittlungsverfahren ein, die oft mit Geldstrafen endeten. Die fehlende Genehmigung diente zudem als Anlass, um mit Hausdurchsuchungen und Vernehmungen gegen die lokalen Leitungen vorzugehen, besonders während der jährlichen Winterhilfe-Kampagne. Ähnliche Formen von Kriminalisierung richteten sich gegen Plakatierer*innen und Flugblattverteiler*innen, aber auch gegen Redner*innen, denen vermeintlich beleidigende oder unwahre Äußerungen bei Versammlungen vorgeworfen wurden.

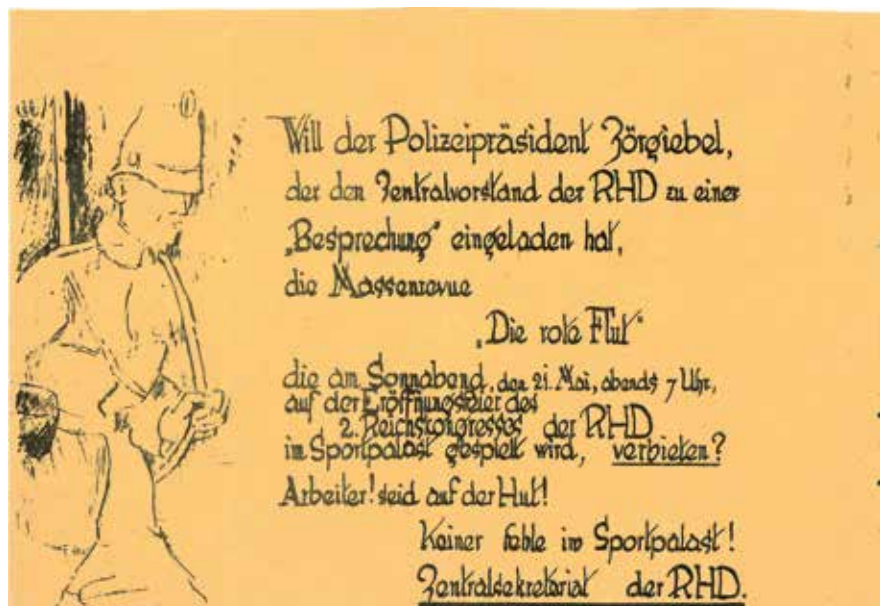
Selbst die Kindererholung war den staatlichen Stellen ein Stein des Anstoßes, und vor allem das RHD-Kinderheim Barkenhoff war ununterbrochen Ziel von behördlichen Angriffen. Ein Höhepunkt war im Jahr 1926 erreicht, als der zuständige Landrat die Rote Hilfe vor die Wahl stellte, die Einrichtung zu schließen oder die neuen Fresken zu entfernen, mit denen der bekannte sozialistische Künstler Heinrich Vogeler die Räume ausgeschmückt hatte. Gegen diesen „Polizeiterrror gegen Kind und Kunst“, wie eine RHD-Broschüre titelte, konnte die Solidaritätsorganisation eine breite Protestbewegung mobilisieren und die Schließung abwenden. Dennoch dauerten die Repressalien gegen die beiden RHD-Kinderheime auch in späteren Jahren an: Das thüringische MOPR-Heim in Elgersburg war allein in den Jahren 1931/32 Ziel von fünfzehn polizeilichen Durchsuchungen, was die Erholungsaufenthalte unmöglich machte.¹

Verfahren wegen missliebiger Publikationen der Solidaritätsorganisation waren von Anfang an nicht unüblich, aber die Notverordnungen zu Beginn der

1930er-Jahre verschärften die Lage: Immer öfter wurden Broschüren der Roten Hilfe verboten, teilweise noch in der Druckerei beschlagnahmt und Aktivist*innen, die trotzdem Exemplare besaßen oder verbreiteten, mit Verfahren überzogen. Beispielsweise fielen im Winter 1931/32 die juristischen Ratgeber zu Hausdurchsuchungen und zu Schnellgerichten, die RHD-Hefte „Schüsse am Bülowplatz“ und „Volksentscheid“ sowie zwei im Tribunal-Verlag erschienene Romane den Verbotsverfügungen zum Opfer. Außer Broschüren und Flugblättern wurden auch die reichsweiten Zeitungen kriminalisiert: Nachdem das „Tribunal“ schon im Sommer 1931 sechs Wochen lang nicht erscheinen durfte, wurde es ab 15. August 1932 sogar für ein Vierteljahr verboten. Autor*innen, Redakteur*innen und presserechtlich Verantwortliche wurden mit Prozessen überzogen und zum Teil zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Zudem belegten die Repressionsorgane Veranstaltungen und Demonstrationen der Roten Hilfe Deutschlands mit strengen Auflagen oder verboten sie vollständig. Immer häufiger untersagten die Behörden Vorträge mit unbequemen Referent*innen und machten ganze Rundreisen unmöglich. Selbst Kulturveranstaltungen, etwa Solidaritätskonzerte und Agitprop-Theaterabende, durften nicht immer wie geplant stattfinden. Als sich die Situation zu Beginn der 1930er-Jahre zuspitzte, konnte die RHD in einigen Bezirken nicht einmal mehr organisationsinterne Veranstaltungen wie Mitgliederversammlungen durchführen, und ein mögliches Organisationsverbot erschien immer wahrscheinlicher. Mit der Machtübergabe an die Nazis sollten die staatlichen Verfolgungen jedoch ungeahnte Dimensionen annehmen.

1– Vgl. Bresler S. 40ff und Werner S. 131

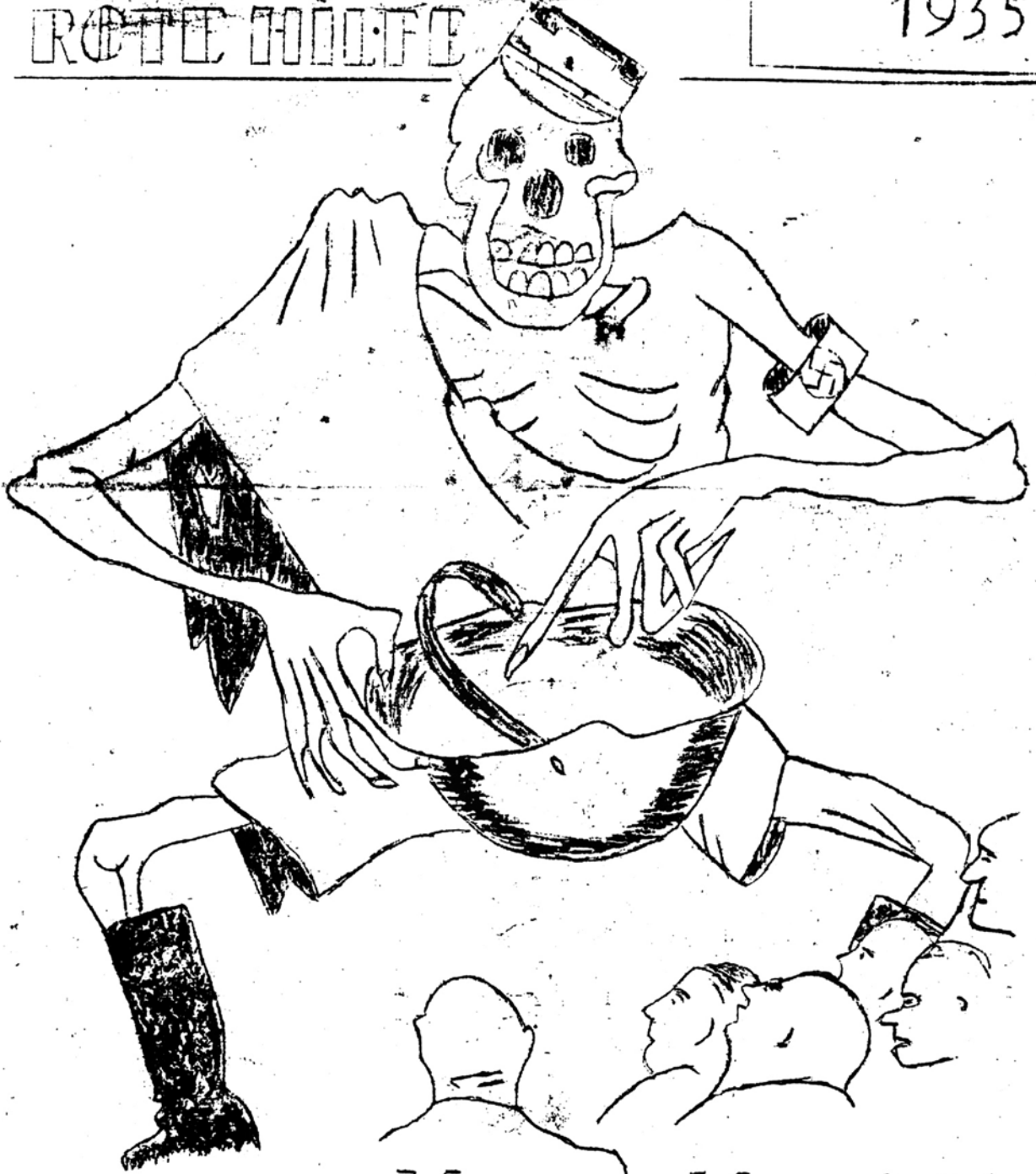


Sondernummer Tribunal

10PF

Januar
1935

ROTE HILFE



Faschismus = Hunger = Krieg !!!

Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

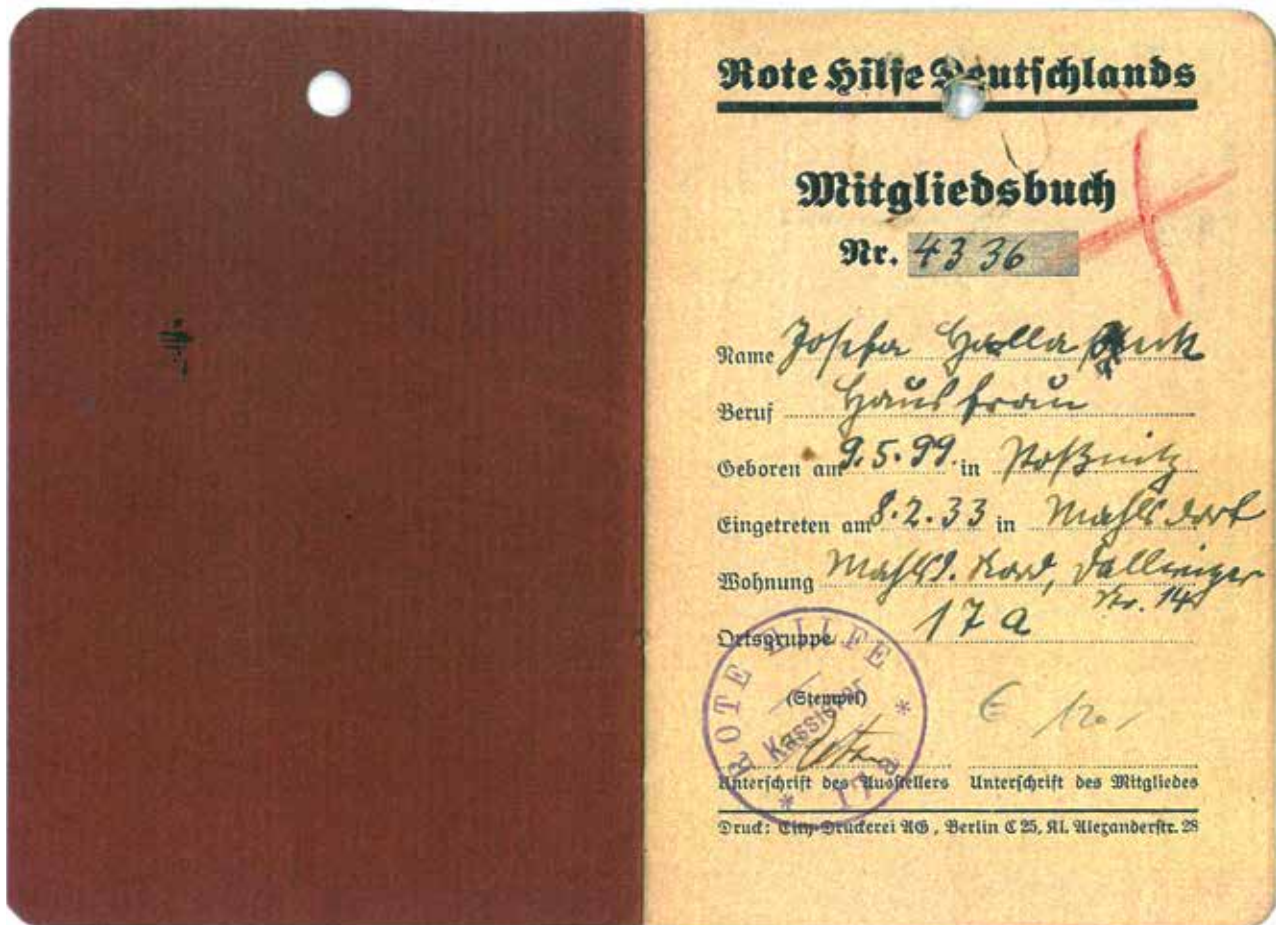
Die Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 bedeutete eine extreme Zäsur, doch wie die meisten Organisationen der Arbeiter*innenbewegung unterschätzte anfangs auch die Rote Hilfe Deutschlands die Situation. Als nach dem Reichstagsbrand die Massenverhaftungen gegen Kommunist*innen und andere Antifaschist*innen einsetzten, wurden zahllose RHD-Aktivist*innen in „Schutzhaft“ verschleppt. Andere tauchten unter oder flohen ins benachbarte Ausland, um dem Zugriff der Nazis zu entgehen. Die wenigen Vorbereitungen, die im Vorfeld für die befürchtete Illegalität getroffen worden waren, hatten sich auf vereinzelte geheime Druckereien, Deckadressen für klandestine Kommunikation und eine Reihe von Quartieren für Untergetauchte beschränkt und reichten bei Weitem nicht aus.

Nachdem die RHD bereits im März 1933 verboten worden war, kam die Solidaritätsarbeit in vielen Städten zunächst fast zum Erliegen. Besonders die erfahrenen Funktionär*innen fehlten, viele Mitglieder zogen sich aus Angst zurück, und die verbliebenen Roten Helfer*innen waren damit überfordert, neue Methoden für

den Untergrund zu entwickeln und die zerschlagenen Strukturen wieder aufzubauen.

Allerdings war die solidarische Unterstützung für die tausenden politischen Gefangenen und ihre Familien nötiger denn je und bildete zudem eine wichtige Grundlage des gesamten antifaschistischen Widerstands: Das Wissen, dass die RHD nach einer möglichen Verhaftung Hilfe für sie und ihre Angehörigen leisten würde, erleichterte vielen Genoss*innen die Entscheidung, sich dem illegalen Kampf anzuschließen.

Diese Bedeutung war den Roten Helfer*innen bewusst, und von Anfang an bemühten sich die ausgedünnten Gruppen darum, die Arbeit wiederaufzunehmen. Dabei griffen sie zunächst auf die bewährten Abläufe zurück, was enorme Gefahren barg. Beispielsweise löste die traditionelle Kassierung immer wieder Verhaftungswellen aus, wenn die Gestapo bei Hausdurchsuchungen RHD-Mitgliedsbücher mit frisch geklebten Beitragsmarken fand. Ähnliche Unvorsichtigkeiten prägten auch andere Bereiche der frühen Illegalität.



In den ersten Wochen der NS-Zeit wurden Mitgliedsbücher wie gewohnt an Neumitglieder ausgegeben und für Beitragsmarken genutzt.

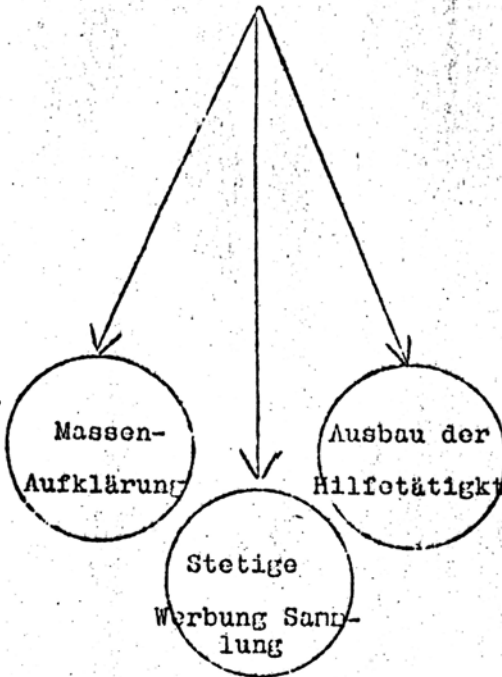
Rote Hilfe

Rundschreiben 3 / 33
Ende Februar

I N H A L T :

1. Neueste politische Ereignisse
2. Letzte Anweisungen zur Wahl
3. Hauptaufgaben auf die es jetzt besonders ankommt
4. Arbeitsplan März-April-Mai

Drei wichtige Punkte
in unserer Arbeit



Helft den Opfern
in Hitlers Kerkern
18. März Tag der
Pariser Commune

Antifaschist. Werbeaufgebot
der Roten Hilfe

März - April - Mai !



Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Baden - Pfalz

14. März Karl Marx 50. Todestag.

Rote Hilfe Deutschlands | Berlin NW 7 | Protheenstr. 77/78
 Telefon: Amtlicher Kur 9389 u. 9439
 Bezirk Berlin-Brandenburg | Bürozeit: 13-19 | Sonnt. 13-17 Uhr

Funktionär-Ausweis Nr. 46

für *Joseph Gullerbach* Ortsgruppe: *129*
 Wohnung: *Muffe, Xant. Sallwitzerstr. 14*
 Funktion als *U. B.*
 in *Muffe, Xant. S.*
 Ausgestellt am *20.2.33* Mitglied seit *1.2.33* Buch Nr. *4236*

Eigenhändige Unterschrift d. Funktionär: _____ Stempel u. Unterschrift der U. B. Leitung: _____

Bei Ausscheiden aus der Funktion oder Änderung ist dieser Ausweis sofort durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe mit dem Vermerk an die U. B. Leitung zurückzusenden.

Nach einigen Monaten gelang es jedoch in vielen Bezirken, konspirative Zusammenhänge aufzubauen, die den Bedingungen der Klandestinität angepasst waren. Ein zentraler Aspekt war die Umstellung auf Kleinzellen, die untereinander keinen Kontakt hatten, sondern nur über die Zellenleitung Verbindungen zu anderen RHD-Strukturen unterhielten. Indem der persönliche Austausch auf Einzelpersonen begrenzt wurde und die meisten Mitglieder sich nicht kannten, sollten Repressionswellen eingedämmt werden.

Organisierte illegale Solidaritätsarbeit

Drei Schwerpunkte prägten die illegale RHD-Tätigkeit: Im Mittelpunkt stand überall die materielle Hilfe für die Familien der politischen Gefangenen und – soweit möglich – für die inhaftierten Genoss*innen selbst. Mit verdeckten Sammlungen von Geld- und Sachspenden sowie Beitragskassierung, aber auch mit Zuschüssen vom Zentralvorstand und aus dem Ausland konnten die Aktivist*innen die Situation der Betroffenen zumindest etwas verbessern. Ein zweites Aufgabenfeld war die Öffentlichkeitsarbeit, und in selbstproduzierten oder von Kurier*innen geschmuggelten Flugblättern und Zeitungen prangerten die Roten Helfer*innen den brutalen NS-Terror an. Sehr viel Zeit nahm auch der „illegale Ap-



parat“ als dritter Bereich in Anspruch. Dazu gehörten die geheimen Druckorte und die Quartiere für Untergetauchte ebenso wie die wechselnden Deckadressen, über die Briefe mit den Leitungen ausgetauscht wurden, und die Anlaufstellen für auswärtige Funktionär*innen. Mit RHD-Instrukteur*innen und mit Genoss*innen aus befreundeten Widerstandsorganisationen fanden Absprachen bei getarnten Treffen statt, die ebenfalls umständlich vereinbart werden mussten. In grenznahen Gebieten kam noch ein vierter Aktionsschwerpunkt hinzu, nämlich die Fluchthilfe ins Exil und der Schmuggel von RHD-Literatur, die im Ausland gedruckt worden war.

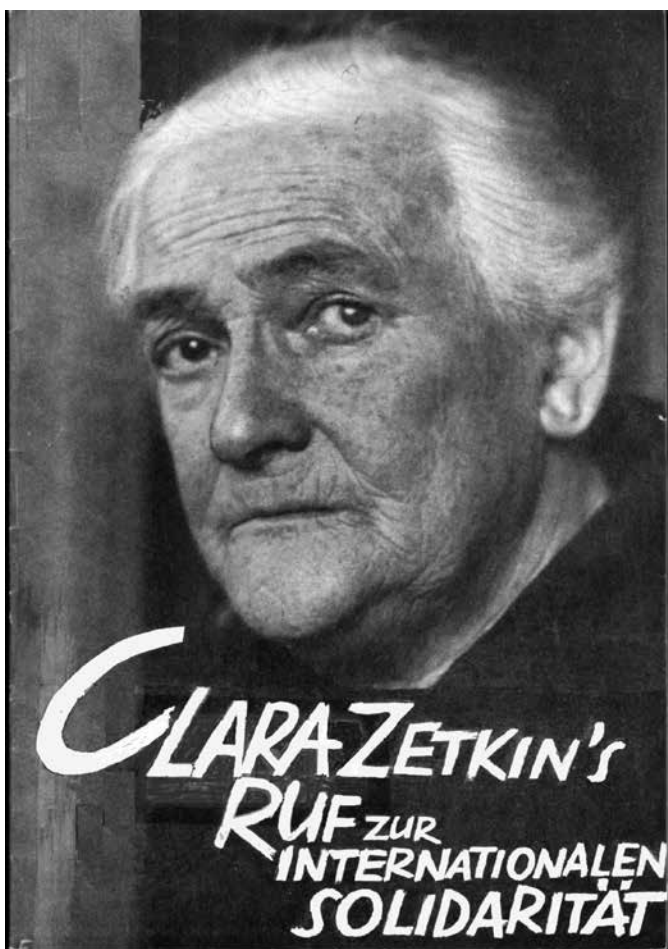
Allerdings bestanden große regionale Unterschiede, welche dieser Aufgaben erfolgreich umgesetzt werden konnten: In manchen Gegenden konnte sich nach wiederholten Verhaftungswellen keine gut vernetzte Solidaritätsarbeit entwickeln, weshalb die verbliebenen RHD-Zellen auf sich allein gestellt waren. Sie beschränkten sich meist darauf, vor Ort Spenden zu sammeln, die direkt an die Familien der Verhafteten verteilt wurden.

Hingegen waren in anderen Bezirken engagierte Bezirksleitungen tätig, die auch nach Repressionsschlägen die Lücken wieder füllen konnten. Dadurch konnten sie die existierenden Ortsgruppen unterstützen, neue aufbauen und kleinere Kampagnen koordinieren. Über den illegalen Zentralvorstand erhielten sie weitere Hilfestellungen und waren oftmals in der Lage, regelmäßig und effektiv materielle Unterstützung für viele Verfolgte zu leisten und größere Projekte wie eigene illegale Bezirkszeitungen umzusetzen.

Ständige Rückschläge durch den NS-Terror

Ein sensibler Bereich waren die Kommunikation und Vernetzung: Zwar wurden zahlreiche Informationen in chiffrierten Briefen über Deckadressen mitgeteilt, aber ein Großteil der direkten Absprachen lief über Instrukteur*innen, die die Bezirksleitungen und Basisaktivist*innen bei der täglichen Arbeit berieten, und über Kurier*innen, die bei Kurzbesuchen Druckschriften, Unterstützungsgelder und Mitteilungen der höheren Gremien übermittelten. Aus Sicherheitsgründen standen diese Funktionär*innen jeweils nur mit Einzelpersonen aus den lokalen Strukturen in Kontakt. Ein Nachteil war jedoch, dass Stadtteile, Städte oder ganze Bezirke isoliert wurden, wenn die relevante Mittelsperson verhaftet worden war. In solchen Fällen war es für die Leitungen mühselig und langwierig, die Kontakte mit den lokalen klandestin organisierten Roten Helfer*innen wiederherzustellen.

Verhaftungen von überregional tätigen Kurier*innen oder Instrukteur*innen, die dutzende Anlaufstellen und führende Mitglieder in verschiedenen Orten kannten,



In Zürich gedruckte RHD-Broschüre, Frühsommer 1933

konnten verheerende Repressionswellen auslösen, wenn die Genoss*innen den brutalen Verhören nicht standhielten. Mehrfach gelang es der Gestapo zudem, Informant*innen in leitende RHD-Gremien einzuschleusen und innerhalb kurzer Zeit ganze Bezirke zu zerschlagen, beispielsweise 1934/35 Frankfurt-Hessen durch den Spitzel „Rudi“ (Hans Neumeister) und 1935/1936 Bayern durch „Theo“ (Max Troll).¹ Ununterbrochen erlitt die RHD durch lokale oder überregionale Massenverhaftungen empfindliche Rückschläge, und es wurde immer schwieriger, die hart getroffenen Gruppen neu zu formieren.

Ein wichtiges politisches Ziel war das Konzept der Einheitsfront, indem die illegale RHD versuchte, über das KPD-Umfeld und sympathisierende proletarische Vereine hinaus möglichst viele antifaschistische Milieus anzusprechen. Besonders intensiv bemühte sie sich um eine Zusammenarbeit mit der SPD und stand vielen sozialdemokratischen Gefangenen zur Seite. Während an der Basis zahlreiche Sozialdemokrat*innen in der Roten Hilfe Deutschlands mitwirkten oder sie zumindest durch regelmäßige Spenden unterstützten, sperrte sich der SPD-Parteivorstand gegen eine engere Kooperation. Daneben suchte die RHD den Kontakt zu weiteren Organisationen der Arbeiter*innenbewegung wie der Sozialistischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften, aber auch zu bürgerlichen Nazigegner*innen, z. B. zum katholischen Widerstand.

In der Illegalität spielten Frauen* eine zentrale Rolle, was sich schon in den ersten Wochen zeigte. Die meisten Roten Helferinnen* hatten immer in der zweiten Reihe gestanden, und dank der patriarchalen Stereotype hatten Repressionsbehörden und Nazis sie kaum als politische Aktivistinnen* wahrgenommen. Deshalb entgingen zahlreiche weibliche* RHD-Mitglieder den Massenverhaftungen im Frühjahr 1933 und sahen sich der Herausforderung gegenüber, die Organisation auf die Bedingungen der Illegalität umzustellen. Oft übernahmen sie umgehend die Posten ihrer Ehemänner, die als bekannte Funktionäre verhaftet worden waren und deren Arbeit sie bereits zuvor tatkräftig, aber unsichtbar unterstützt hatten. Als Kurierinnen*, aber auch als Ortsgruppen- und Bezirksleiterinnen* hatten viele Frauen* im Untergrund wichtige Aufgaben inne, wobei sie geschickt geschlechertypische Verhaltensmuster und Klischees nutzten, um den NS-Verfolgungsorganen zu entgehen. So konnten Kurierinnen* Flugblätter relativ sicher im Einkaufskorb oder Kinderwagen transportieren, während Männer mit Rucksäcken oder Koffern weit häufiger kontrolliert und festgenommen wurden. Auch nach Verhaftungswellen ging die Justiz häufig vom Stereotyp der „unpolitischen Frau“ aus, sodass die weiblichen* Mitglieder im Durchschnitt zu geringeren Strafen verurteilt oder sogar freigesprochen wurden und danach die Solidaritätsarbeit fortführen konnten. Zahlreiche Rote Helferinnen*, vor allem Funktionärinnen*, erlitten jedoch den NS-Terror in seinen brutalsten Formen, und viele Frauen* aus der RHD überlebten die mörderischen Verhöre und Haftbedingungen nicht.²

Internationale Unterstützung

Dass die illegale Tätigkeit über viele Jahre so gut vernetzt geleistet werden konnte, lag nicht zuletzt an der Unterstützung aus dem Exil: Schon im Frühjahr 1933 hatte die RHD begonnen, Grenzstellen im benachbarten Ausland aufzubauen. Diese Büros dienten als Anlaufstellen für geflüchtete Antifaschist*innen und vermittelten ihnen Schlafplätze sowie eine minimale Grundversorgung. Eine weitere wichtige Aufgabe war es, RHD-Publikationen wie die Zeitung „Tribunal“, Flugblätter und Broschüren in ausländischen Druckereien herzustellen und ins Reichsgebiet zu schmuggeln. Außerdem organisierten die Grenzstellen praktische Hilfe für die verbliebenen RHD-Gruppen in Nazi-Deutschland, indem Instrukteur*innen und Kurier*innen die benachbarten Bezirke besuchten und die dortige Arbeit mit Ratschlägen, Druckschriften und Spendengeldern unterstützten.

All das wäre ohne die jeweiligen lokalen Roten Hilfen undenkbar gewesen: Organisationen wie die niederländische Rode Hulp oder der französische Secours Rouge

1– Vgl. Makowski S. 14ff und 92ff, Brauns S. 280ff

2– Vgl. Makowski S. 53ff



Aus der RHD-Broschüre "Trotz faschistischem Terror illegal an der Solidaritätsfront", 1934

spielten bei der logistischen Umsetzung eine Schlüsselrolle und griffen tatkräftig die Öffentlichkeitskampagnen auf, in denen der NS-Terror anhand prominenter Fälle sichtbar gemacht wurde. Für vom Tode bedrohte Antifaschist*innen wie Etkar André und bei einschneidenden Ereignissen wie den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen entwickelten sich monatelange internationale Solidaritätskampagnen, die von breiten Bündnissen bis weit ins bürgerliche Lager hinein getragen wurden. Die im Ausland gesammelten Spendengelder ermöglichten einen Großteil der illegalen RHD-Unterstützungszahlungen.

Die späten RHD-Aktivitäten

Ab 1936 war die Rote Hilfe Deutschlands im Reichsgebiet kaum noch handlungsfähig, nachdem die ständigen Schläge der Gestapo – sei es durch Denunziation oder Spitzel, sei es durch unglückliche Zufälle oder Unvorsichtigkeiten – die meisten Bezirke nachhaltig geschwächt hatten. Zu viele Genoss*innen waren verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt oder ermordet worden, und andere hatten sich aus Angst zurückgezogen oder mussten flüchten, um der Verhaftung zu entgehen. Nur noch in wenigen Regionen existierten verlässliche Kontakte zwischen den Leitungen und den Basisstrukturen, die inzwischen fast ausschließlich sporadische Spendensammlungen durchführten. Die Idee, anstelle des klassischen Organisationsmodells Hilfskomitees zu gründen



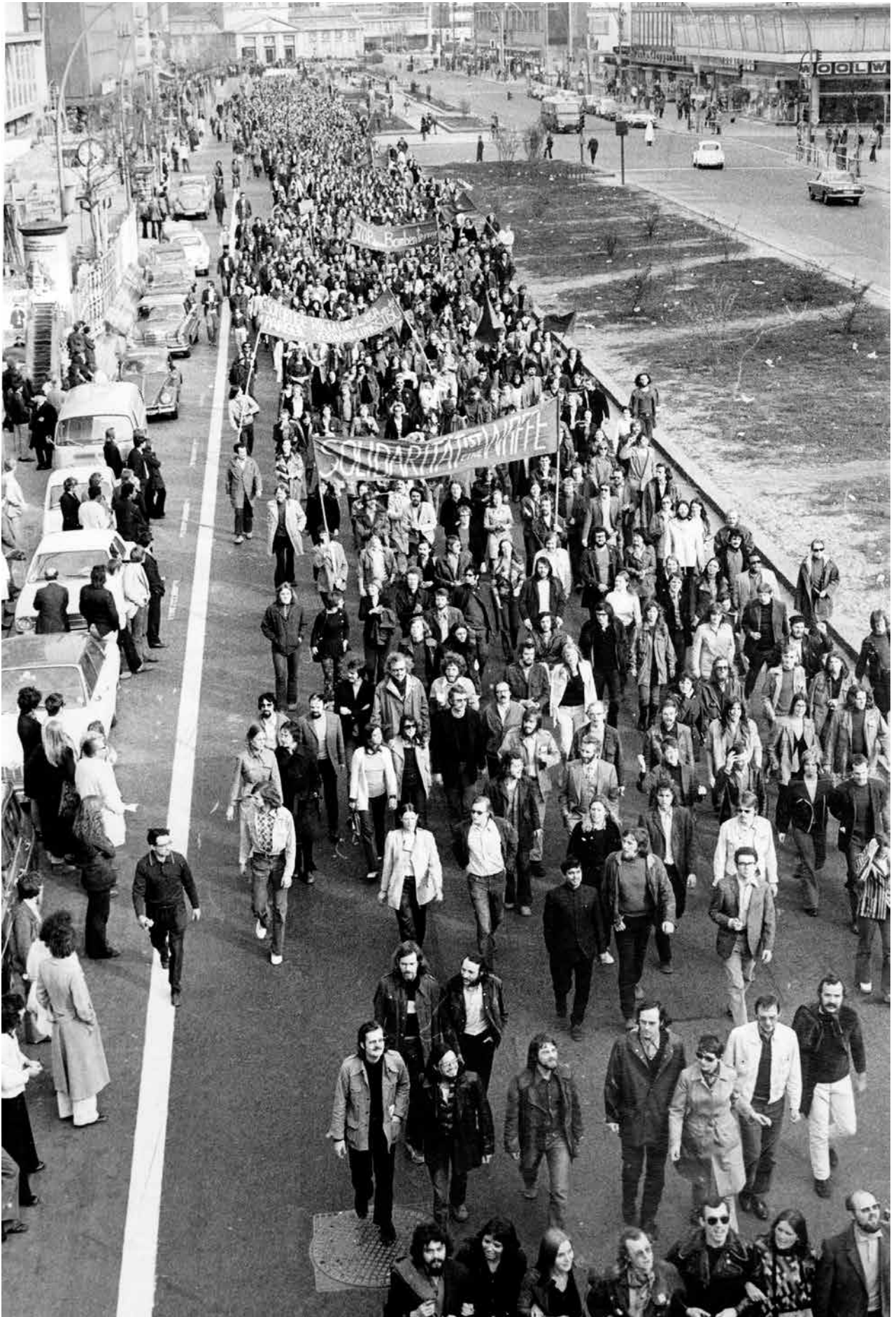
und dabei alle Nazigeegner*innen einzubeziehen, wurde nur in Ostachsen erfolgreich umgesetzt. Insgesamt verstärkte sich aber überall die Zusammenarbeit mit spektrübergreifenden Unterstützungsgruppen wie den betrieblichen Spendenkreisen für verhaftete Kolleg*innen.

Die letzte große Aktion der Roten Hilfe Deutschlands widmete sich der Stuttgarter Kommunistin Lilo Herrmann, die die NS-Justiz im Juni 1937 zum Tode verurteilt hatte. Weil damit erstmalig eine Frau* aus dem Widerstand hingerichtet werden sollte, initiierte die RHD zusammen mit den internationalen Solidaritätsorganisationen und der KPD eine einjährige Kampagne. Die Forderung, die Antifaschistin zu begnadigen, wurde in der Presse weltweit zu einem zentralen Thema. Zwar fand ein Großteil der Aktivitäten im Exil statt, doch auch in Nazi-Deutschland kursierten illegale Flugblätter, und die deutschen Behörden fühlten sich zunehmend unter Druck. Obwohl die Öffentlichkeitsarbeit ein voller Erfolg war, konnte Lilo Herrmanns Hinrichtung am 20. Juni 1938 nicht abgewendet werden.

Nur wenige Wochen später, am 2. September 1938, beschloss die Exilleitung der RHD die Auflösung der Solidaritätsorganisation, deren frühere Strukturen faktisch nicht mehr existierten. Trotzdem führten viele RHD-Gruppen die lokale Direkthilfe für die Familien der Gefangenen fort – teilweise bis zur Befreiung vom NS-Faschismus im Mai 1945.

Zum Weiterlesen:

Silke Makowski, „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!“ – *Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933*, Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I, München 2016



Die Roten Hilfen der 1970er-Jahre

Nach der Befreiung vom NS-Faschismus war die Idee der Roten Hilfe lange in Vergessenheit geraten, und Solidarität mit denen, die staatliche Repression erfuhren, wurde auf andere Weise organisiert. Erst die Protestbewegungen ab Mitte der 1960er-Jahre entdeckten das Konzept wieder und griffen es mit unterschiedlichen politischen Zielsetzungen auf. Ein Schlüsselereignis war die Demonstration gegen den Schah-Besuch am 2. Juni 1967, bei der der Polizist Karl-Heinz Kurras den Studenten Benno Ohnesorg gezielt erschoss. Während die Justiz den polizeilichen Todesschützen freisprach, wurden hunderte Demonstrant*innen angeklagt. Zu ihrer Unterstützung gründeten sich erste Rechtshilfegruppen und Ermittlungsausschüsse in Westberlin und wenig später auch in anderen größeren Städten, in denen die Repression gegen die Proteste zunahm.

Bereits ein Antrag an die Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) im September 1967 benannte die historische Rote Hilfe Deutschlands als Vorbild für eine zu gründende Solidaritätsorganisation.¹ Den gemeinsamen Ausgangspunkt für die praktische Arbeit unter dem Namen „Rote Hilfe“ bildete das Westberliner Sekretariat Rote Hilfe (SRH), das ab Frühjahr 1970 Gefangenenhilfe leistete und versuchte, eine größere Organisation aufzubauen. Zwischen den Mitgliedern entbrannten politische Grundsatzdebatten, etwa zur Frage der Organisierung nach Räte-Modellen oder als kommunistische Partei, aber auch über das Ver-

hältnis zu militantem Kampf sowie zur Arbeiter*innenklasse.

Da sich die Gegensätze nicht überbrücken ließen, trennte sich Anfang 1971 das Rote Hilfe Komitee (RHK) ab, das der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (Aufbauorganisation) verbunden war. Anfangs auf Westberlin beschränkt, wandelte sich das RHK 1973 in einen Verein namens Rote Hilfe e.V. um und baute Strukturen in mehreren Bundesländern auf.

Andere Aktivist*innen des SRH, die eher spontaneistisch-undogmatische Ansätze vertraten, hatten die Arbeit weitergeführt und traten ab 1972 als rote hilfe_★ auf. Schnell entstand ein Netzwerk aus Gruppen in verschiedenen Städten, die allerdings eher lose verbunden und jeweils autonom waren.

An der roten hilfe_★ beteiligte sich ab 1973 auch die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), aber die politischen Unterschiede führten zu internen Auseinandersetzungen, die 1974 eskalierten. Anfang 1975 gründeten die Anhänger*innen der maoistischen KPD/ML die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als eigene Mitgliederorganisation, die bald in über 20 Städten mit festen Ortsgruppen vertreten war.

Ein zentrales Konfliktthema zwischen den unterschiedlichen Roten Hilfen war das Verhältnis zu den Gefangenen aus der RAF, vor allem die Frage, wie stark sich die Solidaritätsaktivist*innen auch mit den Zielen der Stadtguerilla identifizieren sollten. Ob sie sich nur für die politischen oder auch für soziale Gefangene einsetzen sollten, wie es die rote hilfe_★ tat, war ein weiterer Streitpunkt.

Auch beim Verhältnis zu den sozialen Bewegungen, vor allem aber bei der parteipolitischen Anbindung, die die beiden maoistischen Organisationen propagierten, schieden sich die Geister. Die drei Roten Hilfen grenzten sich deutlich und in oftmals harschem Ton voneinander ab.

Schon nach wenigen Jahren setzte ein schneller Niedergang ein, beginnend mit der roten hilfe_★, die ab 1973 in eine schwere Krise geriet und 1975 nur noch in drei Städten vertreten war. Anfang 1979 löste sich die Rote Hilfe e.V. auf, und zeitgleich musste auch die Rote Hilfe Deutschlands empfindliche Verluste hinnehmen, führte aber die Arbeit in kleinerem Rahmen fort.



Bild links: Demonstration auf dem Westberliner Kudamm am 15. Juli 1972 nach den Verhaftungen von RAF-Mitgliedern

1– Vgl. Mohr S. 155ff

rote hilfe
veranstaltung
14.7. in der TU 19^{oo}
informationen über: ver-
folgung, knast, prozesse
und was uns alle angeht

15.7. demonstration 13^{oo}
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG - GEDÄCHTNISKIRCHE

15.7.71 petra schelm
erschossen



lernen **und** **kämpfen**

Die parteiunabhängige rote hilfe_★

Ab Frühjahr 1970 hatte sich im Sekretariat Rote Hilfe (SRH) Westberlin ein breit gefächerter Zusammenschluss bemüht, eine gemeinsame Solidaritätsorganisation aufzubauen. Weil die politischen Differenzen unüberbrückbar waren, gingen die Maoist*innen der KPD (AO) nach einigen Monaten eigene Wege und gründeten das Rote Hilfe Komitee (ab 1973 Rote Hilfe e. V.).

Im SRH zurück blieben Aktivist*innen aus eher undogmatischen Strukturen, die operaistische oder rätekommunistische Ansätze vertraten und eine Parteiorientierung ablehnten. Ab 1972 nannten sie sich rote hilfe_★ Westberlin und regten Gründungen in anderen Städten an. Innerhalb kurzer Zeit schlossen sich rund 30 Gruppen und Kontaktadressen in ganz Westdeutschland an, von denen einige aus früheren Justizkampagnen des SDS, Rechtshilfe- oder Gefangeneninitiativen hervorgegangen waren. Dass die KPD/ML sich aktiv engagierte und bald die Arbeit in einigen Regionen dominierte, führte zunehmend zu Kontroversen.

Das Netzwerk um die rh_★ verstand sich keineswegs als straffe Organisation, und die einzelnen Basisstrukturen waren autonom. Sie unterschieden sich in ihren politischen Schwerpunktsetzungen ebenso wie in der Namensgebung: Beispielsweise gehörten auch die Schwar-

ze Hilfe Freiburg, Commune Würzburg oder Rote Hilfe/Schwarzkreuz Wetzlar zu dem lockeren Zusammenschluss. Neben der gemeinsamen bundesweiten Zeitung „rote hilfe_★“, die von 1972 bis 1974 herauskam, erschienen mehrere lokale Periodika sowie hunderte von Flugblättern.

Gegenöffentlichkeit, Proteste gegen Repressionsmaßnahmen und die Unterstützung von Angeklagten aus verschiedenen linken Zusammenhängen stellten wichtige Aspekte der Arbeit dar, aber noch bedeutender war die ganz praktische Gefangenenhilfe. Die Aktivist*innen standen mit den Häftlingen in engem Briefkontakt, besuchten sie und unterstützten sie mit Geld, Büchern und durch rechtlichen Beistand. Dabei zog die rh_★ keine scharfe Trennlinie zwischen politischen und sozialen Gefangenen. Weil sie Rechtsbrüche besonders von marginalisierten Menschen als Akt der Revolte betrachtete, zielte sie auf die Politisierung der Häftlinge ab. Diese Haltung wurde von den parteinahen Roten Hilfen, aber auch von den Gefangenen aus der RAF scharf kritisiert.

Im Gegensatz zu den maoistisch ausgerichteten Solidaritätsorganisationen bezog sich die rote hilfe_★ nicht ausschließlich auf die Arbeiter*innenklasse, sondern – in Anlehnung an Herbert Marcuses Randgruppentheorie – explizit auf sozial Ausgegrenzte, die einen Großteil der



Frankfurt am Main, September 1973



rote hilfe münchen

Nr.1

Januar 1972

20 Pfg.

WOHNUNGEN SIND PROFITOBJEKTE. SIE DIENEN DER BEREICHERUNG DER HAUSBESITZER

In München fehlen 60.000 Wohnungen. Gegenüber stehen einige hundert Häuser leer. KAUFEN! Die Hausbesitzer wollen die alten, meist noch gut bewohnten Häuser abreißen, um profitbringendere Betonklötze für Banken und Versicherungen oder kleine Appartements zu bauen. Kein Arbeiter kann die Wohnmiete für eine Appartementswohnung zahlen.

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen!

Ende November letzten Jahres besetzte die ROTE HILFE das seit Jahren leerstehende Haus in der Friedrichstrasse 23 und richtete dort ein Büro für Mieterberatung ein, in dem Bürger kostenlose juristische Beratung bei Mietverträgen, Kündigung usw. erhalten konnten. Arbeiter, Studenten und eine 65-jährige Rentnerin, die alle keine erswingliche Wohnung fanden, zogen ein und boten dem Hausbesitzer, einen Architekten namens Heilmann an, sich ihres Monatslohns für

Miete zu zahlen. Der Hausbesitzer lehnte jedoch ab. In einem Gespräch mit der ROTE HILFE erwiderte er: „Ich will an diesem Haus durch ein großes Polizeiaufgebot stürmen. 20 Hausbewohner wurden verhaftet.“ Die ROTE HILFE ließ sich durch einen Polizeieinsatz nicht einschüchtern und besetzte einen Tag später ein anderes leerstehendes Haus in der Adalbertstrasse 50. Noch am selben Tag räumten einige Hundertschaften der Polizei das Haus und verhafteten fünf Besetzer.

HAUSBESITZUNGEN SIND EIN AKT DES WIDERSTANDES GEGEN DIE WILKÜR DER HAUSBESITZER. SIE KÖNNEN NATÜRLICH UNTER HEUTIGEN BEINGUNGEN DAS WOHNUNGSPROBLEM NICHT LÖSEN.
ZU LÖSEN IST DAS WOHNUNGSPROBLEM NUR DURCH DEN UNFASSENDEN KAMPF FÜR EINE GESELLSCHAFTSORDNUNG, IN DER NICHT MEHR DIE PROFITINTERESSEN DER KAPITALISTEN ENTSCHEIDEN, SONDERN DIE BEDÜRFSNISSE DER MENSCHEN.



Juni 1973

rote hilfe

Hamburg 0,80 DM
Frankfurt
Berlin
München 20



Seit 8. Mai sind über 100 politische Gefangene in einen Hungerstreik getreten. Sie kämpfen gegen Isolierhaft, Folter, Todesstrafe auf Raten.
Es ist notwendig, diesen Kampf auch außerhalb der Gefängnisse zu unterstützen.

Gefängnisbevölkerung stellten. Die Aktivist*innen waren hauptsächlich den sozialen Bewegungen und Studierendenprotesten verbunden, brachten sich aber auch in Alltagskonflikten und spontanen Revolten ein, deren selbstständige Politisierung und Entwicklung sie durch Solidaritätsarbeit stärken wollten.

Dazu gehörten die militanten Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen und die Bewegung für Jugendzentren, vor allem aber Hausbesetzungen und Mietkämpfe. Unter anderem organisierten die Gruppen die Solidarität für hunderte Beteiligte, gegen die nach den frühen Hausbesetzungen ab 1971 Verfahren liefen. In Westberlin und München bot die rote hilfe_★ Mietrechtsberatungen an und beteiligte sich mit eigenen Kampagnen.¹ Auch internationalistische Themen spielten eine Rolle, angefangen bei den Befreiungsbewegungen im globalen Süden bis zur Black Panther Party (BPP) in den USA. Arbeitskämpfe und politische Entlassungen griff die rote hilfe_★ hingegen erst nach dem Ford-Streik 1973 stärker auf. Zu diesem Zeitpunkt wuchs innerhalb des Netzwerks der Einfluss der KPD/ML, die den Fokus auf die Arbeiter*innen und die Situation in den Betrieben lenkte.

Solidarität mit den Gefangenen der Stadtguerilla

Ganz zentral waren von Anfang an die Unterstützung für die Gefangenen aus der RAF und die Proteste gegen die mörderische Repression, gegen die offenen Rechtsbrüche und ständigen Gesetzesverschärfungen. Die rote

hilfe_★ setzte sich nicht nur entschieden gegen die unmenschlichen Haftbedingungen – vor allem die als „weiße Folter“ bekanntgewordene Isolationshaft – und gegen die Einschränkung der Rechte der Verteidigung ein. Vielmehr identifizierte sie sich auch offen mit einigen inhaltlichen Ansätzen der RAF, die Themen der gesamten Linken aufgriff, beispielsweise den entschiedenen Widerstand gegen den Vietnamkrieg. Die Grenze zur legalen Bewegung war Anfang der 1970er-Jahre noch fließend, und viele waren den Untergetauchten durch persönliche Freundschaften und frühere Zusammenarbeit verbunden. Mit ihrer Unterstützung stand die rote hilfe_★ keineswegs allein: In einer Befragung des Allensbach-Instituts von Juli 1971 bekundete ein wesentlicher Teil der jüngeren Bevölkerung deutliche Sympathien für die erste Generation der RAF.

Neben ganz praktischer direkter Hilfe für die Inhaftierten spielte die Öffentlichkeitsarbeit eine Schlüsselrolle, die sich zum einen in Demonstrationen, Teach-Ins und Flugblättern äußerte. Zum anderen führten die Aktivist*innen der rh_★ in offiziellen, allerdings oft auch von der Zensur beschlagnahmten Briefwechseln sowie in geschmuggelten Kassibern politische Debatten mit den RAF-Gefangenen und publizierten diese danach. Sehr wichtig waren auch die Gegenermittlungen, die die undogmatischen Solidaritätsgruppen nach den polizeilichen Schüssen auf (vermeintliche) Mitglieder der Stadtguerilla anstellten, vor allem nach der Erschießung von Georg von

1– Vgl. Rübner S. 73f, Steinacker S. 71ff

Rauch, der der Bewegung 2. Juni zugeordnet wurde. Dass die rote hilfe_★ mittels eigener Zeug*innenbefragungen die Abläufe aufklärte, die von der Polizei zunächst falsch dargestellt worden waren, wurde sogar in der bürgerlichen Presse breit aufgegriffen. Außerdem begleitete das Netzwerk die Hungerstreiks, mit denen die Gefangenen gegen die Isolationshaft protestierten.

Allerdings gab es bald Konflikte zwischen den inhaftierten Mitgliedern der Stadtguerilla und der rh_★, vor allem weil viele Solidaritätsaktivist*innen die Politik der RAF kontrovers mit ihnen diskutieren wollten. Sie äußerten Kritik am Selbstverständnis als Avantgarde, aber auch an einzelnen Aktionen oder Stellungnahmen, worauf die RAF-Gefangenen ihrerseits mit harschen Vorwürfen reagierten. Zum Beispiel entbrannte Streit um die Forderungen der Stadtguerilla, Sonderrechte zu erhalten, etwa den Status als Kriegsgefangene. Das lief dem Ansatz der roten hilfe_★ zuwider, die Trennung zwischen sozialen und politischen Gefangenen aufzuheben und ihre Kämpfe hinter Gittern miteinander zu verbinden. Zudem fühlten sich die Unterstützer*innen zunehmend instrumentalisiert.

Im Sommer 1973 führte die Debatte zu einem Bruch, woraufhin sich die Komitees gegen Folter in den Gefängnissen der BRD (KGF) bildeten, die die Haltung der RAF uneingeschränkter vertraten. Auch wenn sich das Verhältnis massiv verschlechtert hatte, setzte die rote hilfe_★ ihre solidarische Unterstützung für die RAF-Gefangenen fort und verzichtete bewusst darauf, sich offen abzugrenzen.²

Der Niedergang der roten hilfe_★

Die bei aller Kritik sichtbare Sympathie für die Politik der Stadtguerilla führte zu massiver staatlicher Repression gegen die rh_★, die pauschal als „terroristisch“ eingestuft wurde. Sie reichte von häufigen Hausdurchsuchungen über Festnahmen und monatelange Untersuchungshaft bis hin zu wiederholten Verfolgungen als „kriminelle Vereinigung“ nach § 129. Einen Höhepunkt der Kriminalisierung des „Sympathisantensumpfs“ bildete die „Aktion Winterreise“: Als der RAF-Gefangene Holger Meins am 9. November 1974 an den Folgen der Zwangsernährung starb, kam es zu einer großen Solidarisierungswelle und Massenprotesten, woraufhin die Innenministerien einen bundesweiten Großeinsatz für den 26. November 1974 verabredeten. Die etwa 100 Durchsuchungen von Büros, Kanzleien und Wohnungen sowie die Verhaftungen trafen nicht zuletzt die rote hilfe_★, und in Frankfurt wurde die Struktur faktisch zerschlagen. Dort wurde unter anderem Eva Michel-Moldenhauer, die die Buchhaltung und Kontoführung für die Solidaritätsgruppe erledigte, vier Wochen inhaftiert und jahrelang nach § 129 verfolgt, bis der Prozess 1979 mit einem Freispruch endete. Sogar viereinhalb Monate im Gefängnis blieb die Universitätsdozentin Brigitte Heinrich, die ebenfalls für die Frankfurter rote hilfe_★ tätig war; aufgrund schwerer Erkrankung wurde sie Mitte April 1975 freigelassen.³

Zu dieser Zeit war das parteiunabhängige Netzwerk schon in Auflösung begriffen, nachdem es 1973 aus

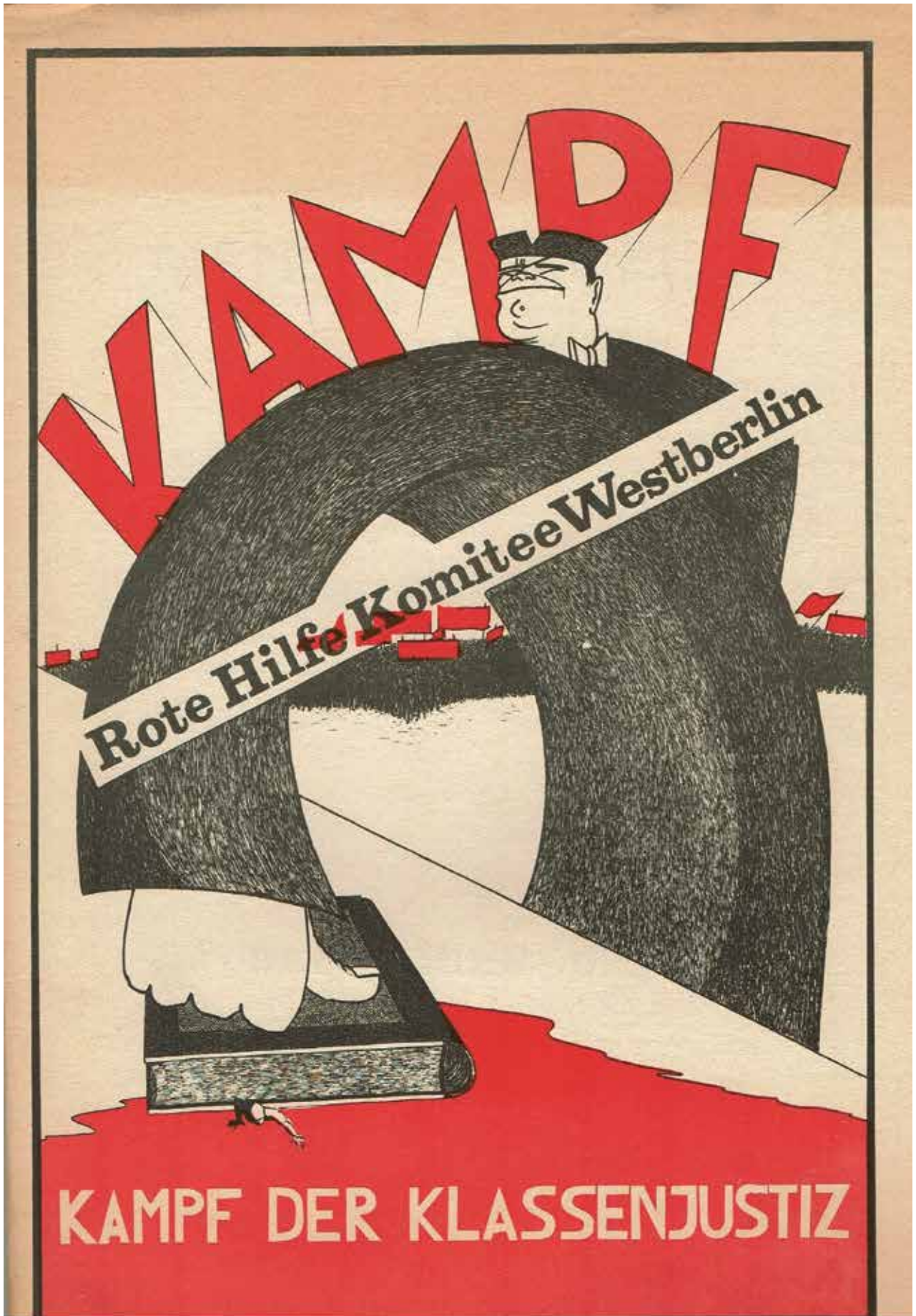


verschiedenen Gründen in eine schwere Krise geraten war: Viele Gruppen hatten die allzu lose Koordination schon früh als unbefriedigend empfunden, genau wie die Hierarchien zwischen den Großstädten und der Provinz. Vor allem in den kleineren Städten bestanden häufig Finanzprobleme, da die rote hilfe_★ keine Mitgliedsbeiträge kassierte und deshalb auf Spenden und Solidaritätspartys angewiesen war. Hinzu kam, dass die politischen Konflikte mit den Anhänger*innen der KPD/ML zunahm. Parallel zog die Rote Hilfe e.V., die sich im Spätsommer 1973 aus dem der KPD (AO) nahestehenden RHK heraus gründete, viele enttäuschte Aktivist*innen der roten hilfe_★ an. Andere verlagerten ihren Schwerpunkt in den neuen Gefangenenrat, der sich auf die Unterstützung der sozialen Gefangenen konzentrierte, oder in die Komitees gegen Folter.

1974 eskalierte der hitzige interne Streit zu einem offenen Machtkampf, als die Mitglieder der KPD/ML versuchten, den losen Zusammenschluss zu einer straffen Struktur nach den Maßgaben ihrer Partei umzubauen. Mit der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) gründeten die Maoist*innen schließlich eine eigene Solidaritätsorganisation, der sich ein Teil der rh_★ anschloss. Von da an beschleunigte sich der Niedergang, und in den späten 1970er-Jahren waren nur noch die Gruppen in Westberlin und in München aktiv.

2- Vgl. Balz, S. 8ff

3- Vgl. Bambule S. 62ff, Seibert S. 280ff und Rübner S. 121ff



Die maoistische Rote Hilfe e. V. (1973–1979)



Nicht zuletzt an der Frage, wie stark sich die Solidaritätsarbeit unter den Einfluss einer Partei stellen sollte, zerstritt sich das seit Frühjahr 1970 bestehende Sekretariat Rote Hilfe (SRH) in Westberlin. Zudem warfen die Maoist*innen den undogmatischen Aktivist*innen, die auch soziale Gefangene unterstützten, einen reformistisch-karitativen Ansatz vor. Bereits Anfang 1971 gründete deshalb die KPD (Aufbauorganisation) mit dem Rote Hilfe Komitee (RHK) eine eigene Gruppe, die eng an die Partei angeschlossen war. Im Gegensatz zum SRH, das sich bald unter dem Namen rote hilfe_★ zu einem bundesweiten Netzwerk entwickelte, blieb der Wirkungskreis des RHK zunächst auf Westberlin begrenzt.

Das änderte sich 1973, als die KPD (AO), die sich inzwischen nur noch KPD nannte und ihren Sitz nach Dortmund verlegt hatte, in mehreren Städten militante und verbotene Demonstrationen organisierte. In der Folge liefen Ermittlungen gegen hunderte Mitglieder und Sympathisant*innen, und die Repressionsbehörden verfolgten die maoistische Partei als „kriminelle Vereinigung“ nach § 129. Lokale Komitees „Hände weg von der KPD!“ mobilisierten Tausende zu Protesten und trugen nicht nur dazu bei, das Verbot abzuwenden, sondern leisteten von da an kontinuierliche Solidaritätsarbeit, nicht zuletzt für das eigene Umfeld: Mit Ulrich Kranzusch, der seit der Besetzung des Bonner Rathauses am 14. April 1973 in Untersuchungshaft saß, wurde ein KPD-Aktivist kurzzeitig des versuchten Totschlags beschuldigt. Beim selbstorganisierten Ford-Streik migrantisierter Arbeiter*innen Ende August 1973 in Köln hatten sich auch einzelne Parteimit-

glieder engagiert. Die Komitees protestierten gegen die folgenden Entlassungen, Inhaftierungen und drohenden Abschiebungen der Beteiligten, wobei sie den KPD-nahen Baha Targün in den Mittelpunkt rückten.

Unmittelbar nach dem Ford-Streik gründeten die Solidaritätsaktivist*innen die Rote Hilfe e. V. als bundesweite Mitgliederorganisation, in der die meisten „Hände weg von der KPD“-Komitees aufgingen. Neben der Zentrale in Dortmund wurden sechs regionale Büros in Bonn, Hamburg, Westberlin, München, Köln und Stuttgart eingerichtet, und im September 1975 existierten 21 Orts- und Stadtteilgruppen. Schätzungen gehen von einem Höchststand von etwa 2.000 Mitgliedern der Roten Hilfe e. V. im Jahr 1976 aus. Deren Beiträge bildeten ein wichtiges finanzielles Standbein, ergänzt durch öffentliche Spendensammlungen, zum Beispiel im Rahmen der Weihnachtshilfe.¹ Zusätzlich zur bundesweiten Monatschrift „Rote Hilfe“, die von 1973 bis 1978 erschien, erstellten mehrere regionale Gliederungen eigene Zeitungen, wobei das „Berliner Prozeß-Info“ sogar bis September 1979 herauskam. Hinzu kamen zahllose Flugblätter, Broschüren und Dokumentationen.

Den anfangs postulierten parteienübergreifenden Anspruch setzte die Rote Hilfe e. V. kaum um, auch wenn sie Betroffene aus verschiedenen Spektren unterstützte. Die allzu offene Propagierung der KPD ab 1976 stieß allerdings auf entschiedenen Widerspruch einzelner Ortsgruppen und führte zu hitzigen Flügelkämpfen.

1– Vgl. „Rote Hilfe“ Juli 1975 S. 7, Bambule S. 75



Als ihre wichtigsten Aufgaben definierte die Solidaritätsorganisation im August 1973 die juristische und materielle Hilfe bei politischer Repression, den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen, medizinische Versorgung als Demo-Sanitäter*innen sowie Prozessbegleitung und Kampagnen zu herausstechenden Fällen. Repression umfasste dabei nicht nur Angriffe von Polizei und Justiz, sondern auch den Abbau von Grundrechten und vor allem politisch motivierte Entlassungen nach Arbeitskämpfen.² Faktisch dominierte die politische Solidaritätsarbeit gegenüber der finanziellen Unterstützung, indem beispielsweise 1975 der Landesvorstand Westberlin 54 Prozent seiner Jahresausgaben für „Agitprop“ verwandte.³

Solidarität bei Berufsverboten und Hilfe für politische Gefangene

Zentraler Bezugspunkt der maoistischen Organisation war die Arbeiter*innenklasse, weshalb sie die gewerkschaftsunabhängigen Streiks des Jahres 1973 und andere Auseinandersetzungen in den Betrieben besonders intensiv begleitete und nicht zuletzt die Kämpfe der rechtlosen Migrant*innen aufgriff: Außer für Baha Targün organisierte sie unter anderem eine Solidaritätskampagne für den Dolmetscher Mukadder Çetinkaya, den Osram wegen seiner politischen Betätigung entlassen hatte. Vor allem aber unterstützte die Rote Hilfe e.V. Mitglieder und Sympathisant*innen, die wegen ihrer Agitation und politischen Praxis abgemahnt, entlassen oder mit Berufsverboten belegt wurden. Da die Maoist*innen harsche Kritik an den Gewerkschaften übten und eigene Betriebsratslisten aufstellten, kam es auch hier zu Konflikten: Die Gewerkschaften fassten Unvereinbarkeitsbeschlüsse, schlossen Mitglieder aller K-Gruppen aus und verweigerten ihnen Rechtsschutz, wogegen die Rote Hilfe e.V. ebenfalls protestierte.⁴

Obwohl ihre Einbindung ins studentisch-subkulturelle Milieu stark blieb, verortete sich die Organisation in der

Arbeiter*innenklasse, was ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen prägte. Zwar berichtete die „Rote Hilfe“ über die Repressionsmaßnahmen, mobilisierte zu den Prozessterminen und stand vielen Betroffenen solidarisch zur Seite. Die Begleitung etwa der Mietkämpfe, der Aktionen für Jugendzentren und der Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen wurde jedoch vor allem als Möglichkeit betrachtet, die Inhalte der KPD einzubringen und Mitglieder für die Rote Hilfe e.V. zu werben. Entsprechend skeptisch bis abwehrend reagierten Teile dieser Bewegungen auf die versuchte Einflussnahme. Als der Staat die Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde mit massiver Polizeigewalt und Prozesswellen beantwortete, widmete die Solidaritätsorganisation diesem Bereich ab Ende 1976 viel Aufmerksamkeit und arbeitete dabei mit den Ermittlungsausschüssen und anderen Initiativen zusammen.

Während das RHK sich wenig mit der Situation der politischen Gefangenen befasst hatte, war die Rote Hilfe e.V. von Anfang an zu diesem Thema tätig, nicht zuletzt wegen mehrerer inhaftierter KPD-Mitglieder wie Uli Kranzusch. Komplexer war das Verhältnis zu den Gefangenen aus der RAF: Auch wenn sie die Politik der Stadtguerilla grundlegend als „massenfeindlich“ und „sektiererisch“ kritisierte, setzte sich die Rote Hilfe e.V. entschieden gegen die zerstörerischen Isolationshaftbedingungen ein und beteiligte sich an den Solidaritätsaktionen während der Hungerstreiks. Eine zentrale Kampagne sollte sich um Horst Mahler entwickeln, der wegen seiner RAF-Mitgliedschaft zu vierzehn Jahren Haft verurteilt worden war. Nachdem sich Mahler mit den anderen RAF-Gefangenen politisch überworfen hatte und im September 1974 der KPD sowie der Roten Hilfe e.V. beigetreten war, veröffentlichte die Solidaritätsorganisation mehrere Jahre lang zahllose Artikel und Broschüren zu seiner Situation und verschärfte ihre Kritik an der Stadtguerilla.

Während sie die Arbeit mit sozialen Gefangenen ablehnte, engagierte sich die Rote Hilfe e.V. für inhaftierte Aktivist*innen aus unterschiedlichen linken Strömungen. Die Unterstützung endete dabei keineswegs an den Staatsgrenzen, und häufige Zeitungsbeiträge, Flugblätter und Veranstaltungen informierten über die Repression in vielen Ländern einschließlich der DDR, wohingegen an China und Albanien keine Kritik geäußert wurde. Mit gesonderten Spendensammlungen, etwa der Vietnam- und der Indochinahilfe, oder mit Patenschaften für irische Gefangene wurden diese Bewegungen auch finanziell gestärkt.

Proteste gegen Rechtsbrüche und tödliche Polizeigewalt

Bei der staatlichen Verfolgung der Stadtguerilla und der sozialen Bewegungen wurden ständig Grundrechte eingeschränkt und Gesetze verschärft. Diese Maßnahmen sowie die Rechtsbrüche in den Prozessen und die

2– Vgl. „Mitteilungen der Roten Hilfe“ August 73 S. 22f

3– Vgl. Rübner S. 209

4– Vgl. Andresen S. 84ff

**Verhindert die Abschiebung ausländischer Arbeiter!
Sofortige Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung
für Baha Targün!**

Solidaritätsdemonstration Köln, 26.10.

Kriminalisierung von Anwält*innen bildeten immer wieder den Anlass für Proteste und Publikationen der Roten Hilfe e. V. Weitere Themen waren die Polizeigewalt gegen Demonstrant*innen und die teils absurd anmutenden Anklagen. Eine der letzten Kampagnen, an denen sich die Organisation beteiligte, war die Prozessbegleitung für die AGIT-Drucker*innen in den Jahren 1977 bis 1979, denen die Produktion der kriminalisierten Berliner Zeitung „Info BUG“ vorgeworfen wurde. Im Rahmen der Bündnisarbeit zu diesem Repressionsfall arbeitete die Rote Hilfe e. V. eng mit der Westberliner roten hilfe_★ zusammen und erstellte gemeinsame Veröffentlichungen.

Auch nach den regelmäßigen Todesfällen durch staatliche Behörden – sei es durch die Zwangsernährung der hungerstreikenden RAF-Gefangenen wie Holger Meins, seien es die polizeilichen Erschießungen von Unbeteiligten – brachte sich die Rote Hilfe e. V. zusammen mit anderen Solidaritätsgruppen in die Proteste und Aufklärungsversuche ein. Beispiele waren der Münchner Taxifahrer Günther Jendrian, der in der Nacht zum 21. Mai 1974 in seiner Wohnung von einem Sondereinsatzkommando erschossen wurde, der Prozessbeobachter Günter Routhier, der im Juni 1974 nach einem brutalen Polizeieinsatz in einem Duisburger Gerichtssaal starb, oder Ioannis Batos, der

am 22. Februar 1977 in Dortmund im Polizeigewahrsam ums Leben kam.

Dass die Rote Hilfe e. V. in ihren Publikationen die Repressionsmaßnahmen anprangerte, zog regelmäßig Verfahren nach sich. Wegen Verunglimpfung des Staates nach § 90a oder auch wegen Beleidigung wurden presserechtlich Verantwortliche, Redakteur*innen und Flugblattverteiler*innen zu hohen Geldstrafen verurteilt, in einigen Fällen sogar zu Haftstrafen. Die Monatszeitung „Rote Hilfe“ dokumentierte in jeder Ausgabe die Prozesse und Verurteilungen ebenso wie Entlassungen und drohende Berufsverbote gegen ihre Mitglieder und Unterstützer*innen.

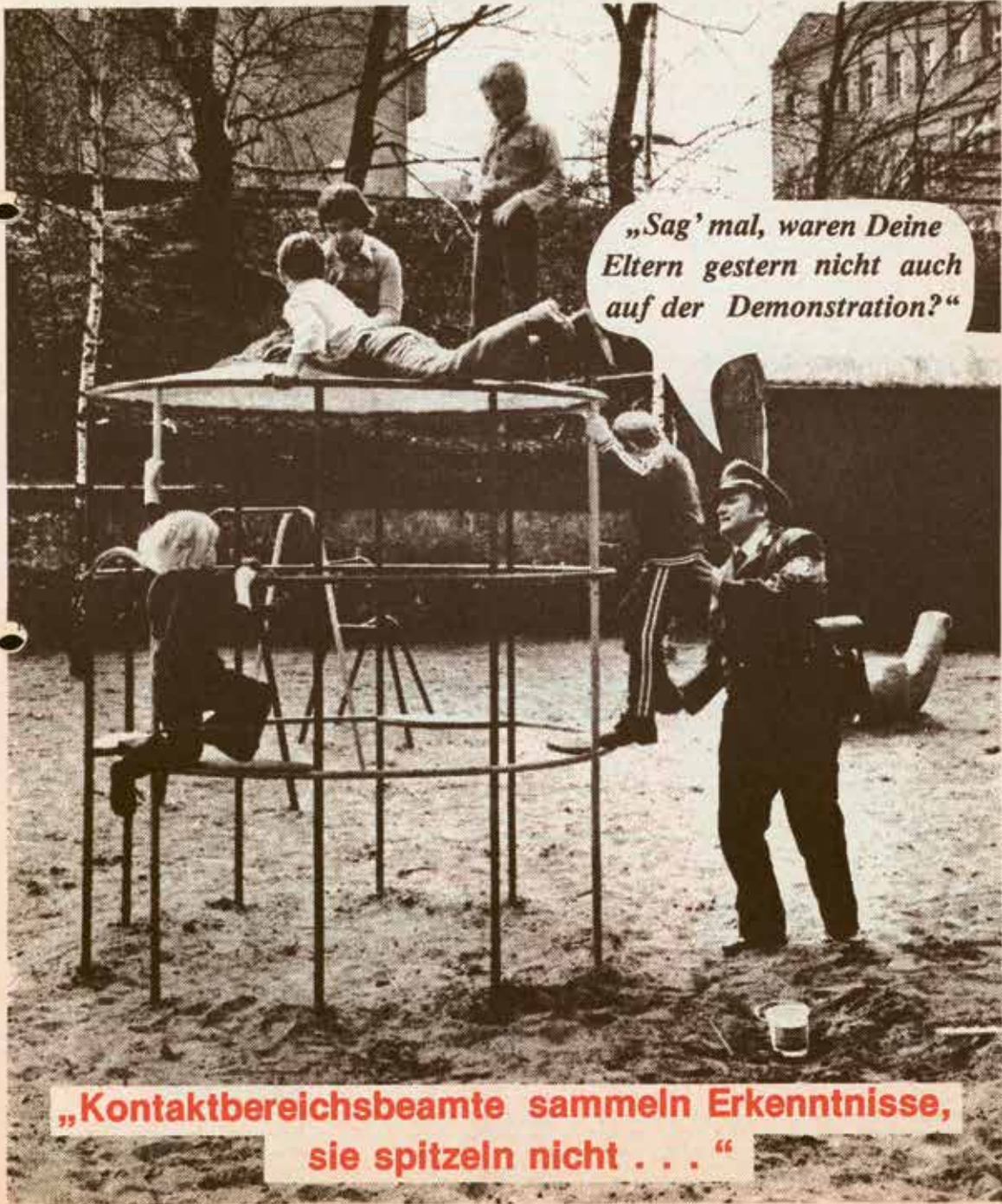
Auflösung der Roten Hilfe e. V. 1979

Mit dem Niedergang der KPD und anderer K-Gruppen Ende der 1970er-Jahre ging auch die Schwächung der Roten Hilfe e. V. einher. Die Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen sank ebenso wie die Auflagenhöhe und Regelmäßigkeit der Monatsschrift, und die Aktivitäten in allen Bereichen flauten ab. Versuche einer Neuorientierung, darunter die politische Öffnung der Zeitung für ein breiteres Spektrum, scheiterten, und Ende Februar 1979 beschloss eine Mitgliederversammlung in Westberlin, die Rote Hilfe e. V. aufzulösen.

Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT



„Kontaktbereichsbeamte sammeln Erkenntnisse, sie spitzeln nicht . . . “

Die Rote Hilfe Deutschlands ab 1975



Beide Bilder auf dieser Seite sind von der Demonstration in Hamburg-Wilhelmsburg am 26. Januar 1975 anlässlich der Gründung der RHD

Ab Herbst 1972 hatte die maoistische KPD/ML verstärkt im spontaneistisch-undogmatischen Netzwerk der roten hilfe_★ mitgearbeitet und die Strukturen in mehreren Städten faktisch übernommen, gefolgt vom Versuch, die politische Oberhand zu gewinnen. Das Engagement hing mit den Verhaftungen und Prozessen gegen Parteimitglieder zusammen, die sich am „Roten Antikriegstag“ in München am 2. September 1972 und anderen militanten Demonstrationen beteiligt hatten. Außerdem war die neu gegründete Rote Hilfe e.V. aus dem Umfeld der früheren KPD (AO) Vorbild und zugleich Konkurrentin.

Die Einflussnahme der Maoist*innen führte schnell zu politischen Auseinandersetzungen in der roten hilfe_★, die sich ab Sommer 1973 entlang verschiedener Fragen zuspitzten: Zum einen propagierte die KPD/ML eine straf-

fe, an ihrer Parteilinie orientierte Organisation anstelle des losen und breitgefächerten Zusammenschlusses, zum anderen wandte sie sich gegen die Unterstützung der sozialen Gefangenen durch weite Teile der roten hilfe_★. Der Streit eskalierte bei einem Bundestreffen in Bochum im April 1974, als mehrere KPD/ML-dominierte Gruppen ausgeschlossen wurden. Parallel hielten nun die parteinahen Strukturen eine gesonderte Konferenz ab, bei der sie eine „Provisorische Zentrale Leitung“ (PZL) für den Aufbau ihrer eigenen Organisation wählten. In den folgenden Monaten wirkten die Aktivist*innen um die PZL vor allem an den Kampagnen mit, die sich nach dem mörderischen Polizeieinsatz gegen Günter Routhier und nach der tödlichen Zwangsernährung des RAF-Gefangenen Holger Meins entwickelten.





Am 26. Januar 1975 wurde die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) bei einem internen Treffen in Dortmund gegründet, dem am 22. März 1975 eine Demonstration und öffentliche Gründungsfeier in Stübens Gesellschaftsräumen in Hamburg folgten. Mit der Namensgebung stellte sie sich explizit in die Tradition der KPD-nahen Massenorganisation der Weimarer Republik. In ihrem Gründungsprogramm wandte sich die RHD nicht nur gegen strafrechtliche Maßnahmen, sondern benannte ausdrücklich auch andere Formen von Repression in den Betrieben, Schulen und Gewerkschaften ebenso wie ausländerrechtliche Schikanen. Zusätzlich forderte sie die Abschaffung des § 129 und der Sondergesetze sowie die Freilassung der politischen Gefangenen. Sie prangerte auch die massive Polizeigewalt und Prozesse gegen Kommunist*innen und andere Linke an.¹

Nach einem schnellen Aufstieg wies die junge RHD bereits Ende 1975 rund 1.200 Mitglieder in 37 Ortsgruppen auf, und 1978 hatte sie sogar 47 lokale Strukturen, deren intensives Engagement die Grundlage der Arbeit bildete.² Mit „Die Rote Hilfe“ unterhielt die Organisation eine zentrale Monatszeitung und publizierte verschiedene Broschüren, während die regionalen Gliederungen ergänzend Flugblätter und vereinzelt umfangreichere Dokumentationen herausbrachten. Finanziert wurde die Arbeit hauptsächlich durch die Mitgliedsbeiträge und häufige Spendensammlungen. Eine Schlüsselrolle

1– Vgl. Rote Hilfe, Extrablatt Feb./März 1975, S. 2f
2– Vgl. Rübner S. 219 und 222

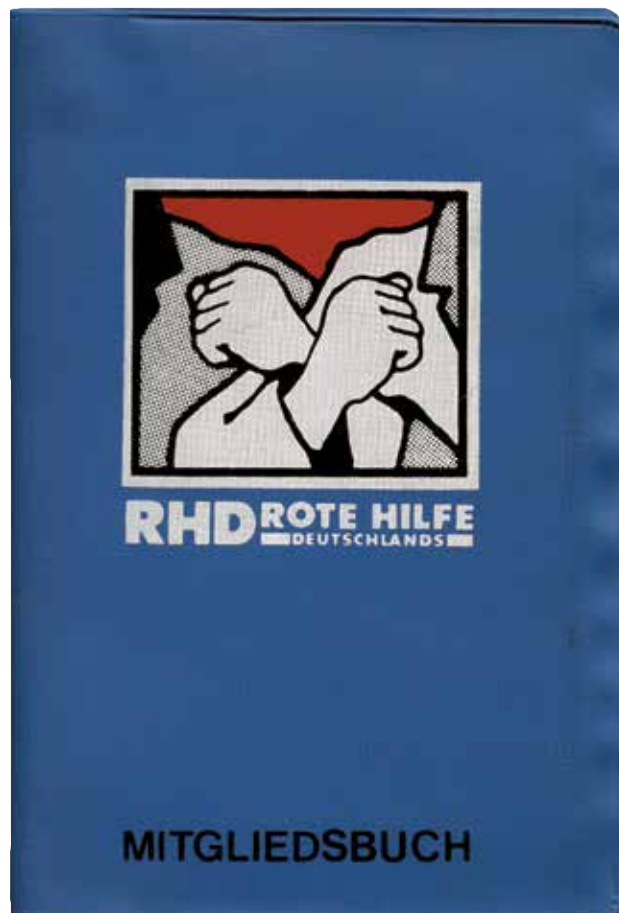
spielten dabei die Ortsgruppen, die nicht nur die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten durchführten, sondern auch die lokale Verwaltung leisteten: Die Kassierer*innen hielten den persönlichen Kontakt zu den Mitgliedern, kassierten regelmäßig und händigten ihnen die entsprechenden Beitragsmarken für die Mitgliedsbücher sowie die Zeitungen aus, informierten sie über geplante Veranstaltungen und versuchten, sie in die Solidaritätsarbeit einzubinden.

Theoretisch vertrat die RHD bei ihrer Gründung zwar den Anspruch der Überparteilichkeit, hob aber klar hervor, dass sie zugleich parteilich sei und die KPD/ML ihren wichtigsten Bezugspunkt darstelle. Das spiegelte auch das erste Programm wider, das sich an vielen allgemeinpolitischen Punkten klar auf die Parteilinie festlegte. Die Unterstützungspraxis galt zwar bevorzugt Mitgliedern der KPD/ML und RHD, aber auch Anhänger*innen anderer Strömungen und Bewegungen erhielten zunehmend politische, juristische und finanzielle Hilfe.³ Zudem traten die Roten Helfer*innen bei Demonstrationen unterschiedlicher Gruppierungen mit eigenen Sanitätsgruppen auf und leisteten Erste Hilfe.

Finanzielle Unterstützung bei politischen Prozessen und Arbeitskämpfen

Als zentrale Bereiche, die einen Großteil der gesamten Spenden und Beiträge verbrauchten, kristallisiert

3– Vgl. Cszaszóczy S. 170ff



ten sich zwei Themenfelder heraus: Die Gerichtsverfahren gegen die Demonstrant*innen des Roten Antikriegstags in München erstreckten sich bis Ende der 1970er-Jahre und endeten meist mit hohen Geld- oder sogar Haftstrafen. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Routhier-Prozesse. Der tödliche Polizeieinsatz gegen das KPD/ML-Mitglied Günter Routhier am 5. Juni 1974 im Duisburger Arbeitsgericht sorgte für breite Empörung, und rund tausend presserechtlich Verantwortliche, Verfasser*innen und Flugblattverteiler*innen aller linken Spektren wurden für die offene Kritik an dieser Maßnahme kriminalisiert. Allein bis Ende 1975 summierten sich die Geldstrafen auf 100.000 Mark, und die RHD bemühte sich, einen möglichst hohen Teil der Kosten über ihren Prozessfonds zu übernehmen.⁴

Neben Routhier fielen immer wieder Aktivist*innen oder Unbeteiligte brutaler Polizeigewalt und Schusswafeneinsätzen zum Opfer, wogegen die RHD regelmäßig protestierte. Ebenso engagiert wandte sie sich gegen die systematischen Verletzungen, wenn die Einsatzkräfte mit Knüppeleinsätzen und Gas gegen Demonstrant*innen voringen. Außer durch Berichterstattung unterstützte die Solidaritätsorganisation die Betroffenen auch medizinisch vor Ort sowie finanziell, wenn sie beispielsweise zunächst arbeitsunfähig waren.

Entsprechend ihrem maoistischen Ansatz nahm die Rote Hilfe Deutschlands die Perspektive der Arbeiter*innenklasse ein und konzentrierte sich auf die Kämpfe in

den Betrieben. Über die repressiven Folgen – seien es Strafprozesse, seien es arbeitsrechtliche Maßnahmen wie Abmahnungen, Entlassungen oder Berufsverbote – berichtete die „Rote Hilfe“ in jeder Ausgabe, vor allem wenn Aktivist*innen der RHD oder KPD/ML betroffen waren. Die Solidaritätsorganisation musste oft die Kosten für den Rechtsschutz übernehmen, weil die Gewerkschaften einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit den K-Gruppen gefasst hatten und den Gemaßregelten den juristischen und finanziellen Beistand versagten.

Darüber hinaus protestierte die RHD gegen die Abschiebungen, die vielen kämpferischen Arbeiter*innen ohne deutschen Pass drohten. Besonders prominent und letztlich erfolgreich war die jahrelange Kampagne für die Einbürgerung des iranischen Staatsbürgers Sascha Hascemi, der sich am Roten Antikriegstag beteiligt hatte.

In ihrer internationalen Solidaritätsarbeit ging die Rote Hilfe Deutschlands auf die Verfolgungen in vielen Staaten ein und äußerte sich besonders harsch über die Repression in der DDR. Zur Lage in Albanien und China berichteten die Publikationen hingegen ausschließlich positiv. Offen ablehnend trat die Organisation deshalb auch gegenüber der DKP und anderen Strukturen auf, die die Sowjetunion und die DDR unterstützten.

Solidarität mit politischen Gefangenen und sozialen Bewegungen

Besonders in den ersten Jahren folgte die RHD dem Avantgarde-Verständnis der KPD/ML und grenzte sich gegen die Randgruppentheorie ab, an der sich die rote hilfe_★ orientierte. Ähnlich wie bei der Roten Hilfe e. V.

4– Vgl. Rübner S. 222





Vermutlich Holger-Meins-Demo am 18. November 1974 in Hamburg

wirkte sich dieser Ansatz auf die Solidaritätspraxis der RHD aus und prägte ihr Verhältnis zu Gefangenen sowie zu den sozialen Bewegungen.

So lehnte die Rote Hilfe Deutschlands die Unterstützung von sozialen Gefangenen scharf ab und engagierte sich ausschließlich für inhaftierte politische Aktivist*innen, in erster Linie Maoist*innen. Bei Gefangenen anderer Strömungen, denen sie materiell, juristisch und politisch zur Seite stand, formulierte sie klare Kritik an deren Anschauungen und Praxis, insbesondere an der RAF, die sie als „kleinbürgerlich“ und „massenfeindlich“ geißelte. Unabhängig von diesen inhaltlichen Differenzen prangerte die RHD die zerstörerischen Isolationshaftbedingungen und Unrechtsmaßnahmen rund um die Verfolgung der Stadtguerilla entschieden an und nahm dafür massive Repression in Kauf. Den Großteil ihrer Aufmerksamkeit widmete die Solidaritätsorganisation jedoch den Verfolgten aus ihrem eigenen politischen Umfeld, indem sie ausführlich über deren Haftsituation berichtete, Prozesse begleitete und sie finanziell unterstützte.

Ebenfalls skeptisch begegnete die RHD anfangs den als „anarchistisch“ kritisierten sozialen Bewegungen. Das hinderte sie allerdings nicht daran, Proteste und Aktionen mit Demo-Sanitäter*innen und durch Rechtshilfe-Flugblätter tatkräftig zu begleiten und im Nachgang detailliert über die brutale Repression zu berichten. Nach der militanten Großdemonstration am 13. November 1976 in Brokdorf entwickelte sich die Anti-Atom-

kraft-Bewegung zu einem wichtigen Betätigungsfeld der Solidaritätsaktivist*innen, was sich unter anderem in Publikationen, Spendensammlungen und vielfältiger Unterstützung für die Betroffenen niederschlug. Die erstarrenden antifaschistischen Proteste, beginnend mit den Aktionen gegen NPD-Versammlungen im August 1976, brachten einen dauerhaften neuen Schwerpunkt für die RHD. An der Öffentlichkeitsarbeit, praktischen Prozessbegleitung, Spendenaktionen für finanzielle Zuschüsse und Hilfe für die Verurteilten beteiligten sich alle Ortsgruppen. Dass dabei trotzdem allzu oft versucht wurde, die KPD/ML-Politik zu vermitteln, stieß bei den Atomkraft-Gegner*innen immer wieder auf Kritik.

Auch die Solidaritätsaktivist*innen selbst waren von anhaltender Repression betroffen, die von arbeitsrechtlichen Maßnahmen und Berufsverböten über Anklagen nach Demonstrationen bis hin zu Verfahren wegen Veröffentlichungen reichte. Zu den vielen Mitgliedern, die wegen des Roten Antikriegstags verfolgt wurden, gehörte auch der erste Leiter der RHD, Bernd Reisser, der zu zwölf Monaten Haft verurteilt wurde. Eine große Belastung stellten die Verfahren gegen Redakteur*innen und Verteiler*innen von Zeitungen und Flugblättern dar, die wegen Verunglimpfung des Staates und ähnlicher Vorwürfe nicht nur hohe Geldstrafen erhielten: Unter anderem verhängten die Gerichte 1976 sieben bzw. zehn Monate Gefängnis gegen die presserechtlich Verantwortlichen der RHD, Michael Banos und Dieter Kwoell, und

weitere Prozesse folgten. Im Mittelpunkt der Kriminalisierung stand dabei oft die kritische Berichterstattung über tödliche Polizeigewalt wie im Fall der Routhier-Prozesse, aber auch über die Isolationshaft.

Schwächung und Neuorientierung ab 1978

Schon 1977 stagnierte das anfängliche Wachstum der RHD, da die frühen Neubei-tritte vor allem aus der KPD/ML stammten und andere politische Spektren Abstand hielten. Der Sinkflug der Partei Ende der 1970er-Jahre schwächte auch die Solidaritätsorganisation, weshalb die Zentrale Leitung plante, durch eine inhaltliche Öffnung breitere Kreise anzusprechen. Die II. Ordentliche Delegiertenkonferenz beschloss Ende Februar 1978 neue Leitlinien und eine umfassende Satzungsänderung, die die inhaltlichen Hürden für Interessierte abbaute, indem sie das allgemeinpolitische Programm strich und die Solidaritätsarbeit in den Mittelpunkt stellte. Trotzdem gab die RHD die Orientierung an der Partei nicht vollständig auf, was viele Ortsgruppen, in denen nun auch Mitglieder aus anderen Strömungen aktiv mitwirkten, zunehmend kritisierten. Zudem hatte die zaghafte umgesetzte politische Neuausrichtung nicht den erhofften Erfolg, und die Neubei-tritte aus den sozialen Bewegungen blieben überschaubar. Da sich zeitgleich viele KPD/ML-Anhänger*innen aus der RHD-Arbeit zurückzogen und sich

stattdessen in der Gewerkschafts- oder Antifa-Bewegung engagierten, befürwortete ein wachsender Anteil der Mitglieder einen strömungsübergreifenden Ansatz.

Parallel wurde die Organisation umstrukturiert, unter anderem mit der Eintragung ins Vereinsregister Anfang 1979. Vor allem aber mussten die Verwaltungsausgaben drastisch gesenkt werden, um trotz sinkender Einnahmen die hohen Prozesskosten und Unterstützungsgelder für Gefangene aufbringen zu können. Nachdem die Leitung im Sommer 1978 bereits das Dortmunder Büro geschlossen hatte, reduzierte sie die Zeitung zum Jahresende auf ein vierseitiges Mitteilungsblatt. Ebenso brachte die RHD nur noch vereinzelt Broschüren und Flugblätter heraus, wobei das 82-seitige Rechtshilfehandbuch „Worauf muß man achten“ im Jahr 1978 einen letzten Höhepunkt darstellte. Von da an beschränkte sich an die Arbeit in den meisten Städten auf Spendensammlungen und Mitgliederwerbung, um finanziell handlungsfähig zu bleiben.

Die Solidaritätsorganisation konnte den Schwund und die schlechte Zahlungsmoral von Mitgliedern und Ortsgruppen nicht aufhalten, und 1979 halbierten sich die Beiträge im Vergleich zum Vorjahr von 79.400 auf 40.500 Mark. Weil die Spendeneinnahmen, die im Jahr 1978 noch 68.200 Mark betragen hatten, sogar noch stärker auf 30.700 Mark einbrachen, musste für die Unterstützungszahlungen auf die Rücklagen zurückgegriffen werden.⁵

War die Motivation in der Mitgliedschaft ohnehin abgeflaut, so entmutigten die selbstkritischen und desillusionierenden Dezemberrichtlinien der Zentralen Leitung von 1978 die Aktivist*innen noch weiter, und viele empfanden es kaum noch als zielführend, die Tätigkeit fortzusetzen. Nach Protesten aus den Ortsgruppen bemühte sich der Vorstand im Frühjahr 1979, mit einer genaueren Einordnung der Beschlüsse und durch Regional-konferenzen neue Perspektiven zu vermitteln.⁶ Dennoch sollte sich die Krise ab 1980 noch verstärken.

Zum Weiterlesen:

Bambule (Hg.), *Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD*, Bd. 1 und 2, Hamburg 2013

Hartmut Rübner, *„Die Solidarität organisieren“ – Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968*, Berlin 2012



5– Vgl. Übersicht im Finanzbericht des Bundesvorstands, Rote Hilfe 7/82, S. 4, und Finanzbericht der RHD 1979, HLA

6– Vgl. Rote Hilfe, April 1979, S. 2f, HLA

Die ROTE HILFE



Nr. 2 Februar 1981

Mitteilungen der Roten Hilfe Deutschlands e.V.

7. Jahrgang

Sieben Jahre Routhier-Verfahren Professor Sigrist erneut vor Gericht

Sieben Jahre dauert nun schon die Verfolgung aller, die den Tod Günter Routhiers, der 1974 nach einem brutalen Polizeieinsatz im Dulsburger Arbeitsgericht ums Leben kam, als „Mord“ bezeichneten. Immer noch Tragen die Betroffenen an den Folgen der hohen Strafen, die in den Verfahren verhängt wurden. Erinnert sei nur an Hanfried Brenner und Andreas Müller-Wille, die jeweils 20 000 Mark zahlen mußten. Und noch immer sind nicht alle Verfahren abgeschlossen, auch nicht das Verfahren gegen den Soziologieprofessor Christian Sigrist.

Seit 1974 hat der Münsteraner Sozialwissenschaftler wegen zwei unterschiedlichen Routhier-Verfahren mit den Gerichten zu tun. Das erste Verfahren wurde gegen ihn eröffnet, weil er zusammen mit den Professoren Scheer, Schneider und anderen einen „Aufruf zur Aufklärung des Mordes an Günter Routhier“ unterzeichnet hatte. Es endete mit seiner Verurteilung zu 3 000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde deswegen ein Disziplinarverfahren „mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst“ gegen ihn eröffnet. (Professor Scheer wurden

deswegen 10 Prozent seines Gehaltes auf fünf Jahre einbehalten, also über 30 000 Mark; gegen den Frankfurter Romanistik-Professor Schneider wurde ebenfalls ein Berufsverbotsverfahren eröffnet, das nun eingestellt wurde; er ist aber immer noch vom Dienst suspendiert).

Das zweite Verfahren geht auf eine Äußerung Sigrist's zurück, die dieser 1976 auf einer Podiumsdiskussion im Ausland (I), in Stockholm, gemacht hat. Auch dort sprach er im Zusammenhang mit dem Tod G. Routhier. (Fortsetzung auf Seite 2

Bitte melden

Aufruf an verfolgte Strauß-Gegner

In den letzten Ausgaben der *Roten Hilfe* berichteten wir immer über die wahre Lawine von Prozessen, die jetzt gegen Strauß-Gegner und Wahlkämpfer heranrollt. Diese Prozeßlawine scheint etwa das Ausmaß der Routhier-Verfahren zu bekommen. Für uns ist es deshalb dringend notwendig, mit einer systematischen Arbeit zur Organisierung der Solidarität zu beginnen. Eine größere Kampagne, über deren Form wir zur Zeit noch beraten, ist geplant.

Um möglichst das ganze Ausmaß der Verfolgung erfassen zu können, bitten wir heute alle Betroffenen, sich bei der *Roten Hilfe* zu melden. Wer hat polizeiliche Vorladungen bekommen gegen wen laufen Ermittlungsverfahren, Prozesse, Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse?

Die Ortsvorstände der RHD sollen ebenfalls dafür sorgen, in ihrem Bereich alle Fälle zu erfassen und dem Zentralvorstand zu melden — gerade auch von solchen Betroffenen, die selbst keinen Kontakt zur RHD haben! Wo es möglich ist, bitte Kopien der Unterlagen mitschicken.



2 000 türkische und deutsche Antifaschisten demonstrierten Mitte Januar in Hamburg mit einem Protestmarsch gegen die Militärjunta in Ankara.

Kommentar

Ermunterung für Nazi-Terroristen

20 000 Schuß scharfer Munition hat die Polizei 1980 bei Neonazis sichergestellt. Zehnmal mehr als noch vor zwei Jahren. Die Verbrechen von München, Hamburg und Lössach haben für jeden klar gezeigt, daß sich die faschistischen Banden nicht zum Spaß bewaffnen. Dennoch wird nahezu nichts gegen die Bewaffnung unternommen.

Der Fall Schubert ist dafür ein Paradebeispiel. Schubert, der am Heiligabend zwei Schweizer Anzbeamte ermordete und sich dann selbst erschoss, war kein unbeschriebenes Blatt. Schon einmal war er wegen vorsätzlicher Körperverletzung und wegen „unerlaubten Mitführens einer Schußwaffe“ verurteilt worden; es gibt Dutzende Fotos, auf denen er mit Knüppel und schwarzem Lederzeug als Schläger der „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands“ zu sehen ist. Wegen solcher Einsätze wartete auch noch ein Verfahren wegen besonders schwerem Landfriedensbruch auf ihn. Daß dieser Mann noch frei und unbeobachtet herumlaufen und als Waffenbeschaffer tätig sein konnte, ist schon ein Skandal.

Aber es kommt noch dicker. Zehn Tage nach den Morden an der Schweizer Grenze, drei Monate nach dem Blutbad von München, beschäftigte sich der Bundespräsident Carstens in seiner Neujahrsansprache mit dem „Rechtsextremismus“. Warnte er vor der faschistischen Gefahr? Rief er die Deutschen zum Widerstand auf? Aber nein! „Gefährlicher als der Rechtsextremismus ist der Linksextremismus“, so konnte man ihn hören. Nach allem, was in den letzten Monaten geschehen ist, kann man das nur als Aufmunterung an die faschistischen Banden verstehen, weiterzumachen.

Von der RHD zur Roten Hilfe e.V.: Die 1980er-Jahre

In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre war die RHD einerseits in einem ständigen Sinkflug begriffen, andererseits bemühte sie sich ununterbrochen um eine ernsthafte politische Öffnung. Parallel veränderten sich nach und nach die Zusammensetzung der Mitgliedschaft und die Praxis der Ortsgruppen.

Einen bedeutenden Schritt weg von den maoistischen Gründungsjahren machte die Zentrale Delegiertenkonferenz am 1./2. März 1980, die die Neuorientierung von 1978 deutlich erweiterte: Die Satzung wurde nochmals stark überarbeitet, indem sich die RHD nun explizit als überparteiliche Organisation bezeichnete. Im Vereinszweck wurden verschiedene linke Bewegungen aufgeführt, deren Repressionsbetroffene sie unterstützte. Die gleichzeitig verabschiedeten neuen Leitsätze konzentrierten sich auf die praktische Solidaritätsarbeit und verzichteten auf ausführliche Analysen. Als Bezugspunkte benannte die RHD darin sehr pauschal die Arbeiter*innen-, die antifaschistische und demokratische Bewegung. Die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) am 5. Juni 1982 setzte diese Entwicklung politisch und sprachlich fort, indem sie den inzwischen intern umstrittenen Absatz zu Verfolgten in der DDR aus der Satzung strich und den Begriff „Zentral-“ durch „Bundes-“ ersetzte.

Trotzdem konnte die RHD zunächst nur wenige Beitritte aus anderen Spektren verzeichnen, während sich viele KPD/ML-Anhänger*innen aus der aktiven Mitarbeit zurückzogen und ihre Zahlungen reduzierten oder beendeten. Immer mehr Ortsgruppen beschränkten sich auf das Kassieren der Beiträge und leisteten kaum politische, juristische und praktische Unterstützung für Betroffene vor Ort. In der Solidaritätsarbeit übernahmen lokale Antirepressionsstrukturen wie Ermittlungsausschüsse und anlassbezogene Komitees die Federführung, und die RHD beteiligte sich nur am Rand oder durch die Kostenübernahme bei konkreten Unterstützungsanträgen.

Den spürbar nachlassenden Aktivitäten versuchte der Vorstand entgegenzusteuern: So sollte der ab Ende 1979 verteilte Flyer „Wir helfen“ die RHD und ihr Selbstverständnis bekannter machen. Im Sommer 1980 erschien der Leitfaden „Wie arbeitet die Rote Hilfe?“, um den Ortsgruppen und engagierten Einzelmitgliedern Anregungen für die Alltagspraxis zu geben.¹

Für einige aufsehenerregende Prozesse, bei denen die jeweiligen Ortsgruppen oder der Vorstand tätig wur-

den, organisierten die Roten Helfer*innen größere Spendensammlungen. Zu den wichtigsten Themenfeldern, in die ein Großteil der Unterstützungsausgaben floss, gehörten anfangs weiterhin die langwierigen presserechtlichen Verfahren, etwa wegen der Berichterstattung über den tödlichen Polizeieinsatz gegen Günter Routhier im Jahr 1974. Hinzu kamen Anklagen gegen Demonstrant*innen verschiedener Bewegungen, vor allem gegen Antifaschist*innen, Atomkraftgegner*innen und die Hausbesetzungs- und Jugendzentrumsszene wie im Fall der Nürnberger „KOMM-Prozesse“. Als sich gegen die Kanzler-Kandidatur des CSU-Rechtsaußenpolitikers Franz Josef Strauß 1980 die Protestkampagne „Stoppt Strauß“ formierte, wurden zahllose Aktivist*innen mit Repressalien überzogen. Die Strauß-Prozesse beanspruchten ab 1981 mehr als die Hälfte, 1983 sogar zwei Drittel der Unterstützungszahlungen. Später bildete die finanzielle Hilfe für Antimilitarist*innen einen neuen Schwerpunkt, besonders die in Kooperation mit dem Ermittlungsausschuss Bremen begleiteten Prozesse wegen der „Bombenzug-Blockaden“, bei denen Kriegsgegner*innen 1984 mehrfach Munitionstransporte aufgehalten hatten.²

Anfang der 1980er-Jahre schlug sich die Arbeit noch in Veröffentlichungen nieder. Außer einer Dokumentation zu den Strauß-Prozessen erschienen Faltblätter zu einzelnen politischen Entlassungen, Gerichtsverfahren und den Massenverhaftungen am KOMM, aber auch gegen die Hinrichtung des Kommunisten Erdal Eren in der Türkei. Weite Verbreitung fand das ab April 1980 erhältliche Flugblatt zu Andreas Müller-Wille, bei dessen Festnahme bei einer Routhier-Demonstration 1974 ein Beamter gestolpert war. Deshalb wurde Müller-Wille zu immensen Schadensersatz- und Schmerzensgeldzahlungen verurteilt, bei deren Ratenzahlung ihn die Solidaritätsorganisation noch bis Dezember 1984 unterstützte.³

Bald ebte die Publikationstätigkeit aber ab, und die RHD berichtete hauptsächlich in der Zeitung „Die Rote Hilfe“ über aktuelle Repressionsfälle. Hier kündigten auch die Ortsgruppen bevorstehende Veranstaltungen an oder schilderten gelungene Solidaritäts- und Öffentlichkeitsaktionen, wobei immer weniger Städte in Erscheinung traten.

Schwere Krise bis 1986

In seinem Rechenschaftsbericht zur Bundesdelegiertenkonferenz am 5. Juni 1982 zählte der Vorstand nur noch fünf wirklich aktive Ortsgruppen. In den übrigen 25 Städten wurden zwar noch Beiträge kassiert und den Mitgliedern das monatliche Mitteilungsblatt übergeben, allerdings nicht immer zuverlässig. Deshalb zentralisier-



1– Vgl. Die Rote Hilfe 6/80, S. 1

2– Vgl. Finanzberichte 1981 bis 1986, HLA

3– Vgl. Die Rote Hilfe 3/85, S. 3

Die ROTE HILFE

L 2778 F



Nr. 2 2. Vierteljahr 1986

Mitteilungen der Roten Hilfe e.V.

12. Jahrgang

Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz abgeschlossen

Am 26.4. 86 fand in Bielefeld die 6. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz statt. Aus 8 Orten waren Mitglieder angereist. Nach der Begrüßung des 1. Vorsitzenden wurde das Präsidium gewählt. Anschließend wurde der Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes vorgelesen und diskutiert. Es wurde festgestellt, daß 3 Ortsgruppen der RH aktiv arbeiten und in vielen Orten Einzelmitglieder aktiv sind.

Der schriftliche Bericht der Revisionskommission wurde vom Versammlungsleiter vorgelesen, da die Revisionskommission aus persönlichen Gründen nicht an der Konferenz teilnehmen konnten. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet. Der 1. Vorsitzende legte 13 Anträge zur RH-Arbeit vor, die als Arbeitsmaterial an den neuen Vorstand verwiesen wurden.

Als Gäste waren 2 Mitglieder des Bremer-Ermittlungsausschusses gegen Bombenzüge anwesend, die einen ausführlichen Bericht über die dort anstehenden Prozesse gaben. Die RH unterstützte 1 Jahr lang mit monatlich 300,- DM die Prozesse und wird auch weiterhin eng mit dem Ermittlungsausschuß zusammenarbeiten. Ein Mitglied des Bremer Ermittlungsausschusses trat bei dieser Gelegenheit in die RH ein. Wir denken, daß weitere folgen werden und sich der Auftrag der Konferenz: 1984, das Spektrum zu erweitern, mit der Zeit erfüllt.

Bei den Berichten aus den Orten wurde von den Kielern erzählt, daß es möglich ist. Dort sind im letzten halben Jahr viele neue Mitglieder in die RH eingetreten. Sie kommen aus der Arbeiterwohlfahrt, Autonome-Gruppen, Kriegsdienstverweigerern und Bürgerinitiativen.

Anschließend berichteten RH-Mitglieder aus Bielefeld über ihre Arbeit am Ort. Der Zweck der Diskussion war, den anwesenden Mitgliedern aus den verschiedenen Orten Anregungen und Hinweise für die Arbeit der Roten Hilfe an ihrem Ort zu geben.

Die neue Satzung mit den Änderungen wird demnächst den Mitgliedern zugeschickt. Die RHD heißt in Zukunft Rote Hilfe. Nach langer Diskussion wurde mit 2/3 zu 1/3 dafür gestimmt.

Zum Schluß fanden die Neuwahlen statt.

1. Vorsitzender Egon Dirks aus Kiel.
2. Vorsitzender Hans aus Oldenburg.

Kassenwart Almuth Recklinghausen.

Weitere Mitglieder Inge, Kiel Ull, Kempten, Heiner, Bielefeld. Wir haben den Vorstand auf 6 erweitert, da wir der Meinung sind, daß es von Vorteil ist.

konnte eine beträchtliche Summe nach Großbritannien überwiesen werden.

Auch die Betreuung inhaftierter Genossen gehört zu den Aufgaben der RHD.

Weil wir wissen, daß die Kriminalisierung ein Mittel des Staats in der Bekämpfung des politischen Widerstands ist, gibt es seit 11 Jahren die Rote Hilfe Deutschland, Solange es noch aufrechte Menschen gibt, die bereit sind zu kämpfen, solange wird die RHD an ihrer Seite stehen. Wie Joe Holmes (Funktionär der brit. Bergarbeiter) sagte,

„Ein Angriff gegen einen von uns ist ein Angriff gegen uns alle!“

Dafür brauchen wir Eure Beiträge und Spenden

Seit dem Erscheinen der letzten "Roten Hilfe" sind beim Bundesvorstand eine Reihe von Anträgen auf finanzielle Unterstützung bzw. entsprechende Anfrage eingegangen. Sie kamen von Leuten, die wegen sehr unterschiedlicher Aktionen angeklagt sind. Für uns sind diese Anträge eines von mehreren Anzeichen dafür, daß die Rote Hilfe allmählich bei dem Bemühen um Verbreiterung ihrer Basis Erfolge erzielt.

Aktuelle Unterstützungsmaßnahmen

Vier Kieler Friedenskämpfer, die aufgrund ihrer Aktivitäten vor dem Gericht stehen/gestanden haben, (z.B. wegen eines Plakats mit der Aufschrift „Unser Heer mordet“ anlässlich einer Bundeswehrpropagandaveranstaltung, einer Protestmaßnahme im Kieler Rathaus gegen den "IOWA"-Besuch (US-Kriegsschiff), die zu einer Anzeige von Luckhardt führte), wurden im Rahmen unserer Möglichkeiten umgehend finanziell unterstützt. Wie bereits eingangs erwähnt, hat sich die RHD Kiel stark für die inhaftierten britischen Bergarbeiter engagiert. Es

1. Rüstungs-Forschungsinstitut besetzt

„Liebe Freunde!
Ich wende mich an Euch mit der Bitte um finanzielle Unterstützung wegen einer Schadensersatz-Zahlung von 400,- DM im Zusammenhang mit der Besetzung des Fraunhofer-Instituts am 12.12.1983 (Tag des NATO-„Nach“rüstungsbeschlusses).

Fortsetzung Seite 2



te der Vorstand diese Abläufe: Die Beiträge wurden vermehrt per Lastschrift eingezogen und die Zeitungen mit der Post versandt, wobei „Die Rote Hilfe“ aus Kostengründen ab Herbst 1982 nur zweimonatlich, später vierteljährlich erschien. Die Abwärtsspirale setzte sich fort, und im Sommer 1984 musste der Bundesvorstand im Bericht über die vergangenen zwei Jahre vermerken, dass nur noch zwei Ortsgruppen dauerhaft und sieben weitere gelegentlich aktiv waren.⁴

Mit der Schwächung waren massive finanzielle Folgen verbunden. Die Mitgliedsbeiträge, die sich 1980 immerhin noch auf 34.300 Mark beliefen, halbierten sich bis 1983, und erst die allmähliche Umstellung auf das Lastschriftverfahren stabilisierte die Einnahmen auf niedrigem Niveau. Bei den Spendeneingängen war 1985 mit unter 2.000 Mark ein absoluter Tiefpunkt erreicht. Als die beträchtlichen Rücklagen der 1970er-Jahre aufgebraucht waren, mussten die Unterstützungsausgaben begrenzt werden. Hatte die RHD 1980 noch 72.000 Mark an kriminalisierte Aktivist*innen gezahlt, konnte sie im Krisenjahr 1985 nur 13.634 Mark an Repressionskosten übernehmen. Allerdings gingen auch weniger Anträge beim Bundesvorstand ein, weil sich viele Betroffene bevorzugt an lokale Solidaritätskomitees wandten.⁵

Die Sinnkrise erreichte 1983 auch die Bundesebene, und einzelne Mitglieder aus dem Vorstand sprachen sich für eine Auflösung aus. Zumindest manche fühlten sich noch der im Niedergang begriffenen KPD/ML verbunden und betrachteten die RHD als deren Teilorganisation, die

nun nicht mehr nötig sei.⁶ Auf einen entsprechenden Artikel in der Ausgabe 4/1983 der Zeitung reagierten andere Aktivist*innen mit entschiedenem Widerspruch und verwiesen auf die große Sicherheit, die die dauerhafte Solidaritätsstruktur im Vergleich zu kurzzeitigen Unterstützungskomitees bietet. Am 29. Oktober 1983 fand ein Krisentreffen statt, bei dem zumindest die Mehrheit der anwesenden Mitglieder klar befürwortete, die Arbeit fortzusetzen, auch wenn die Finanzlage und der Mitgliederschwund ernsthafte Probleme darstellten.⁷

Folglich stand bei der BDK am 2. Juni 1984 eine grundlegende Perspektivendebatte im Mittelpunkt. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, das Spektrum der Mitgliedschaft weiter zu vergrößern, um den strömungsübergreifenden Charakter zu stärken. Außerdem lehnten sie ein karitatives Verständnis der Unterstützung ab und befürworteten eine aktive politische Solidaritätsarbeit. Dafür sollten sich die Roten Helfer*innen eng mit lokalen Rechtshilfegruppen sowie mit den Betroffenen und ihrem politischen Umfeld abstimmen.

Obwohl die RHD die politischen Fehler ihrer maoistischen Anfangsjahre sehr selbstkritisch analysierte und ihre Neuausrichtung offen nach außen vermittelte, etwa bei der Feier zum 10-jährigen Bestehen,⁸ konnte sie die

4-Vgl. Die Rote Hilfe 2/84, S. 2

5-Vgl. Finanzberichte 1980 bis 1985, HLA

6-Vgl. 70/20 Jahre S. 48

7-Vgl. Die Rote Hilfe 4/83, S. 1, 5/83 S. 2, 6/83 S. 1 und 3

8-Vgl. Die Rote Hilfe 1/85 S. 1ff





„Rote Grütze für Rote Hilfe“: Aktion der Ortsgruppe Lübeck am 1. Mai 1987, aus: „Die Rote Hilfe“ 2/87

Schwäche zunächst nicht überwinden. Faktisch waren nur noch die Ortsgruppen Kiel und Bielefeld öffentlich wahrnehmbar, und die Mitgliederzahl rutschte von etwa 540 im Sommer 1984 auf den historischen Tiefstand von weit unter 500 Beitragszahler*innen im Frühjahr 1986 ab.⁹

Aufschwung als Rote Hilfe e. V.

1985 zeichnete sich aber eine positive Neuentwicklung ab, als die Ortsgruppe Kiel ihre Kontakte in verschiedene soziale Bewegungen der Stadt ausbauen konnte. Infolge der gemeinsamen Aktivitäten mit Antimilitarist*innen, Kriegsdienstverweigerern und autonomen Gruppen sowie in der Bündniskampagne zum britischen Bergleutestreik gab es erste Neubeamtungen. Parallel intensivierte der Bundesvorstand den Austausch mit Ermittlungsausschüssen und Bunte-Hilfe-Gruppen in anderen Regionen und stand ihnen mit finanziellen Zuschüssen zur Seite.

Sowohl innerhalb der Mitgliedschaft als auch in der Bündnisarbeit wurde deutlich, dass die letzten politischen Hürden ausgeräumt werden mussten. Den Wendepunkt brachte die Bundesdelegiertenkonferenz am 26. April 1986, bei der die Organisation in „Rote Hilfe e. V.“ umbenannt und die Satzung noch einmal grundlegend überarbeitet wurde.¹⁰

Die folgenden Monate brachten einen Neuaufschwung zunächst in Schleswig-Holstein, ausgehend von Kiel, wo es 84 Beitritte allein zwischen Anfang 1986 und April

1987 gab. In mehreren norddeutschen Städten, aber auch in Westberlin und in Kempten gründeten sich neue Ortsgruppen, begleitet von einem spürbaren Mitgliederzuwachs und lokaler Unterstützungsarbeit.

Mit der Ausgabe 2/87 bekam „Die Rote Hilfe“ nicht nur ein neues Layout, sondern nahm auch an Umfang zu und bot mehr Raum für inhaltliche Beiträge zu aktuellen Prozessen und laufenden Kampagnen. Dazu gehörten die Repression gegen Hausbesetzer*innen, die Anti-AKW-Bewegung und rund um die Tagung des Internationalen Währungsfonds im September 1988 in Berlin ebenso wie Prozesse gegen Antifaschist*innen und Antimilitarist*innen. Die Rote Hilfe e. V. protestierte gegen die zahlreichen Verfahren nach § 129 und 129a, die beispielsweise gegen die Revolutionären Zellen und die Rote Zora, die Zeitung „radikal“ und gegen verschiedene linke Gruppen eingeleitet

wurden. Den Streiks der britischen Seeleute widmete die Organisation außer vielen Einzelbeiträgen sogar eine Sonderausgabe im Juli 1988, und zu einem dauerhaften Schwerpunkt wurde die Solidaritätsarbeit für die verfolgte kurdische Bewegung. War 1987 die Volkszählung als Grundrechtseingriff zentral, standen später die zahlreichen Gesetzesverschärfungen im Fokus, die unter anderem Vermummung und Passivbewaffnung bei Versammlungen zu Straftaten erklärten. Die Ortsgruppen nutzten die Quartalszeitung, um über ihre Veranstaltungen und einzelne lokale Fälle zu berichten oder in längeren Artikeln Repressionsentwicklungen zu analysieren.

Der Tatsache, dass es zahlreiche verstreut lebende Beitragszahler*innen gab, trug die Rote Hilfe e. V. Rechnung, indem sie für den 4. Juni 1988 eine Bundesmitgliederversammlung (BMV) statt der früheren Delegiertenkonferenz einberief. Zu diesem Zeitpunkt existierten aktive Ortsgruppen in Kiel, Elmshorn, Rendsburg, Lübeck, Bielefeld, Westberlin und Kempten, und bundesweit waren wieder über 700 Rote Helfer*innen erfasst. Kernthema war der Ansatz, die Solidarität politisch zu begreifen und dem Verständnis als „Rechtsschutzversicherung“ durch engagierte Prozessbegleitung und Öffentlichkeitsarbeit entgegenzutreten.¹¹

Durch die zahlreichen Beitritte traten bald politische Gegensätze zutage, weil einige Mitglieder ihre allgemeinen politischen Ziele in der Solidaritätsorganisation umsetzen wollten. Am vehementesten trat die kleine „Fraktion des proletarischen Klassenkampfes“ auf, die die Rückkehr zum früheren Namen sowie eine einheitliche politische Linie nach dem demokratischen Zentralismus anstelle der

9– Vgl. Die Rote Hilfe 2/84 und Finanzbericht 1986, HLA

10– Vgl. Die Rote Hilfe 2/86 S. 1 und 70/20 Jahre, S. 49

11– Vgl. Protokoll der BMV 1988, HLA



Autonomie der Ortsgruppen forderte. Ein weiteres Anliegen der Gruppe war, sich nicht auf die Unterstützung von Repressionsbetroffenen zu beschränken, sondern direkt in Betriebskämpfen und anderen politischen Auseinandersetzungen tätig zu werden. Obwohl eine große Mehrheit bei der BMV 1988 diese Position klar abgelehnt hatte, ging die Auseinandersetzung um den Erhalt des strömungsübergreifenden Selbstverständnisses noch monatelang weiter und band zeitweise einen Großteil der Kapazitäten.¹²

Öffentlichkeitsarbeit und Bündniskampagnen

Die Mitwirkung in überregionalen Solidaritätskampagnen – etwa zum Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF im Frühjahr 1989 oder zum Düsseldorfer Mammutprozess gegen 19 Kurd*innen ab Herbst 1989 – steigerte die Bekanntheit der Roten Hilfe e.V. Zusätzlich zu den Spendensammlungen der Ortsgruppen leistete der Bundesvorstand finanzielle Unterstützung für Antifaschist*innen, Totalverweigerer, Anti-AKW-Aktivist*innen, Hausbesetzer*innen und politische Gefangene ebenso wie bei politischen Asylverfahren. Für Betroffene von 129a-Verfahren, vor allem für Fritz Storim, der als Herausgeber der Zeitung „Sabot“ und nach Aktionen gegen Strommasten verfolgt wurde, fielen ebenfalls beträchtliche Summen an. Hinzu kam ein kostenintensiver Fall der Strauß-Prozesse, für den ein Bündnis um die Rote Hilfe e.V. 1988 eine große Kampagne organisierte. Mit rund 31.000 Mark im Jahr 1988 und fast 25.000 Mark im Folgejahr waren die Unterstützungszahlungen wieder deutlich gestiegen.

Einen weiteren wichtigen Bereich bildete nun die politische Öffentlichkeitsarbeit, weil die Solidaritätsorganisation ab 1989 durch Flugblätter und Broschüren, darunter zum Düsseldorfer Prozess, zum Hungerstreik und zur Repression in Nordirland, auch inhaltlich wieder stär-

ker präsent war. Außerdem hatte die BMV 1988 ein neues Konzept für die Zeitung beschlossen, indem ein beigehefteter Mitgliederrundbrief (MRB) nur vereinsintern verbreitet wurde. Der inhaltlich verbesserte redaktionelle Teil wurde immer mehr erweitert, erschien in Zusatzaufgabe und konnte an Interessierte verkauft sowie in Infoläden ausgelegt werden. Mehrere Ortsgruppen brachten eigene Flugblätter und Broschüren heraus, beispielsweise mit Rechtshilfetipps, und in Westberlin erschien ab Mai 1988 alle ein bis zwei Monate das umfangreiche „Rote Hilfe Info“. Mit sieben Vorträgen zur Repression in Nordirland organisierte die Rote Hilfe e.V. zudem im November 1989 eine bundesweite Veranstaltungsreihe, die rund 500 Menschen erreichte.

Einen Fortschritt für die Vernetzung der Ortsgruppen bedeuteten die Bundesaktiventreffen zu unterschiedlichen Schwerpunkten, bei denen sich die Mitglieder ab 1989 zur laufenden Arbeit und zu aktuellen Kampagnen austauschten. Gemeinsam arbeiteten sie an Veröffentlichungen wie dem internen Leitfaden für die Arbeit, der neuen Ortsgruppen Hilfestellungen geben sollte.

Bis zur Bundesmitgliederversammlung am 9. Juni 1990 war die Organisation auf über 900 Beitragszahler*innen angewachsen, die nun großteils aus autonomen oder anti-imperialistischen Zusammenhängen stammten. Mit neun aktiven Ortsgruppen und Kontaktadressen in neun weiteren Städten hatte sich die Rote Hilfe e.V. nicht nur stabilisiert, sondern konnte spürbare Erfolge vorweisen.¹³

Zum Weiterlesen:

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V., *Vorwärts und nicht vergessen. 70/20 Jahre Rote Hilfe. Die Geschichte der Roten Hilfe von der Weimarer Republik bis zur Wiedegründung in den Siebziger Jahren*, Kiel 1996, S. 47ff

12– Vgl. 70/20 Jahre S. 49 und MRB 3/88, 4/88 und 2/89, HLA

13– Vgl. MRB 2/90 S. 1ff, Protokoll der BMV 1990, Finanzberichte 1988 und 1989, HLA

40 Jahre *KPD - Verbot...*

...und die Kontinuität politischer Repression Heute

Zwei Stunden nach Verkünden des KPD-Verbots schließt die Redaktion die Redaktion des Parteioriginals "Freie Volkszeitung" in Hannover.



Diskussionsveranstaltung mit

Marion Seelig, MdA Berlin, PDS
Rüdiger Lötzer, GNN-Verlag
Walter Bauer, Libresso-Verlag
Kurt Erlebach, DKP
Horst Leutemann, Rote Hilfe e.V.

Verlagsgebäude
Neues Deutschland
Alt Stralau 1-2
Blauer Salon



Rote Hilfe
c/o Nachladen
Waldemar Str. 36
10999 Berlin

Stabilisierung und Wachstum: die Rote Hilfe e. V. in den 1990ern

Anfang der 1990er-Jahre war es der Roten Hilfe e. V. gelungen, ihr Profil als Solidaritätsorganisation zu schärfen, indem sie nicht mehr nur finanzielle Unterstützung leistete, sondern auch politisch wieder zunehmend in Erscheinung trat. Unter anderem beteiligte sie sich an überregionalen Bündniskampagnen, beispielsweise zum Düsseldorf-Prozess gegen kurdische Aktivist*innen und allgemein zur Repression nach dem Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1993. Mehrere Verfahren nach § 129/129a gegen linke Bewegungen, aber auch politische Gefangene und internationale Repressionsfälle bildeten weitere dauerhafte Arbeitsfelder. In Zusammenarbeit mit anderen lokalen Strukturen begleiteten die Ortsgruppen Prozesse, berieten Betroffene, sammelten Spenden und organisierten öffentliche Veranstaltungen.

Wie vielfältig die Themenbereiche waren, zeigen die Unterstützungsfälle, die sich Anfang der 1990er-Jahre recht gleichmäßig auf verschiedene soziale Bewegungen verteilten. Besonders wichtig waren Antifaschismus, Häuserkämpfe, Antimilitarismus und Refugees sowie politische Gefangene. Während sich Anti-AKW-Aktivist*innen nun etwas seltener an die Solidaritätsorganisation wandten, mehrten sich Anträge mit Kurdistan-Bezug.

Um die Debatten unter den Mitgliedern zu vertiefen, fanden Bundesaktiventreffen statt, die sich beispielsweise 1991 mit Aussageverweigerung und mit der Asylgesetzgebung beschäftigten und eigene Veröffentlichungen vorbereiteten. Gerade die Kampagne für konsequente Aussageverweigerung „Anna und Arthur halten's Maul“, die nach den tödlichen Schüssen bei den Protesten an der Startbahn West am 2. November 1987 entstanden war und sich schnell verbreitet hatte, wurde von der Roten Hilfe e. V. dauerhaft aufgegriffen.

Auch die Publikationen nahmen zu: Die Zeitung wurde inhaltlich und optisch immer weiter verbessert und war in vielen Infoläden und linken Buchhandlungen erhältlich. Die Ortsgruppen

– insbesondere Berlin und Kiel – erstellten Anfang der 1990er-Jahre Broschüren und Materialsammlungen, die Rote Helfer*innen über den in Kiel eingerichteten Literaturvertrieb verbreiteten. Neben Dokumentationen zu einzelnen Prozessen, zu Ausländer*innenrecht und zu Aussageverweigerung sind in erster Linie die Berliner Broschüre zu Kronzeug*innen sowie die Rechtshilfetipps der Ortsgruppe Kiel von 1991 zu nennen. Letztere wurden wenige Monate später vom Bundesvorstand in fünfstelliger Auflage nachgedruckt und bundesweit angeboten – der Ausgangspunkt des bis heute immer wieder überarbeiteten und neu aufgelegten kostenlosen Heftes „Was tun wenn's brennt“. Mit dem monatlichen „Rote Hilfe Info“ aus Berlin und dem vierteljährlichen „Nix ver-



gessen? Bulle Täng“, das die Ortsgruppe Heilbronn von 1991 bis 1995 zusammen mit der Bunten Hilfe Stuttgart herausbrachte, existierten zwei lokale Zeitungen.¹

Ab Sommer 1992 ebte die öffentlich sichtbare Tätigkeit zwischenzeitlich etwas ab. Die Bundesmitgliederversammlung (BMV) am 23. Mai 1992 wurde von zwei kontroversen Anträgen geprägt, zu denen die Mitgliedschaft bereits in den vorausgegangenen Monaten intensiv debattiert hatte. Zum einen ging es um die Frage, ob die Rote Hilfe e.V. Nebenklagen in Vergewaltigungsprozessen unterstützen könne, zum anderen forderten einige Ortsgruppen, sich auch allgemeinpolitisch zu äußern. Beide Anträge wurden von einer knappen Mehrheit abge-

lehnt, und die folgenden organisationsinternen Auseinandersetzungen banden viele Kräfte.²

1994 erlebten die Publikationen und Aktivitäten einen Neuaufschwung. Unter anderem brachte der Bundesvorstand ein Faltblatt zu Beugehaft und eine türkische Übersetzung des Rechtshilfehefts „Was tun wenn's brennt“ heraus, und mit zehntausenden Postkarten und Plakaten sowie Vorträgen in den Ortsgruppen beteiligte sich die Rote Hilfe e.V. an internationalistischen Kampagnen. Die dauerhafteste richtete sich gegen die drohen-

1- Vgl. Rechenschaftsbericht 1990-92

2- Vgl. Rechenschaftsbericht 1992-94, MRB 1992-95

Waffen kosten Geld !



Solidaritätskonzert d. Roten Hilfe Kiel

17.11.90 • Hansastr. 48

18.00 Uhr: Film "Komune Karl Marx" • Jonglagen

20.00 Uhr: Me and the boys • Graue Zellen



Solidarität ist eine Waffe !

de Hinrichtung des US-amerikanischen Journalisten und früheren Black-Panther-Mitglieds Mumia Abu-Jamal und setzt sich bis heute für seine Freilassung ein. Jeweils über viele Monate hinweg protestierte die Solidaritätsorganisation gegen die Auslieferungen des kurdischen Politikers Kani Yılmaz und des baskischen Aktivisten Benjamin Ramos Vega.

Die Funktion der früheren Aktiventreffen übernahmen bald die Bundesarbeitstreffen (BAT), in denen interessierte Ortsgruppen kontinuierlicher zu größeren gemeinsamen Projekten arbeiten sollten. Dazu gehörten die 1994 beschlossenen Jubiläumsveranstaltungen anlässlich des 20. Gründungstags der Roten Hilfe Deutschlands 1975, wobei zugleich die damals rund 70 Jahre zurückliegende Entstehung der RHD der Weimarer Republik mit einbezogen wurde. In diesem Rahmen verfasste eine kleine Arbeitsgruppe die Broschüre „Vorwärts und nicht vergessen. 70/20 Jahre Rote Hilfe“, die ab 1996 große Verbreitung fand. Ein Diavortrag der Ortsgruppe Göttingen und eine Wanderausstellung der Ortsgruppe Heidelberg waren bundesweit zu sehen. Aus dem historischen Material, das bei der Recherche zusammengetragen worden war, wurde ein kleiner Archivbestand angelegt.³

Hohe Unterstützungen und schnelles Wachstum ab 1995

Finanziell hatte sich die Organisation zu Beginn des Jahrzehnts stabilisiert, nicht zuletzt, weil die Bundesmitgliederversammlung 1990 den Monatsbeitrag von zwei auf fünf Mark angehoben hatte. Allerdings verfünffachten sich die Zahlungen an von Repression Betroffene von 13.024 DM im Jahr 1990 auf 67.672 DM im Jahr 1994, weshalb der Bundesvorstand strikte Sparmaßnahmen ergreifen musste. Zwischenzeitlich musste sogar der Regelsatz für finanzielle Unterstützung von 50 auf 40 Prozent gesenkt werden, um das Defizit zu begrenzen.⁴

Vor allem aus der Antifa-Bewegung, die engagiert gegen die Nazi-Umtriebe der Baseballschlägerjahre protestierte und deshalb kriminalisiert wurde, kamen vermehrt Anträge auf Kostenübernahme, ebenso wie aus der Kurdistan-Solidarität. 1995 machten diese beiden Bereiche mehr als die Hälfte der Fälle aus. Als im Frühjahr 1996 der Rechtshilfefonds Azadî e.V. als eigenständige Antirepressionsstruktur für verfolgte kurdische Aktivist*innen gegründet wurde, unterstützte die Rote Hilfe e.V. den neuen Verein.

In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre hatte sich das Wachstum der Organisation zunächst nicht so schnell fortgesetzt wie erwartet. Zwar gab es vereinzelte Neugründungen, darunter 1992 mit der Ortsgruppe Delitzsch die erste in

den neuen Bundesländern, aber zeitgleich lösten sich einige der nach 1986 entstandenen Strukturen wieder auf.

Trotz vieler Neubeitritte stagnierte auch die Zahl der Mitglieder, was vor allem an der Umstrukturierung der Verwaltung lag. Durch einen Beschluss der BMV 1992 wurde die Bundesdelegiertenversammlung (BDV) als höchstes Entscheidungsgremium eingeführt. Um die jeweilige Zahl der Delegierten festzulegen, musste der Bundesvorstand die real zahlenden Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen überprüfen und entdeckte über hundert „Karteileichen“, deren Mitgliedschaft erloschen war. Bei der BDV im Juni 1994 zählte die Rote Hilfe e.V. deshalb nur 945 Mitglieder in acht Ortsgruppen sowie zwölf Kontaktadressen.

Wenig später folgte ein rasanter Anstieg: In vielen Städten gründeten sich neue Rote-Hilfe-Strukturen, die teils aus einem kleinen Kreis engagierter Einzelmitglieder hervorgingen, teils aus bereits bestehenden Ermittlungsausschüssen und Bunten Hilfen, die sich der Solidaritätsorganisation anschlossen. Im März 1996 waren 18 Ortsgruppen aktiv, und bis Anfang 2000 stieg ihre Zahl auf 33. Hinzu kamen 15 Städte, in denen die Rote Hilfe e.V. mit Kontaktadressen vertreten war. Im gleichen Zeitraum traten tausende Aktivist*innen bei, sodass Ende 1997 bereits 2.753 und im März 2000 schließlich 3.912 Mitglieder verzeichnet waren.⁵ Angesichts des großen Zulaufs hatte der Bundesvorstand im Frühjahr 1999 eine groß angelegte Werbekampagne unter dem optimistischen Motto „5000X“ gestartet, doch dieses hoch gesteckte Ziel sollte erst einige Jahre später erreicht werden.

Kampagnen und die Neubelebung des Tags der politischen Gefangenen

Die Themen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre waren breit gefächert, wobei die zahlreichen Verfahren nach §§ 129/129a viel Raum einnahmen. Schon zur Großrazzia im Juni 1995, als zeitgleich rund 50 Wohnungen und Büros wegen erneuter Ermittlungen gegen die linke Zeitung radikal durchsucht wurden, hatte sich

5– Vgl. Rechenschaftsbericht 1992-1994, MRB 1/98 und 2/00



3– Vgl. Rechenschaftsbericht 1994-96

4– Vgl. Finanzberichte 1990-1994, Rechenschaftsbericht 1994-96

ein Bundesarbeitstreffen „13.6.“ zusammengefunden. Daraus folgten mehrere Veröffentlichungen und Vortragsreihen zu Aussageverweigerung und Beugehaft. Auch gegen Antifaschist*innen liefen Ermittlungen wegen §§ 129/129a, die die Rote Hilfe e.V. intensiv begleitete, wobei den Verfahren gegen die Antifa [M] in Göttingen und die Strukturen in Passau jahrelang die Hauptaufmerksamkeit galt. Ab November 1997 koordinierte eine „AG 129/129a“ die Solidaritätsaktivitäten.⁶

1997 sorgte die Kampagne „20 Jahre Deutscher Herbst“ für starke Resonanz. Neben einer Neuauflage des Buchs „Stammheim“ des Anwalts Pieter Bakker Schut brachte die Rote Hilfe e.V. erstmals eine Massenzeitung heraus, die der jungen Welt beilag.

Diese Aktion hatte so durchschlagenden Erfolg, dass sie von da an für einen anderen Schwerpunkt genutzt wurde: Am 18. März 1996 hatte die Initiative Libertad! die Tradition der Weimarer Republik, dieses Datum als Tag der politischen Gefangenen zu begehen, wiederbelebt und gemeinsam mit der Roten Hilfe e.V. bundesweit Kundgebungen und Vorträge angeregt. In den Folgejahren übernahm der Bundesvorstand die koordinierende Rolle, indem er zu Vorbereitungstreffen einlud und 1997 eine Veranstaltungsreihe mit baskischen Amnestie-Aktivist*innen organisierte. Zum 18. März 1998 lag der jungen Welt eine Sonderzeitung bei, was sich bald zu einer alljährlichen Kooperation entwickelte. Der Tag der politischen Gefangenen etablierte sich zu einem festen Bündnisprojekt mit anderen Antirepressionsgruppen, das in immer mehr Städten Wiederhall fand.

Nach der Auflösungserklärung der Stadtguerilla beschloss die BDV 1998 eine Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen aus der RAF. Eine Bundesarbeitsgruppe konzipierte dazu Veranstaltungen und Printmaterial, darunter eine Broschüre, die Anfang 2000 erschien.

Einige Veröffentlichungen von Ortsgruppen waren ebenfalls bundesweit erhältlich, zum Beispiel eine Heidelberger Broschüre zum Verfassungsschutz. Die Roten Helfer*innen aus Nürnberg/Fürth/Erlangen verfassten ein Heft zum Polizeieinsatz in Saalfeld, wo im Oktober 1997 rund fünfhundert Antifaschist*innen in Unterbindungsgewahrsam genommen worden waren. In der Materialsammlung, die die Ortsgruppe Heilbronn zur Repression beim Castor-Transport 1997 aus Neckarwestheim erstellte, zeigten sich die wieder intensiveren Kontakte zur Anti-AKW-Bewegung. Im Oktober 1998 begann eine Reihe bundesweiter Treffen von Rote-Hilfe-Strukturen und Anti-AKW-Initiativen, um die Solidaritätsarbeit für Castor-Gegner*innen zu verbessern.⁷

Bei der finanziellen Unterstützung dominierten Ende der 1990er-Jahre die Bereiche Antifaschismus und Antirassismus, der thematisch breit gefasste Komplex Antikapitalismus sowie politische Gefangene und Refugees. Die Verbindungen zur antimilitaristischen Bewegung wurden enger, als die Bundeswehr 1999 Jugoslawien bombardierte und die Rote Hilfe e.V. die Proteste begleitete. Ein bleibendes Thema waren die Zusammenarbeit

6– Vgl. MRB 1/98

7– Vgl. RHZ 4/98 S. 25



mit dem Rechtshilfefonds Azadi e.V. und Bündniskampagnen gegen die Verfolgung der kurdischen Bewegung.

Organisatorische Veränderungen als Reaktion auf das Wachstum

Einen großen Schritt bedeutete Anfang 1999 die eigene Homepage, der jahrelange Bemühungen der „AG Kommunikation“ vorausgegangen waren. Zuvor war die Organisation nur durch sporadische Veröffentlichungen einzelner Beiträge und durch erste Websites von Ortsgruppen im Internet präsent gewesen.

Weniger nach außen wahrnehmbar liefen einige interne Debatten ab, beispielsweise die Auseinandersetzung mit Sexismus und Männerdominanz, zu der sich ab Mai 1997 ein Frauen-BAT traf. Engagiert beteiligten sich auch Ortsgruppen an den Diskussionen in den Mitgliederumbriefen der folgenden Monate.

Das schnelle Wachstum in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts stellte die Rote Hilfe e.V. vor extreme Herausforderungen, vor allem, weil der Bundesvorstand die anfallenden Verwaltungsarbeiten nicht mehr ehrenamtlich erledigen konnte. Bei der BDV 1996 wählten die Delegierten zehn Mitglieder in das zuvor sechsköpfige Gremium und bestimmten Nachrücker*innen für den Fall von Rücktritten, aber das konnte die strukturellen Probleme nur leicht abmildern. Parallel beschloss die BDV deshalb, notfalls eine bezahlte Kraft zu beschäftigen, und 1998 nahm sie den Antrag an, dauerhaft eine Geschäftsstelle einzurichten, die im Folgejahr eröffnet wurde. Tatsächlich hatte die Arbeitsüberlastung zu Verzögerungen und Pannen geführt, insbesondere bei der seit langem überfälligen Digitalisierung. Bis Mitte der 1990er-Jahre waren Mitglieder- und Finanzverwaltung mit Karteikarten geführt worden, und bei der großteils ehrenamtlich geleisteten Umstellung unterliefen mehrere Fehler, die der Roten Hilfe e.V. 1999 ein Defizit bescherten.

Hinzu kam, dass sich die Unterstützungsausgaben von 1997 bis 1999 erneut verdoppelt hatten, und einige Projekte

im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit erwiesen sich im Nachgang als zu kostenintensiv. Dazu gehörten mehrere Werbeaktionen, vor allem aber Konferenzen zu politischen Gefangenen und im Vorfeld der Proteste gegen den EU-Gipfel Anfang Juni 1999 in Köln, der als zentrales Repressionsereignis die Solidaritätsarbeit mehrere Monate lang bestimmte.

Gleichzeitig sorgten aber die Massenbeiträge für steigende Einnahmen, genau wie der neue Normalbeitrag, den die BDV 1998 auf 10 DM erhöht hatte. Als die Geschäftsstelle einen Großteil der Verwaltungstätigkeit übernahm und professionell ausführte, wurden liegendegebliebene Aufgaben innerhalb kurzer Zeit erledigt. Durch Sparmaßnahmen und umsichtige Budgetplanung hatte der Bundesvorstand die finanzielle Lage schnell wieder im Griff, und die Rote Hilfe e.V. konnte sich im neuen Jahrtausend als tatkräftige Solidaritätsorganisation weiter festigen.

Solidarität mit den verfolgten Kurdinnen und Kurden

HAMBURG
31 FESTNAHMEN
4 BEFANGENE

LEIPZIG
167 FESTNAHMEN
68 BEFANGENE
2 ABSCHIEBUNGEN

BERLIN
4 TOTE
12 BEFANGENE
18 AUSWEISUNGSVERURTEILUNGEN

Im Januar 1999 protestierten die Kurdinnen mit Besetzungen und Demonstrationen gegen die Entführung von Abdullah Öcalan. 2100 wurden festgenommen. Jetzt sollen sie massenhaft abgeschoben und in die Türkei abgeschoben werden.

Keine Abschiebung in die Türkei!
Einstellung aller Verfahren!
Freiheit für alle kurdischen politischen Gefangenen!
Weg mit dem "PKK Verbot"!

Spendenkonto
Azadi
Ökbank
K.Nr. 54 00 278
BLZ: 500 001 00

Unterstützt von: Rote Hilfe e.V.

Solidarität mit den verfolgten Kurdinnen und Kurden

HAMBURG
31 FESTNAHMEN
4 BEFANGENE

LEIPZIG
167 FESTNAHMEN
68 BEFANGENE
2 ABSCHIEBUNGEN

BERLIN
4 TOTE
12 BEFANGENE
18 AUSWEISUNGSVERURTEILUNGEN

Im Januar 1999 protestierten die Kurdinnen mit Besetzungen und Demonstrationen gegen die Entführung von Abdullah Öcalan. 2100 wurden festgenommen. Jetzt sollen sie massenhaft abgeschoben und in die Türkei abgeschoben werden.

Keine Abschiebung in die Türkei!
Einstellung aller Verfahren!
Freiheit für alle kurdischen politischen Gefangenen!
Weg mit dem "PKK Verbot"!

Spendenkonto
Azadi
Ökbank
K.Nr. 54 00 278
BLZ: 500 001 00

Unterstützt von: Rote Hilfe e.V.



Die Rote Hilfe e. V. seit dem Jahr 2000

Mit der Jahrtausendwende flaute das vorher sprunghafte Wachstum der Roten Hilfe e. V. zunächst etwas ab. Die Zahl der Ortsgruppen stieg gemächlicher, und neue Mitglieder traten zwar kontinuierlich, aber in überschaubarer Menge ein. Dadurch konnten sich die bestehenden Strukturen festigen, und Kapazitäten für unterschiedlichste Aktivitäten wurden frei.

In den 2000er-Jahren beteiligte sich die Rote Hilfe e. V. an einer Vielfalt von Kampagnen und stand den Betroffenen und ihrem Umfeld solidarisch zur Seite. Prägend waren zahlreiche Großverfahren, in denen die staatlichen Behörden linke Strukturen als „kriminelle“ bzw. „terroristische Vereinigungen“ nach den Paragrafen 129 und 129a verfolgten. Beispielsweise wurden im Winter 2002/03 drei Aktivisten aus Magdeburg verhaftet und die lokale Szene kriminalisiert und durchleuchtet. Als das Gericht mit Beugehaft gegen Zeug*innen drohte und sie in zwei Fällen verhängte, um die gewünschten Aussagen durchzusetzen, verstärkte die Rote Hilfe e. V. ihre Auseinandersetzung mit dieser Repressionsform. Weitere Verfahren nach §§ 129/129a richteten sich unter anderem gegen die militante Gruppe, gegen Gegner*innen des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007 und gegen Antimilitarist*innen, denen Anschläge auf Bundeswehrfahrzeuge vorgeworfen wurden. Auch zu lange zurückliegenden Aktionen gab es mehrere Prozesse, etwa gegen die Revolutionären Zellen bzw. die Rote Zora. In diesem Zusammenhang entflammte eine intensive Debatte zu Kronzeug*innen, Aussageverweigerung und Deals in politischen Prozessen. Die Rote Hilfe e. V. wirkte in den jeweiligen Solidaritätskampagnen mit, unterstützte Demonstrationen und begleitete die Verfahren mit Pressearbeit, Informationsveranstaltungen und Veröffentlichungen. Unter dem

Titel „Der Hunger des Staates nach Feinden“ brachte der Bundesvorstand 2009 eine umfangreiche Überblicksdarstellung über die historische Entwicklung und neuere Anwendung der Vereinigungsparagrafen heraus.

Zeitgleich liefen ununterbrochen Verfahren nach § 129, in denen kurdische Aktivist*innen der PKK-Mitgliedschaft beschuldigt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. 2002 wurde § 129b, der „terroristische Vereinigungen im Ausland“ ins Visier nahm, eingeführt und vor allem gegen die kurdische und türkische Linke eingesetzt. Nach ersten Verfahren wegen Mitgliedschaft in der türkischen DHKP-C richtete sich die Verfolgung nach dem neuen Paragrafen ab 2011 auch gegen vermeintliche PKK-Politiker*innen. Besonders aktiv beteiligte sich die Rote Hilfe e. V. an den Solidaritätsaktionen zum ersten PKK-Prozess nach § 129b, in dem Ali İhsan Kitay 2013 in Hamburg zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde.

Grundrechte und Gipfelproteste

Der Abbau von Grundrechten wurde zu einem wichtigen Themenkomplex, beispielsweise die als Antiterrormaßnahmen gerechtfertigten Sicherheitsgesetze ab 2001, Verschärfungen im Strafrecht sowie neue Polizei- und Versammlungsgesetze. Dagegen protestierte die Rote Hilfe e. V. ebenso wie gegen die ausufernden staatlichen Datensammlungen, Überwachungsmaßnahmen wie polizeiliche Spitzeinsätze und sonstige Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Mit Vorträgen und Veröffentlichungen klärten Rote Helfer*innen in Zusammenarbeit mit befreundeten Strukturen darüber auf. In der Rubrik „get connected“, die die Rote Hilfe



Zeitung 2004 einführte, informierte die Datenschutzgruppe der Ortsgruppe Heidelberg über staatliche Überwachungsmaßnahmen und Datensicherheit.

Zumindest vereinzelt konnten breite Proteste Repressionsentwicklungen effektiv zurückdrängen: Eine mehrjährige Bündniskampagne unterstützte ab 2004 den Kampf eines Heidelberger Antifaschisten gegen sein Berufsverbot, die nach mehreren Gerichtsurteilen 2007 mit seiner Einstellung als Lehrer Erfolg hatte.

Im Jahr 2007 war der G8-Gipfel in Heiligendamm das zentrale Repressionsereignis – von massiver Verfolgung der Antiglobalisierungsbewegung im Vorfeld über Grundrechtseinschränkungen und einen extremen Polizeieinsatz während des Treffens selbst bis zu Prozessen im Nachgang. Um die aus vielen Ländern anreisenden Demonstrant*innen mit juristischem Basiswissen zu versorgen, übersetzte die Rote Hilfe e.V. die Rechtshilfebroschüre „Was tun wenn's brennt“ in den Monaten zuvor in neun Sprachen. Die vielfältigen Solidaritätsaktivitäten und Pressearbeit zum G8-Gipfel spiegelten sich in der anschließend vom Bundesvorstand herausgegebenen Broschüre „Von Armeeinsatz bis Zensur. Ein ABC der Repression“ wider. Auch bei anderen Großprotesten, etwa gegen den NATO-Gipfel in Baden-Baden, Kehl und Straßburg im April 2009 oder bei den zahlreichen Blockaden der Castor-Transporte, wurde die Rote Hilfe e.V. aktiv.

Daneben thematisierte sie – oft im Bündnis mit anderen Organisationen – internationale Fälle wie das Gefängnismassaker der türkischen Armee an hungerstreikenden Gefangenen am 19. Dezember 2000 oder die

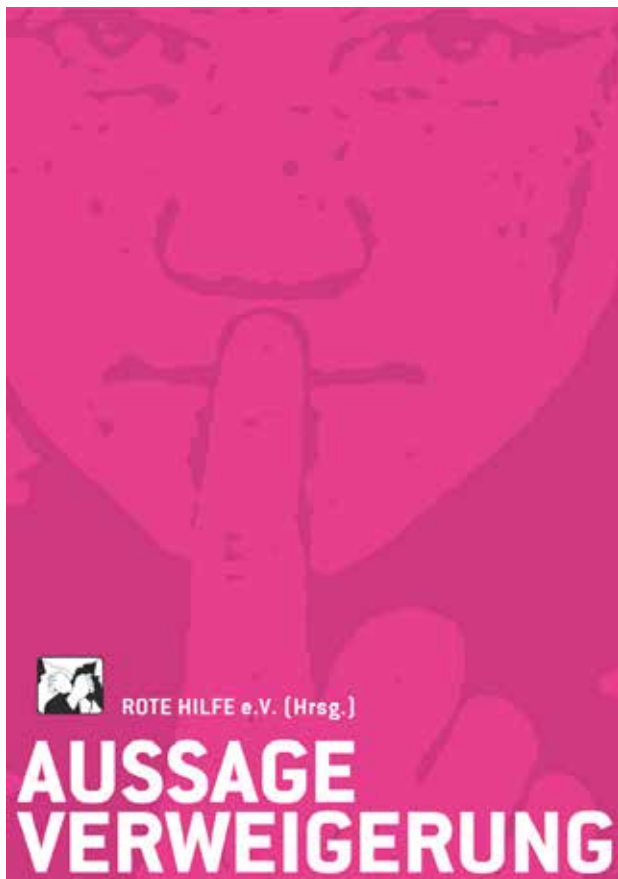
brutale Polizeigewalt beim G8-Gipfel im Juli 2001 in Genua. Dauerhaft engagierte sich die Solidaritätsorganisation gegen die damals drohende Hinrichtung des linken Journalisten und ehemaligen Black-Panther-Aktivisten Mumia Abu-Jamal und später für seine Freilassung und die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Eine der wichtigsten Neuveröffentlichungen der Roten Hilfe e.V. in den 2000er-Jahre war die Broschüre „Aussageverweigerung“, die von einem Bundesarbeitstreffen über Jahre hinweg erarbeitet worden war und 2007 erschien. Sie fand – ebenso wie die dazugehörigen Plakate, Aufkleber und Faltblätter – weite Verbreitung in der gesamten Linken und wurde 2016 in aktualisierter Form neu aufgelegt. Daneben erstellte die Solidaritätsorganisation Faltblätter zum Umgang mit Hausdurchsuchungen und DNA-Abnahmen.

Dank der stabilen und leicht steigenden Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen konnte die Rote Hilfe e.V. die finanzielle Unterstützung für von Repression Betroffene immer mehr ausweiten. Dabei nahm nicht nur die Anzahl der Unterstützungsanträge zu, sondern auch die durchschnittliche Höhe: Zum einen wurden nach der Währungsumstellung auf Euro prinzipiell viele Kosten erhöht, zum anderen brachte das 2004 eingeführte Rechtsanwaltsvergütungsgesetz höhere Pflichtsätze für Strafverteidiger*innen.

Die Unterstützungszahlungen der Roten Hilfe e.V. betrafen weiterhin hauptsächlich Strafbefehle und Gerichtsprozesse im Nachgang von linken Demonstrationen und anderen Protestaktionen sowie die kostspieligen Prozesse nach den §§ 129ff. Ebenso blieb die politische,





juristische und finanzielle Hilfe für politische Gefangene als wichtiges Aufgabenfeld erhalten.

Da es für den Bundesvorstand schwierig wurde, die immer höher werdende Zahl an Anträgen zu bewältigen, übernahmen ab 2004 die Ortsgruppen die Erstbearbeitung der Unterlagen. Das stellte den engen Kontakt zwischen den von Repression Betroffenen und den lokalen Roten Helfer*innen sicher und vereinfachte Rückfragen.

Eine weitere organisatorische Neuerung war die Einführung der regionalen Ortsgruppen-Delegiertentreffen im Jahr 2006, mit denen die interne Vernetzung gestärkt wurde. Die mehrmals jährlich stattfindenden Treffen erleichterten gemeinsame Planungen und Debatten zwischen Roten Helfer*innen aus verschiedenen Städten.

Für große Wahrnehmung in der bürgerlichen Presse sorgte 2007 eine Diffamierungskampagne gegen die Politikerin Franziska Drohsel. Nach ihrer Wahl zur Juso-Vorsitzenden feindeten konservative und rechte Kräfte die Sozialdemokratin wegen ihrer Mitgliedschaft in der Rote Hilfe e.V. an. Eine ähnliche Debatte brachte die Solidaritätsorganisation 2013 in die Medien, als die damalige Vorsitzende der Grünen Jugend, Sina Doughan, aus demselben Grund heftigen Angriffen ausgesetzt war. Doch die Rote Hilfe e.V. wurde auch zunehmend als wichtige Stimme zum Thema Repression betrachtet und zumindest in linken und liberalen Kreisen wahrgenommen.

Neue Schritte in den 2010er-Jahren

In den 2010er-Jahren verbreiterte sich die Öffentlichkeitsarbeit. Die Zahl der Presseerklärungen und Präsenz in verschiedenen Medien stieg, und über Twitter war die Rote Hilfe e.V. vor allem ab 2018 auch in sozialen Medien sichtbar.

Auch das wachsende Sortiment an Printpublikationen fand großen Absatz. Immer neue kostenlose Faltblätter informierten über einzelne Repressionsmaßnahmen, etwa über Anwerbeversuche des Inlandsgeheimdienstes, Pfefferspray-Einsätze der Polizei, Strafbefehle

und ED-Behandlungen; 2022 kam noch ein Flyer zu Jugendstrafrecht hinzu. Bereits existierende Veröffentlichungen wurden regelmäßig in aktualisierter Form nachgedruckt, ergänzt von einer Vielzahl von Plakaten, Aufklebern und Postkarten.

Mit der Entscheidung, die Rote Hilfe Zeitung ab 2010 im Bahnhofsbuchhandel zu vertreiben und somit für die Allgemeinheit sichtbar zu sein, entwickelte sich die Öffentlichkeitsarbeit noch einmal weiter. Nachdem sich die inhaltliche und gestalterische Qualität der Quartalschrift schon in den Jahren zuvor immer weiter verbessert hatte, erreichte sie nun dauerhaft ein professionelles Niveau.

Einen großen Schritt bedeutete 2011 der Kauf eines eigenen Hauses in Göttingen, als die früheren Büroräume gekündigt worden waren und die finanziellen Rücklagen diese Entscheidung zuließen. Zum Jahresende startete die Spendenkampagne „100PlusX“, die Ortsgruppen und Einzelmitglieder aufrief, durch Sammlungen und Solidaritätsaktionen mindestens 100 Euro aufzubringen, was rege aufgegriffen wurde. Dadurch wurde sichergestellt, dass die eigentliche Antirepressionsarbeit und die finanzielle Unterstützung sogar erweitert werden konnten.

Ebenfalls großen Erfolg hatte die Kampagne „Mehr Solidarität gegen mehr Repression“, die ab März 2015 auf die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und weitere Spenden abzielte. Hintergrund war, dass die Ausgaben für Unterstützungsfälle deutlich anstiegen, was sich in den Folgejahren noch weiter fortsetzen sollte.

Über mehrere Jahre lief die Solidaritätskampagne für Sonja Suder und Christian Gauger, nachdem die beiden 1978 untergetauchten Aktivist*innen 2000 in Frankreich kurzzeitig verhaftet und 2011 an die deutsche Justiz ausgeliefert worden waren. Vorgeworfen wurde ihnen, an Anschlüssen der Revolutionären Zellen in den 1970er-Jahren beteiligt gewesen zu sein. Die Rote Hilfe e.V. unterstützte die beiden politischen Gefangenen und begleitete den Prozess ab September 2012 aktiv. Vor allem prangerte sie das skandalöse Vorgehen der Justiz an, das von der Verwendung von Aussagen, die die Polizei unter fol-



terähnlichen Umständen gewonnen hatte, bis hin zur Beugehaft gegen eine Zeugin reichte.

Strömungsübergreifende Solidaritätsarbeit

Ein dauerhaftes Thema blieb die Verfolgung der kurdischen Bewegung, darunter das Verbot des Mezopotamien-Verlags 2019, doch auch die Repression gegen türkische linke Organisationen hielt an. Nachdem 2015 zehn türkische Kommunist*innen verhaftet worden waren und ab Juni 2016 wegen Mitgliedschaft in der – in der BRD nicht verbotenen – TKP/ML nach § 129b vor Gericht standen, beteiligte sich die Rote Hilfe e.V. an der Solidaritätsarbeit.

Daneben unterstützte sie wie schon in früheren Jahren Aktivist*innen aus der Geflüchtetenbewegung, die sich strafrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen ausgesetzt sahen. Zudem häuften sich die Fälle

von People of Colour, die in Polizeigewahrsam gewalttätig ums Leben kamen oder bei der Festnahme erschossen wurden. Bei den Protesten und Kampagnen dazu wirkte die Solidaritätsorganisation ebenso mit wie bei Initiativen, die sich gegen polizeilichen Rassismus und Racial Profiling wandten.

Besonders intensiv widmete sich die Rote Hilfe e.V. dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg, der mit Grundrechtseinschränkungen und Kriminalisierung im Vorfeld begann und sich mit brutaler Polizeigewalt und Massenfestnahmen während des eigentlichen Treffens fortsetzte. Im Nachgang folgte eine extreme Repressionswelle, die von Haftstrafen über öffentliche Fahndungen nach Gipfelgegner*innen bis hin zum Verbot der Internet-Plattform linksunten.indymedia reichte. Hatte die Rote Hilfe e.V. bereits Anfang 2017 einen Spendenaufruf gestartet, schlossen sich mehrere Solidaritätskampagnen mit unterschiedlichen Schwerpunkten an. Die Öffentlich-



keitsarbeit zu einzelnen Großprozessen, gravierenden Grundrechtseingriffen und dem Angriff auf die Pressefreiheit im Fall von linksunten.indymedia nahmen viele Kapazitäten in Anspruch, ebenso wie die finanzielle Unterstützung. Da die Prozesse gegen Demonstrant*innen, die im Hamburger Straßenzug Rondenburg von der Polizei angegriffen und teils schwer verletzt worden waren, bis heute andauern, bleibt die Kriminalisierung der Gipfelproteste weiterhin auf der Agenda.

In früheren Jahren hatte die Rote Hilfe e.V. im Bereich Ökologie hauptsächlich die Repression gegen die Anti-AKW-Proteste mit Informationsarbeit und Spendenaufrufen thematisiert. Nun entwickelte sich mit der Klimagerechtigkeitsbewegung ein neuer Schwerpunkt, und ab 2015 wurde mit der Kampagne „Kohle gegen Kohle“ die Zusammenarbeit mit den Rechtshilfestrukturen dieses Spektrums gesucht. Nach und nach wandten sich vermehrt betroffene Aktivist*innen mit Unterstützungsanträgen an die Rote Hilfe e.V. Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stand ab November 2020 Ella, die bei der Räumung des Dannenröder Forsts verhaftet worden war. Die politische und finanzielle Unterstützung für die politische Gefangene, die erst im Mai 2022 freikam, stärkte die Kontakte in die Klimagerechtigkeitsbewegung.

Durch hunderte Verurteilungen bildete die Repression gegen Antifaschist*innen auch in den

2010er-Jahren ein zentrales Arbeitsfeld der Roten Hilfe e.V. Mit dem Wasen-Verfahren in Stuttgart, vor allem aber mit den zahlreichen Beschuldigten nach § 129 und 129a in Thüringen und Sachsen gab es auch ab 2020 eine Reihe von aufsehenerregenden Verfolgungsmaßnahmen, Prozessen sowie mehrjährigen Inhaftierungen. Als nach antifaschistischen Protesten in Budapest im Februar 2023 ungarische, deutsche und italienische Aktivist*innen verhaftet und weitere gesucht wurden, kam ein internationaler Verfahrenskomplex hinzu.

Mit dem Tag der politischen Gefangenen am 18. März hat sich seit den 1990er-Jahren ein fester Termin etabliert, an dem die Ortsgruppen zusammen mit befreundeten Strukturen Kundgebungen, Demonstrationen und Vorträge organisieren und kollektiv Briefe an inhaftierte Aktivist*innen schreiben. Die jährliche 18.3.-Massenzeitung erscheint nicht mehr nur als Beilage in der jungen Welt sowie in Sonderausgabe, sondern ist in weiteren Wochen- und Monatszeitungen zu finden: 2014 lag sie erstmals der analyse&kritik bei, seit 2017 zudem Neues Deutschland und Jungle World, ergänzt durch unsere Zeit seit 2019 und Freitag ab 2022, wodurch sie immer breitere Kreise erreicht.

Gegen Grundrechtseinschränkungen – sei es im Bereich der informationellen Selbstbestimmung, seien es Angriffe auf die Pressefreiheit – ging die Rote Hilfe e.V.

ebenso vor wie gegen die Verschärfung von Polizei- und Versammlungsgesetzen. Außer Bündniskampagnen unterstützte sie regelmäßig verwaltungsrechtliche Klagen mit besonderer Bedeutung, um die Rechte der Betroffenen zu stärken. Nach langen internen Debatten öffnete sich die Solidaritätsorganisation 2023 zudem für bestimmte Bereiche aus dem Zivilrecht. Dennoch bildet die strafrechtliche Verfolgung weiterhin den eindeutigen Schwerpunkt.

Im Anschluss an die Kampagne „Solidarität verbindet“ im Winter 2019/2020, die darauf abzielte, die Organisation in weiteren Kreisen bekannt zu machen, und dazu auf eine neue Optik setzte, wurden die Flyer mit der Selbstdarstellung vollständig umgestaltet. Farbige Broschüren lösten damit die gelben Faltblätter ab, die in den Jahrzehnten zuvor für die Mitgliederwerbung verwendet worden waren.

Eine Zäsur bedeutete die Corona-Pandemie ab März 2020: Viele Aktivitäten und Veranstaltungsformate mussten zunächst eingestellt oder neu konzipiert werden, und Mitgliederversammlungen konnten nicht mehr in der gewohnten Weise stattfinden. Das bedeutete für die Rote Hilfe e.V. gezwungenermaßen einen enormen Digitalisierungsschub, der unter anderem Online-Treffen, -Vorträge und -Beitrittsformulare umfasste. Als die klassischen Präsenz-Aktionsformen wieder möglich wurden, hat sich damit die Bandbreite der Rote-Hilfe-Arbeit erweitert.

Anhaltendes Wachstum und stabile Organisationsstrukturen

Weil die Rote Hilfe e.V. immer bekannter wurde und zugleich die Repression gegen soziale Bewegungen zunahm, gingen auch mehr Unterstützungsanfragen ein. Allein zwischen 2017 und 2022 verdoppelten sich die Zahlungen nahezu, mit denen die Solidaritätsorganisation von Repression betroffenen Aktivist*innen finanziell zur Seite stand.

Dass die Rote Hilfe e.V. diesen schnellen Anstieg bewältigen konnte, lag nicht nur an eingehenden Spenden, sondern vor allem an den emporschnellenden Beitragseinnahmen: War die Mitgliedschaft in den 2000er-Jahren nur zögerlich gewachsen, weshalb erst zum Ende des Jahrzehnts die Marke von 5.000 überschritten wurde, gab es danach kontinuierlich zahlreiche Beitritte. Besonders großen Zuwachs brachte zunächst die Repression rund um den G20-Gipfel 2017, sodass im Folgejahr die Zahl der Mitglieder auf 9.000 gestiegen war. Als im November 2018 Innenminister Horst Seehofer ein Verbot der Roten Hilfe e.V. androhte, führte das nicht nur zu starker Medienpräsenz und breiter politischer Solidarität, sondern auch zu einer massiven Beitrittswell-





DIE ROTE HILFE

1.2015

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 4 EURO | 41. JAHRGANG | C 2778 F

S. 12
GET CONNECTED

Zum Umgang mit
Informationstechnologie
in der Linken

S. 15-27
SCHWERPUNKT

Pfefferspray

S. 34
REPRESSION

„Vertuscht, manipuliert,
gedecktelt“ – der Fall
Oury Jalloh

S. 43
REPRESSION

PKK-Verbot auf dem
Prüfstand

S. 58
INTERNATIONAL

Die „Miami Five“
sind endlich frei

Xi

„Der Einsatz von Pfeffer-
spray soll der Polizei
ermöglichen, Personen
aus der Distanz gezielt
und schnell in einen
angriffsunfähigen Zustand
zu versetzen und einen
taktischen Vorteil in der
Eigensicherung für einen
weiteren Umgang zu erhal-
ten.“

le. Auch in den Folgejahren schlossen sich tausende neue Unterstützer*innen an, sodass 2020 bereits 12.000 und Ende 2023 sogar mehr als 15.000 Mitglieder erfasst waren.

Die Hauptarbeit der Roten Hilfe e.V. wird weiterhin von den bundesweit über 50 Ortsgruppen geleistet, die Betroffenen bei Sprechstunden juristische Tipps geben, gegebenenfalls solidarische Anwälte*innen empfehlen und Prozesse vorbereiten. Kundgebungen vor Gericht und Prozessbeobachtung zählen ebenso zu den Aktivitäten wie Öffentlichkeitsarbeit bei Verurteilungen und anderen Repressionsschlägen. Viele Ortsgruppen engagieren sich – manchmal gemeinsam mit anderen Solidaritätsgruppen – als Ermittlungsausschüsse, die bei Demonstrationen im Fall von Festnahmen juristischen Beistand vermitteln. Mit Rechtshilfeveranstaltungen, Vorträgen, Informationsständen und Solidaritätspartys prägen sie die Außenwirkung. Auch die Unterstützung für politische Gefangene wird von vielen Ortsgruppen aktiv mit getragen. Welche inhaltliche Aspekte jeweils im Mittelpunkt stehen, entscheiden die aktiven Roten Helfer*innen, weshalb die Arbeit von Stadt zu Stadt variiert.

Grundlegende politische Weichenstellungen und inhaltliche Schwerpunktsetzungen werden bei den Bundesdelegiertenversammlungen (BDV) diskutiert, dem höchsten Gremium der Roten Hilfe e.V. Alle zwei Jahre fassen die Vertreter*innen der Ortsgruppen Beschlüsse zur laufenden Arbeit und wählen den Bundesvorstand sowie Kommissionen für verschiedene Aufgaben.

Der Bundesvorstand vertritt bis zur nächsten BDV die Solidaritätsorganisation nach außen, verwaltet die Bundesfinanzen und beschließt die Unterstützungsanträge, die von den Ortsgruppen vorbereitet werden. Mit eigenen Veröffentlichungen und Kampagnenvorschlägen, die oft gemeinsam mit einzelnen Ortsgruppen oder anderen Strukturen erarbeitet werden, setzt der Bundesvorstand inhaltliche Akzente und koordiniert die Abläufe innerhalb der Roten Hilfe e.V.



Neben den hunderten ehrenamtlichen Aktivist*innen gibt es auch mehrere Angestellte: Seit Ende der 1990er übernimmt die Geschäftsstelle Verwaltungsaufgaben und dient als Ansprechpartnerin, die eingehende Anfragen an die Zuständigen weiterleitet. Der Literaturvertrieb verschickt Materialien der Roten Hilfe e.V. an Ortsgruppen und Unterstützer*innen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Rote Hilfe e.V. von einer nur szenekennenden beachteten Antirepressionsstruktur zu einer bundesweit tätigen Solidaritätsorganisation entwickelt, die zunehmend bekannt ist. Durch flächendeckende Kontakte in alle linken Bewegungen setzt sie ihren strömungsübergreifenden Ansatz dauerhaft in die Tat um und steht mit juristischer, politischer und finanzieller Unterstützung tausenden von Repression betroffenen Aktivist*innen zur Seite.

Solidarität organisieren

Repression abwehren!



Mehr Solidarität
gegen mehr Repression!

In den vergangenen Jahren konnte die Rote Hilfe immer mehr Menschen, die wegen ihrer linken Aktivitäten von staatlicher Repression betroffen waren, finanziell unterstützen.

Zunehmende Anwalt*innen- und Prozesskosten haben zu einem enormen Anstieg der Unterstützungsausgaben der Roten Hilfe geführt. Insgesamt haben sich die Zahlungen, die die Rote Hilfe für von Repression betroffene Linke leistete, allein 2014 um fast 50 Prozent erhöht.

Das zeigt, wie wichtig die Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe ist, und es ist großartig, dass wir so vielen Aktivist*innen in der Konfrontation mit den Repressionsorganen beistehen konnten. Gleichzeitig strapaziert dieser extreme Anstieg aber die Gesamtfinanzen der Organisation enorm.

Kurzum: wir brauchen euer Geld, um diese notwendige Unterstützungsarbeit fortführen zu können und die Angriffe des Staates weiterhin ins Leere laufen zu lassen. Jede Form der Unterstützung ist uns dabei willkommen:

- ★ Sammelt Spenden bei Veranstaltungen und Demos,
- ★ macht Solipartys und verkauft Soli-Kuchen.
- ★ Erhöht euren Mitgliedsbeitrag bei der Roten Hilfe.
- ★ Werbt in eurem politischen Umfeld für Spenden.

Spendet

unter dem Stichwort
„Mehr Solidarität!“ auf das Konto der Roten Hilfe:

Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen,
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE



Solidarität organisieren

Mitglied werden!

ROTE HILFE E.V.
bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Vertrieben in Serie des Pressezeichens: H. Lange über Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V., Postfach 3205, 37022 Göttingen. Druck Eigendruck in Substanzdruck

Verwendete Literatur:

Knud Andresen, „Aber all dieser Terror zeigt nur umso mehr den Arbeitern deutlich das Gesicht des DGB-Apparats‘ – Die Roten Hilfen gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 2, Hamburg 2013, S. 83–99

Bambule, „Organisierte Solidarität in Westdeutschland (1967–1980)“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 1, Hamburg 2013, S. 25–114

Hanno Balz, „Die Rote Hilfe und die Rote Armee Fraktion“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 2, Hamburg 2013, S. 7–26

Nikolaus Brauns, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn 2003

Siegfried Bresler, „Das Arbeiterkinderheim im Schatten behördlicher Konflikte“, in: Siegfried Bresler u. a., Der Barkenhoff. Kinderheim der Roten Hilfe 1923–1932, Worpswede 1991, S. 40–65

Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V., Vorwärts und nicht vergessen. 70/20 Jahre Rote Hilfe. Die Geschichte der Roten Hilfe von der Weimarer Republik bis zur Wiedergründung in den Siebziger Jahren, Kiel 1996

Michael Csaszκόczy, „Maoistische Rechtsbrecher. Die K-Gruppen und die Repression“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 1, Hamburg 2013, S. 161–181

Silke Makowski, „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933, Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe Band 1, München 2016

Markus Mohr, „Dieser Katalog kann nicht abschließend sein‘ – Ein erster Vorschlag, wieder eine Rote Hilfe zu gründen“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 1, Hamburg 2013, S. 155–160

Rote Hilfe e. V./Hans-Litten-Archiv e. V. (Hg.), „Darum schafft ‚Rote Hilfe‘! – Die Rote-Hilfe-Komitees ab 1921“, Göttingen 2021

Hartmut Rübner, „Die Solidarität organisieren“ – Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968, Berlin 2012

Niels Seibert, „Spendet euch tot: Frankfurt wird rot!“ – Die undogmatische rote hilfe frankfurt“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 1, Hamburg 2013, S. 265–286

Heinz Sommer, Literatur der Roten Hilfe in Deutschland, Bibliografische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Band 9, Berlin 1991

Sven Steinacker, „Avantgarde-Dünkel, Feldherrnhügel und Lumpen-Romantik. Die Roten Hilfen in sozialen Kämpfen“, in: Bambule (Hg.), Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD, Band 2, Hamburg 2013, S. 65–82

Heinz Werner, „Das Kinderheim MOPR in Elgersburg“, in: Siegfried Bresler u. a., Der Barkenhoff. Kinderheim der Roten Hilfe 1923–1932, Worpswede 1991, S. 122–131

Zitierte Primärquellen:

Rote Hilfe Deutschlands, Organisationsbericht zur Sitzung des Zentralvorstands, 8./9.5.32, Staatsarchiv Bremen 4,65 – 482

Rote Hilfe Deutschlands, Unterlagen zur Sitzung des Zentralvorstands, 30.10.32, Staatsarchiv Bremen 4,65 – 484

Rote Hilfe Deutschlands, „Tribunal“ vom 15.1.31, 15.12.31, 15.3.32, Mitte August 1932, edoc-Server der Humboldt-Universität zu Berlin (<https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/422>)

Alle übrigen Primärquellen: Bestand Hans-Litten-Archiv

Abbildungen:

Hans-Litten-Archiv:
alle Abbildungen der Seiten 6 bis 29, S. 31, 33 (oben), 38, 40 (beide Abb.), 46, 47, 48 (oben), 49 (beide Abb.), 51, 52, 54, alle Abbildungen der Seiten 56 bis 73

Bestand N. Brauns:
S. 30, 33 (unten), 34, 35 (beide Abb.)

Stadtarchiv Ludwigshafen:
S. 32 (StA LU, Y3 1552)

Bestand M. Mohr:
S. 36, 37, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 50

privat:
S. 48 (unten), 53, 55

SOLID



SOLIDARITÄT



ROTE HILFE E.V.



Hans-Litten-Archiv e.V.